

Inhalt

Vorbemerkung	3
Heiner Karuscheit	
Vorgeschichte des Nationalsozialismus	5
Das Scheitern der bürgerlichen Revolution in Deutschland	
1. Die Folgen der Niederlage von 1848/49	6
2. Eine SPD-geführte Konterrevolution: die Niederlage von 1918/19	14
3. Die Voraussetzung des NS-Aufstiegs: eine Republik ohne Basis	22

Dokumentation zum Gaza-Krieg

Von Gespenstern und gescheiterten Theorien. Über Antisemitismus und Zionismus (Alfred Schröder)	29
„Die zionistische Idee“ als „koloniale“ Idee: Herzl und Rhodes (Domenico Losurdo)	37
Die Hamas-Charta von 2017	40
Die MLPD zum Gaza-Krieg / Kritik von Karl-Heinz Goll	47
Der „Arbeiterbund“ zum Gaza-Krieg / Kritik von Manfred Englisch	50

Diskussion

Der Ukraine-Krieg und die Aufgaben der Kommunisten	55
---	----

Vorbemerkung

Seit dem Gaza-Krieg zwischen Israel und der palästinensischen Hamas ist „der Faschismus“ in der Linken wieder allgegenwärtig – sei es, dass die Hamas als „faschistisch“ eingestuft wird, sei es, dass Hand in Hand mit der gesamten politischen Klasse ein besonderer deutscher „Antisemitismus“ beschworen wird.

1. Geprägt ist das Faschismusdenken der Linken immer noch durch die 1935 von der Komintern festgelegte Definition, dass der Faschismus „die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ ist – oder kürzer: „Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst.“

Diese Festlegung leitete ein gesellschaftliches Phänomen wie den Nationalsozialismus direkt aus der Ökonomie ab, ohne sich mit der Struktur von Gesellschaft und Staat abzugeben. Statt ihn zur Analyse von Klassen und ihren Kämpfen einzusetzen, wurde und wird der Marxismus damit zu einer nur-ökonomischen Theorie degradiert. (Der von der Komintern verwendete Begriff des „Finanzkapitals“, den Lenin im Rahmen seiner Imperialismustheorie von Hilferding übernommen hatte, ist auch ökonomisch fehlerhaft. Er widerspricht der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie und resultiert aus einer irigen Interpretation damaliger wirtschaftlicher Erscheinungen speziell in Deutschland – siehe hierzu die AzD 39/1987: „Kapital und Monopol“)

Anders als in der Komintern-Definition werden in dem Artikel über die „Vorgeschichte des NS“, der sich auf umgearbeitete Auszüge aus einem 2024 erscheinenden Buch von H. Karuscheit über den Nationalsozialismus stützt, die historisch spezifischen Bedingungen entwickelt, unter denen der Nationalsozialismus in der Republik von Weimar an die Macht gelangte. Das war im Kern *das zweifache Scheitern der bürgerlichen Revolution* in Deutschland, denn nicht nur 1848/49 schlug die anstehende bürgerliche Revolution fehl, sondern auch 1918/19 – diesmal durch eine von der SPD-Spitze im Bündnis mit der preußisch-deutschen Militärführung organisierte Konterrevolution.

Erst auf Basis dieses erneuten Scheiterns der bürgerlichen Revolution lassen sich Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus erklären, der sich als Gegenentwurf zu den „Ideen von 1789“ verstand und die Errungenschaften der Moderne in Gesellschaft und Politik, Kultur und Humanität bis aufs Messer bekämpfte.

2. Die damit aufgeworfenen Fragestellungen haben aufgrund des Kriegs zwischen Israel und der palästinensischen Hamas ungeahnte Aktualität gewonnen. Damit beschäftigt sich der zweite Teil dieser Nummer.

Eingeleitet von Alfred Schröder, werden darin Texte dokumentiert, die sich mit der Frage des Zionismus, des Antisemitismus und des Existenzrechts Israels beschäftigen, so auch die Charta der Hamas von 2017 („Grundsätze und Ziele“).

Mit einer Stellungnahme der MLPD, die sowohl die Hamas als auch den Iran für „faschistisch“ erklärt, setzt sich Karl-Heinz Goll auseinander, und Manfred Englisch tut dasselbe mit dem „Arbeiterbund“, der für die Existenz Israels eintritt, „bis dem deutschen Imperialismus die Zähne ausgeschlagen sind“.

3. Im abschließenden Teil dieser Ausgabe drucken wir auszugsweise eine kontroverse Diskussion über die heutige Aufgabe von Kommunisten ab, die im AzD-Leserkreis aus Anlass der Stellung zum Ukraine-Krieg geführt worden ist.

Heiner Karuscheit

Vorgeschichte des Nationalsozialismus

Das Scheitern der bürgerlichen Revolution in Deutschland

Vorbemerkung

Sechzehn Jahre nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Russland bedeutete der Herrschaftsantritt des Nationalsozialismus in Deutschland 1933 eine schwere Niederlage für die kommunistische Weltbewegung. Zwei Jahre später definierte der VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale den Faschismus als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ bzw. kürzer als „die Macht des Finanzkapitals selbst“.

Zu diesem Zeitpunkt lag der Siedlungskrieg gegen die Sowjetunion mit der millionenfachen Vernichtung slawischer „Untermenschen“ zwecks Gewinnung von „Lebensraum“ noch in der Zukunft; dasselbe war mit der Auslöschung des europäischen Judentums der Fall. Außerdem siegte der Nationalsozialismus nur in Deutschland als dem einzigen kapitalistisch entwickelten Land, dagegen wurden weder die USA noch Frankreich oder Großbritannien faschistisch.

Es gab also mehr als nur einen Grund, darüber nachzudenken, ob die 1935 gegebene Definition geeignet war, die gesellschaftliche Realität auf den Begriff zu bringen. Doch eine tiefergehende Debatte fand bis heute nicht statt. Vielmehr wird in der Linken, speziell in den Überresten der kommunistischen Bewegung, weiterhin hartnäckig an dem Begriff des Faschismus als Herrschaftsform des Finanzkapitals festgehalten, u.a. mit der Folge, dass regelmäßig die Gefahr einer Wiederkehr des Faschismus heraufbeschworen wird.

Die Frage eines deutschen „Sonderwegs“

Wie sah und sieht es demgegenüber in der bürgerlichen Geschichtsschreibung aus? Hier gewann seit den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts die Theorie von einem deutschen „Sonderweg“ in die Moderne an Einfluss, vertreten u.a. von Historikern wie Hans-Ulrich Wehler oder Heinrich August Winkler. Dieser Theorie zufolge war die NS-Herrschaft darauf zurück zu führen, dass im „Westen“ bürgerliche Revolutionen schon früh eine Demokratie hervorgebracht hatten, während in Deutschland die Revolution von 1848/49 fehlgeschlagen war und der deutsche Nationalstaat verspätet und unter Führung des preußischen Militärstaats hergestellt worden war.

Aber war Deutschland nicht 1918/19 ebenfalls zu einer Republik mit einer parlamentarischen Ordnung geworden und war damit nicht die entscheidende Besonderheit gegenüber Staaten wie Großbritannien oder Frankreich weggefallen, wie viele Kritiker

argumentierten? Dieser Einwand brachte die Anhänger der Sonderwegtheorie in eine schwierige Lage, da sie wie ihre Kritiker die Entstehung der Weimarer Republik mit einem Triumph der Demokratie, d.h. einem – wenngleich späten – Sieg der bürgerlichen Revolution gleichsetzten. Wenn das aber der Fall war, wie ließ sich dann das Zustandekommen der NS-Herrschaft erklären?

An dieser Stelle verwiesen die Sonderwegvertreter auf außergewöhnliche Umstände wie die Kriegsniederlage, die Weltwirtschaftskrise oder das persönliche „Charisma“ Adolf Hitlers, um eine einigermaßen plausible Antwort zu geben. Dabei übersahen sie das Entscheidende, nämlich dass die Novemberrevolution Deutschland nur dem Schein nach auf den Weg der westlichen Nationalstaaten geführt hatte. Tatsächlich war sie dem Wesen nach fehlgeschlagen, denn von der Wirtschaft über die sozialen Verhältnisse, den Staatsapparat, das Militärwesen, die Justiz, Universitäten und die Kirchen setzte sich die alte Gesellschaftsstruktur unverändert fort, lediglich überwölbt von einer parlamentarischen Regierungsform. Das heißt: *die bürgerliche Revolution war nicht nur 1848/49 gescheitert, sie scheiterte in Deutschland 1918/19 ein weiteres Mal, und die Republik ging nicht aus ihrem Sieg, sondern aus ihrer Niederlage hervor. Der deutsche „Sonderweg“ endete 1918/19 nicht - er setzte sich fort.*

Wenn wir den Nationalsozialismus, seinen Weg zur Macht und den Charakter seiner Herrschaft begreifen wollen, müssen wir uns mit dem Werdegang der bürgerlichen Revolution in Deutschland auseinandersetzen.

Das Scheitern der bürgerlichen Revolution in Deutschland

Als der ostpreußische Gutsbesitzer und Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, in seiner Funktion als Reichspräsident der Weimarer Republik den Führer der NSDAP am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, tat er das auf Betreiben von Klassenkräften, denen er selber zugehörte und die das Deutsche Reich bis zur Novemberrevolution 1918 beherrscht hatten.

Gemeint ist das Bündnis von „Roggen und Eisen“ – klassenpolitisch von Junkertum und Montanbourgeoisie: auf der einen Seite die kleinadeligen Gutsbesitzer östlich der Elbe, die als Militäradel die Armee befehligten und die langjährige Herrschaftsklasse Preußens bildeten, auf der anderen Seite die Herren der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, dem Zentrum und Motor des industriellen Aufstiegs Deutschlands.

Formiert hatte sich diese Klassenkonstellation, die 1933 den kurzlebigen Parlamentarismus der Republik von Weimar zu Fall brachte, in der Revolution, die Mitte des 19. Jahrhunderts ganz Europa erschütterte.

1. Die Folgen der Niederlage von 1848/49

Anders als in Frankreich oder England hatte die bürgerliche Revolution, die in Deutschland 1848/49 zum ersten Mal auf die Tagesordnung trat, eine doppelte Aufgabenstellung vor sich, denn sie musste sowohl die Demokratie als auch einen Nationalstaat erkämpfen. Ihr Hauptgegner war der preußische Militärstaat, der nach dem Sieg über das napoleonische Frankreich als Mitglied der „Heiligen Allianz“ von 1815 zusammen mit

Vorgeschichte des Nationalsozialismus

dem zaristischen Russland und der Habsburgermonarchie die monarchische Ordnung in Europa garantierte.

Die Revolution endete mit einer Niederlage, weil ein maßgeblicher Teil des Bürgertums, voran die emporstrebende industrielle Bourgeoisie, es angesichts der sozialen Forderungen der Massen vorzog, an die Seite Preußens zu treten, um die Volksbewegung niederzuschlagen, anstatt den Kampf um Freiheit und Demokratie weiterzuführen. Die verbindende Achse des Klassenbündnisses, das sich damals herausbildete, war das gemeinsame Interesse, die Massendemokratie abzuwehren.

a) Die Reichseinigung als Antwort auf die Revolution

Weil die deutsche Nationalbewegung sich nicht dauerhaft niederhalten ließ und die Gefahr bestand, dass sie Preußen auf Dauer überwinden würde, setzte der 1862 zum Berliner Ministerpräsidenten ernannte Bismarck in einem kühnen innen- wie außenpolitischen Manöver den preußischen Militärstaat an die Spitze der Nationalbewegung und ließ die Armee in den Einigungskriegen von 1864 bis 1870 einen kleindeutschen Nationalstaat unter Ausschluss Österreichs erkämpfen.

Die Schaffung eines großen nationalen Markts zusammen mit der Vereinheitlichung des bürgerlichen Rechtswesens und einer gemeinsamen Währung verwirklichte die wirtschaftspolitischen Forderungen der Bourgeoisie, und bürgerliche Kräfte wurden an der Regierung beteiligt. Das Kaiserreich erhielt auch ein Parlament, den Reichstag, aber dieses Parlament war nicht „verantwortlich“, d.h. es konnte die Regierung nicht bestimmen und besaß keine Macht. Gleichzeitig führte Bismarck in einem besonderen Manöver das allgemeine (Männer-) Wahlrecht für die Reichstagswahl ein, was von den Kritikern der Sonderwegtheorie als Beweis für die „Modernität“ des Kaiserreichs im Vergleich zu den westlichen Nachbarländern (wo sich das allgemeine Wahlrecht erst nach dem Weltkrieg durchsetzte), betrachtet wird. Tatsächlich diente dessen frühe Einführung in Preußen-Deutschland dazu, die Bestrebungen der Bourgeoisie zu blockieren, über das Parlament an die Macht zu gelangen, denn die Bürgerlichen strebten einen „verantwortlichen“ Reichstag nur auf Basis eines Zensus-Wahlrechts wie in den westlich-bürgerlichen Ländern an, um die Einflussnahme der Massen auf das Parlament zu verhindern.

Eine überfällige demokratische Revolution

Der Reichstag war also nicht mehr als ein Feigenblatt, hinter dem sich die fortdauernde Vorherrschaft des Junkertums verbarg, das durch die militärischen Siege der von ihm geführten Armee fester im Sattel saß als zuvor. Anstatt in dem neuen Nationalstaat aufzugehen, wie es das Ziel der Revolutionäre von 1848 gewesen war, dehnte der preußische Militärstaat seine Herrschaft über ganz Deutschland aus. Nach den Worten von Karl Marx war der neue Staat „nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus.“

Im Ergebnis trug die bismarcksche Reichseinigung daher einen sowohl fortschrittlichen als auch reaktionären Charakter: sie verwirklichte die eine Hälfte der Ziele von 1848: die Gründung eines Nationalstaats, und warf die andere Hälfte, die Erkämpfung der Demokratie, umso weiter zurück. Dem entsprach der eigentümliche Doppelcharakter

des Kaiserreichs:

Es wurde zur stärksten Wirtschaftsmacht Europas, war führend in Wissenschaft und Technik, und seine Universitäten genossen Weltruf. Gleichzeitig war es ein Militär- und Obrigkeitsstaat, der als einziger unter den kapitalistisch entwickelten Nationen Europas durch eine halbfeudale Klasse von Großgrundbesitzern gemeinsam mit der rechtsstehenden Fraktion der Großindustrie beherrscht wurde.

Die bürgerliche Revolution war also durch die Reichseinigung nicht erledigt, sondern musste als *demokratische Revolution zum Sturz der preußischen Militäraristokratie und der mit ihr verbündeten Montanbourgeoisie* weitergeführt werden.

b) Ein reaktionäres Herrschaftsbündnis

Historisch war das Junkertum zum Untergang verurteilt. Die Produktionsverhältnisse auf den ostelbischen Gutswirtschaften fußten nicht auf freier Lohnarbeit, sondern trugen vorbürgerlich-patriarchalischen Charakter und setzten der Produktivitätsentwicklung Schranken. Die gutszugehörigen Landarbeiter mitsamt ihren Familien befanden sich in persönlicher Abhängigkeit von ihren „Herren“, die auf den Gütern nicht nur Arbeitgeber, sondern gleichzeitig Inhaber der unteren Gerichtsbarkeit und der Polizeigewalt waren und denen die „Gesindeordnung“ das Züchtigungsrecht gegenüber ihrem „Gesinde“ gab. Durch die Verwendung von Düngemitteln und Maschinerie waren die Erträge auf den getreideproduzierenden Gutswirtschaften bis zu einem gewissen Grad zu steigern, aber der Weltmarktkonkurrenz durch den zunehmenden Einsatz von Dampfschiffen insbesondere gegen das preiswertere Getreide der amerikanischen Farmer war man auf Dauer nicht gewachsen.

Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs mussten die Junker sich umso mehr an die Staatsmacht klammern, die Bismarck seiner Klasse durch die Herrschaftskonstruktion des Deutschen Reichs gesichert hatte: Politisch beherrschte „ihr“ Staat Preußen als Hegemonialstaat das Deutsche Reich, während gleichzeitig ihre Herrschaft über Preußen durch das Dreiklassenwahlrecht gesichert wurde, das der konservativen Junkerpartei zusammen mit den von der Schwerindustrie bestimmten Nationalliberalen dauerhafte Mehrheiten im preußischen Landtag sicherte.

Insbesondere kommandierten sie als Militäradel die preußisch-deutsche Armee, die außerhalb der Verfassung stand. Sie war nicht nur der wichtigste innenpolitische Machtfaktor, außerdem verfügten sie damit über das Instrument, um ihre Vorherrschaft im Notfall durch einen Krieg gegen äußere Feinde zu retten.

Die Bourgeoisie

Nach der Reichseinigung versuchten die bürgerlichen Liberalen zunächst, die junkerliche Alleinverfügung über die Armee mit Hilfe des Haushaltsrechts zu brechen, um so an die Macht zu gelangen, wurden jedoch von Bismarck durch die Mobilisierung der Öffentlichkeit sowie eine Reichstagsauflösung und Neuwahlen zurückgeschlagen. Als hinzu kam, dass die SPD trotz des Sozialistengesetzes von 1878 Stimmenzuwächse erzielte, musste die Bourgeoisie befürchten, dass es ihr auf Dauer gelingen könnte, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts über den Reichstag an die Macht zu gelangen. Deshalb erklärten die Nationalliberalen in ihrer „Heidelberger Erklärung“ von 1884, dass sie nicht

Vorgeschichte des Nationalsozialismus

länger die Verantwortlichkeit des Reichstags anstreben würden, und erkannten die außerverfassungsmäßige Stellung der Armee an, „um die bestehende Ordnung vor den Gefahren der Revolution zu schützen“.¹ Diese Eckpunkte bestimmten fortan das Zusammengehen des rechten Flügels der Bourgeoisie mit dem Militäradel: die Ablehnung einer parlamentarischen Herrschaftsordnung und die Anerkennung der Souveränität des Junkertums über die Armee.

Bismarcks Abdankung 1890 gab der Bourgeoisie die Gelegenheit, ihr wachsendes ökonomisches Gewicht auf dem Umweg über die Außenpolitik zur Geltung zu bringen, ohne das Klassenbündnis mit dem Junkertum als solches in Frage zu stellen. Unter Reichskanzler von Bülow, der den Nationalliberalen nahestand, ging das Deutsche Reich Mitte der neunziger Jahre zur sog. „Weltpolitik“, d.h. zum Imperialismus über. Es erhob den Anspruch auf ein großes Kolonialreich und ließ binnen weniger Jahre, von Wilhelm II. als „Flottenkaiser“ gefördert, eine gewaltige Schlachtflotte bauen, um der weltumspannenden Seemacht Großbritannien die Anerkennung als gleichberechtigte Weltmacht abzutrotzen.

Bürgerlicher Imperialismus

Getragen vom gesamten bürgerlichen Lager (an der norddeutschen Küste auch von Teilen der Arbeiterschaft), zielte das Imperialismusprogramm innerpolitisch auf eine Machtverschiebung zugunsten der Bourgeoisie, nicht zuletzt dadurch, dass die Marine als bürgerliche Waffengattung dauerhaft den gleichen Rang wie das junkerliche Heer einnehmen sollte. Ohne den Militäradel offen herauszufordern und ohne den Weg über den Reichstag mit seinem allgemeinen Wahlrecht gehen zu müssen, eröffnete die „Weltpolitik“ scheinbar einen Königsweg zwischen Scylla und Charybdis, zwischen Junkertum und Sozialdemokratie, um sich auf dem Umweg über die Außenpolitik irgendwie an die Macht zu schleichen.

Der Militäradel tolerierte die „Weltpolitik“ auf dem Boden des Reichsgründungskompromisses, so lange seine Alleinverfügung über das Heer und die Herrschaft über Preußen nicht in Frage gestellt wurden. Und da die Junkerpartei keinen größeren Ausbau des Heeres wollte, um dessen Zuverlässigkeit nicht durch zu viele städtisch-proletarische Wehrpflichtige zu gefährden, war die Finanzierung des Schlachtflottenbaus zunächst konfliktfrei möglich.

Die seit Ende des Jahrhunderts erhobenen Kolonialansprüche und der Bau der riesigen Schlachtflotte rückten naturgemäß ins Zentrum der deutschen und internationalen Öffentlichkeit. Da sowohl der Kanzler als auch der Kaiser die Weltpolitik vorantrieben, konnte es an der Oberfläche so scheinen, als ob bürgerliche Kräfte an der Macht wären – jedoch nur, wenn man die Natur des Klassenkompromisses von Junkertum und Bourgeoisie und die damit zusammenhängende Herrschaftsstruktur des Deutschen Reichs nicht begriff. Real änderte der Imperialismus an der gegebenen Machtverteilung nichts.

¹ Karuscheit 2014, S. 101ff

c) Ein wechselhaftes Kleinbürgertum

Im *Kommunistischen Manifest* hatten Marx und Engels 1847 das baldige Verschwinden der kleinen Warenproduzenten, sprich der Hauptmasse der alten Gesellschaft, durch den Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise vorhergesagt. Doch trotz ihres zahlenmäßigen Rückgangs machten Bauernschaft und städtisches Kleinbürgertum noch lange den überwiegenden Teil der Gesellschaft aus; erst in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg konnte das Kapital sie bis auf einen Restbestand verdrängen bzw. vollständig in seinen Kreislauf einbeziehen.

In der Zwischenzeit hielt die voranschreitende Auflösung der hergebrachten Produktions- und Lebensverhältnisse sie in einem Zustand latenter Unruhe, der sie für wechselnde politische Überzeugungen empfänglich machte. Zwischen den anderen Klassen der Gesellschaft stehend, konnten ihre Millionenmassen insbesondere in Zeiten des Umbruchs ausschlaggebend sein für die Richtung, die die gesellschaftliche Entwicklung nehmen würde.

So waren die kleinen Bürger 1848/49 die Hauptträger der nationaldemokratischen Revolution gewesen und verharren die linken Liberalen – meist in verschiedene Parteien gespalten – auch im Kaiserreich in Opposition gegen den preußischen Militär- und Obrigkeitsstaat. Auf der anderen Seite wurde die Mehrheit des Kleinbürgertums durch die Lösung der nationalen Frage in den Klassenkompromiss von Junkertum und Bourgeoisie eingebunden, so dass sich das Kaiserreich über lange Zeit auf eine zuverlässige soziale Basis stützen konnte.

Indessen ließen die aus der Reichseinigung resultierenden Bindekräfte, je länger die Nationalstaatsgründung zurücklag, desto mehr nach. Gegen Ende des Jahrhunderts entstanden neue gesellschaftliche Strömungen im Kleinbürgertum, die sich gleichermaßen gegen die Monarchie und die Kirchen, gegen Demokratie, Liberalismus und Marxismus richteten.

Völkisch-rassistische Strömungen

Vorweg gehörte dazu die *völkische* Bewegung, die einen rassenbiologischen Volksbegriff in Verbindung mit einem antisemitisch-germanischen Ideengut vertrat.² Ihre Anhänger wiesen die Ziele und Werte der bürgerlichen Revolution als „undeutsch“ zurück und strebten einen artreinen deutschen „Rassestaat“ an. „Neu an diesem Milieu, das sich insbesondere im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg und während des Krieges zu formieren begann, war die Verbindung von aggressivem Nationalismus, rassistischem und antisemitischem Gedankengut, unbedingter Feindschaft gegenüber der Sozialdemokratie und sozialen Ressentiments innerhalb von Bevölkerungsschichten, die ihre Position langfristig durch den rapiden wirtschaftlichen und sozialen Wandlungsprozess bedroht sahen.“³ Politisch waren diese Strömungen wenig einflussreich, da die „Völkischen“ zersplittert waren und sich durch ein lebhaftes Sektenwesen auszeichneten. Doch mit Hilfe einer

² Breuer 2008 und Puschner

³ Longerich 1995, S.213; s.a. Nipperdey 1998: Machtstaat, S. 602ff

Vorgeschichte des Nationalsozialismus

breitgefächerten Publizistik entfaltete ihr Gedankengut ideologisch eine erhebliche Breitenwirkung.

Nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa brachte die voranschreitende Industrialisierung neben einer organisierten Arbeiterbewegung neue Bewegungen unter den kleinen Bürgern hervor, die sich aus der vorhandenen politischen Ordnung lösten und nach einer neuen Orientierung suchten. Regelmäßig vom Rassendenken beeinflusst, verfochten sie vielfach einen diffusen Begriff des „Sozialismus“, der nichts mit den Zielen der marxistischen Arbeiterbewegung zu tun hatte, sondern in letzter Instanz die Gleichheit der kleinen Warenproduzenten widerspiegelte. Vorreiter dieser Entwicklung war zunächst Frankreich, aber „der nationale Sozialismus blieb nicht lediglich auf Frankreich beschränkt, wenn er auch in dieser Nation zuerst seine tiefsten Wurzeln schlug (...) Diese verschiedenen nationalen sozialistischen Bewegungen wussten nichts voneinander. Jede war eine Reaktion auf eine besondere Situation. Der Umstand, dass diese Reaktionen sich so ähnlich waren, ist von Bedeutung, weil er Teil jenes in ganz Europa stattfindenden Suchens nach einer egalitären Gemeinschaft im Geiste der Nation war.“⁴

Im Umfeld dieser Bewegungen und unter ihrem Einfluss entstand Ende des 19. Jahrhunderts auch der Zionismus, der nach dem Beispiel der europäischen Kolonialmächte die Schaffung eines eigenen jüdisch-völkischen Staats forderte. In Deutschland knüpfte der Nationalsozialismus nach dem Ersten Weltkrieg an das völkische Ideengut an.

d) Die Verpreußung der SPD

Für die Entwicklung der Gesellschaft am bedeutsamsten war zunächst das mit der Industrialisierung einhergehende Wachstum des Proletariats. Es fand seine politische Vertretung in der Sozialdemokratie, deren erste Parteiorganisation, der ADAV, von Ferdinand Lassalle gegründet wurde. Dieser vertrat nicht nur eine fehlerhafte Lohntheorie (das „eherne Lohngesetz“), sondern auch Vorstellungen von einem preußischen Staatssozialismus, die das Gedankengut der entstehenden sozialdemokratischen Arbeiterpartei prägten und u.a. im Gothaer Programm von 1876 ihren Niederschlag fanden.

Anfangs durch das Sozialistengesetz ausgegrenzt, breitete sich die Sozialdemokratie nach dessen Aufhebung 1890 umso rascher aus. Doch während sich immer mehr Arbeiter in Partei und Gewerkschaften organisierten, wuchs die SPD zur selben Zeit in den Staat hinein.⁵ Dabei war das Entscheidende, dass dieser Staat kein bürgerlicher Staat war, sondern ein durch das junkerliche Preußen beherrschter Militär- und Obrigkeitsstaat. Das heißt, die wachsende „Identifizierung der deutschen Sozialdemokratie mit ... dem monarchisch-autoritären Staat“ hatte keine *Verbürgerlichung* der Partei zur Folge, sondern ihre *Verpreußung*.⁶

Die von Bismarck begonnene Arbeitersozialpolitik des Kaiserreichs förderte diesen Prozess. Für manche Historiker ein Beweis für die „Modernität“ des Kaiserreichs im Vergleich zum Westen (weil der Übergang zu einem Sozialstaat dort erst nach dem Weltkrieg stattfand), rührte der Unterschied in Wahrheit daher, dass der Einfluss der

⁴ Mosse 1978, S. 148, 150

⁵ Karuscheit: Die SPD und der Junkerstaat; in: Karuscheit u.a. 2018

⁶ Grebing 1970, S. 138f

Bourgeoisie in den westlichen Ländern eine Sozialstaatspolitik lange verhinderte. Dagegen war es in Deutschland der vormoderne preußisch-deutsche Staat, der öffentlich-rechtliche Arbeiterversicherungen gegen Unfälle, Krankheit und zur Altersversorgung *gegen die Opposition der Bourgeoisie* einführte, um die Arbeiter an den monarchischen Staat heranzuführen. Schätzungsweise jeder fünfte sozialdemokratische Funktionsträger war schließlich in den Sozialversicherungen und anderen halbstaatlichen Organisationen tätig.

Getragen wurde die Entwicklung der SPD zu einer preußisch-sozialpatriotischen Arbeiterpartei nicht zuletzt von ihrem Gewerkschaftsflügel. In der betrieblichen Realität des ökonomischen Kampfes (nur) mit dem Kapital konfrontiert, erschien der Junkerstaat den Gewerkschaften im ökonomischen Kampf als potentieller Helfer gegen das Kapital. Ursprünglich schwächer als die SPD und lediglich als „Rekrutenschule“ für die Partei betrachtet, hatten die Gewerkschaften seit Anfang des 20. Jahrhunderts mehr als viermal so viele Mitglieder wie die SPD – 1906 standen ca. 1,6 Millionen Gewerkschaftsmitglieder 384.000 Parteimitgliedern gegenüber. Hand in Hand damit vergrößerte sich ihr Einfluss in der Partei, bis der aus ihren Reihen stammende Friedrich Ebert 1913 die Nachfolge August Bebel's als Parteivorsitzender antrat.

Grundlegende gesellschaftstheoretische Mängel

Die Integration in den Junkerstaat wurde begünstigt durch gravierende Fehleinschätzungen der Gesellschaftsstruktur des Kaiserreichs und des Charakters seiner Klassen. So untersuchten bürgerliche Gesellschaftswissenschaftler wie Max Weber oder Werner Sombart die ostelbische Agrarverfassung und kamen zu dem Ergebnis, dass die Junkergüter *nichtkapitalistisch* betrieben wurden. Dagegen vertrauten die Sozialdemokraten auf den (im Erfurter Programm ausführlich dargestellten) Siegeszug der kapitalistischen Produktionsweise und unterstellten ohne Untersuchung, dass der Kapitalismus sich auf den Latifundien durchgesetzt hätte.

Dieser Annahme zufolge hätten die Junker sich also in Agrarkapitalisten verwandelt, so dass sie keine eigenständige Klasse mehr bilden konnten, sondern zu einer landbesitzenden Fraktion der Bourgeoisie geworden waren. Deutschland musste also auf jeden Fall unter bürgerlicher Herrschaft stehen, so dass die Notwendigkeit einer nachholenden bürgerlich-demokratischen Revolution nicht nur historisch-politisch, sondern auch aufgrund der ökonomisch-sozialen Verhältnisse abwegig erschien.

Zu dieser Sichtweise gehörte, dass nicht nur die Gutsbesitzer als eigene Klasse negiert wurden, sondern auch die Millionenmassen der kleinen Warenproduzenten, obwohl sie nach wie vor die Mehrheit der Gesellschaft stellten. In der Revolution von 1848/49 mochten sie eine entscheidende Rolle gespielt haben, aber da die Epoche der bürgerlichen Revolution durch die Reichseinigung passé war, musste gemäß den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Geschichte als nächstes der Sozialismus kommen, der alleine Sache des Proletariats war und das Kleinbürgertum nichts anging – dessen Rolle war ausgespielt. Die Konsequenz war, dass das politische Tableau der Sozialdemokratie lediglich Proletariat und Bourgeoisie umfasste; Militäradel und Kleinbürgertum kamen darin nicht vor.

Die Fehlkonstruktion des Erfurter Programms

Die Fehler der sozialdemokratischen Gesellschaftstheorie kulminierten im Erfurter Programm von 1891. Während die Lassalleschen Staatsvorstellungen undiskutiert geblieben waren, hatte es in der Zwischenzeit eine Auseinandersetzung über seine Lohntheorie gegeben, mit der Konsequenz, dass die Fehler des Gothaer Programms auf ökonomischem Gebiet durch den Marxismus ersetzt wurden und der von Kautsky formulierte Grundsatzteil des Programms die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise in konzentrierter Form wiedergab.

Dagegen nahm das Programm in seinem politisch-gesellschaftlichen Teil weder eine Einschätzung der Reichsgründung noch der Klassenverhältnisse und Herrschaftsstruktur des Kaiserreichs vor. Ohne das offen auszusprechen, fußte es auf der Grundannahme, dass sich die Epoche der bürgerlichen Revolution in Deutschland mit der Bildung des Nationalstaats 1870 erledigt hätte. Auf dieser Basis war kein Raum für die Erkenntnis, dass sie als demokratische Revolution weitergeführt und abgeschlossen werden musste, bevor der Sozialismus auf die Tagesordnung treten konnte.

Zwar verlangte Friedrich Engels in seiner Kritik des Erfurter Programms, die Forderung nach einer demokratischen Republik in das Programm aufzunehmen, doch Bebel und der Parteivorstand machten dagegen strafrechtliche Bedenken geltend. Sie nahmen nicht einmal die von Engels daraufhin vorgeschlagene und für „unverzichtbar“ erklärte Ersatzformulierung in das Programm auf: „Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung“. Desgleichen wurde Engels' Hinweis, dass zusammen mit Preußen auch die Kleinstaaterei abgeschafft werden müsse, um einen deutschen Einheitsstaat zu schaffen, komplett negiert.

In der Folgezeit erörterte Kautsky verschiedentlich das Problem der demokratischen Republik und warf die Frage auf, ob das Proletariat vielleicht nur mit Unterstützung des Kleinbürgertums an die Macht gelangen könne. Weder er selbst noch erst recht die Parteiführung vertieften diese Fragestellung jedoch.

Das sozialdemokratische Machtkonzept

Wie aber wollte die Partei an die Macht gelangen? Ein vor allem in Süddeutschland starker Parteiflügel wollte dies mit Hilfe einer bürgerlichen, demokratisch-reformistischen Politik erreichen. Eduard Bernstein, der Anführer dieser Richtung, stellte den Marxismus in Ökonomie und Philosophie in Frage, hob die Stärke und Bedeutung des Kleinbürgertums hervor und trat für eine Demokratisierungspolitik gemeinsam mit den linken Liberalen gegen die fortdauernde Vormacht des Preußentums ein. Die Durchsetzung dieser Richtung hätte aus der SPD eine *bürgerlich-reformistische* Arbeiterpartei gemacht, jedoch wurden ihre Positionen sowohl von dem Parteizentrum unter Bebel und Kautsky als auch von der revolutionären Linken unter Luxemburg zurückgewiesen; zwei Parteitage lehnten Bernsteins Auffassungen mit großer Mehrheit ab.⁷

⁷ In der Linken wird der sozialdemokratische „Verrat“ an der Novemberrevolution bis heute darauf zurückgeführt, dass die SPD in der Vorkriegszeit *verbürgerlicht* sei, weil sich die offiziell zurückgewiesenen Positionen Bernsteins hinterrücks durchgesetzt hätten. Diese Erklärung ist auch in dem Buch

Stattdessen bildete sich auf dem Boden der fortschreitenden Integration in den Bismarck-Staat ein stillschweigendes Machtkonzept heraus, das an den Staatssozialismus Lassalles anknüpfte und zur Richtschnur der Parteiführung in der Novemberrevolution wurde. Nirgends schriftlich niedergelegt, besagte es, den alten Staatsapparat nicht zu zerschlagen und durch einen neuen Staatsapparat zu ersetzen, wie Marx und Engels das gefordert hatten, sondern den heimlich bewunderten „Junkerstaat in seiner ganzen Schönheit“, wie Bebel es nur halb ironisch formulierte, zu übernehmen und in eigener Regie weiterzuführen.

Der revolutionäre Flügel der Partei unter Luxemburg und Liebknecht hatte dem wenig entgegen zu setzen, weil er die grundlegende Einschätzung des Entwicklungsstandes der Gesellschaft teilte. Ohne den Charakter der anstehenden Revolution jemals thematisiert zu haben, hielten die Linken (wie die restliche Partei) die bürgerliche Revolution für abgeschlossen und das Kaiserreich für einen bürgerlichen Staat unter der Herrschaft der Bourgeoisie. Ihre „Besonderheit“ bestand wesentlich in dem Beharren auf der Überzeugung, dass es illusorisch sei, auf friedlichem Weg zum Sozialismus zu gelangen.

2. Eine SPD-geführte Konterrevolution: die Niederlage von 1918/19

Die mit der Reichsgründung etablierte Herrschaftskonstruktion konnte die innenpolitische Stabilität des Kaiserreichs nicht auf Dauer sichern. Als 1909 der Reichsgründungskompromiss zerbrach, wurde eine Kettenreaktion in Gang gesetzt, die wenige Jahre darauf in den Großen Krieg von 1914-18 mündete, an dessen Ende die siebzig Jahre zuvor gescheiterte bürgerliche Revolution erneut auf die Tagesordnung trat.

In deren Gefolge fiel die Regierung der SPD zu, die sich indes aufgrund ihrer „Verpreußung“ nicht als Gegnerin des Bismarck-Reichs, sondern als dessen Erbin verstand. Deshalb entstand zwar eine parlamentarische Demokratie, aber hinter der republikanischen Fassade blieb nicht nur der preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat erhalten; außerdem überstanden auch die ihn tragenden gesellschaftlichen Kräfte den Umsturz unbeschadet und konnten anschließend daran gehen, ihre vorherige Machtstellung zurückzugewinnen.

a) Bruch des Klassenkompromisses, Krieg um die Macht

Eine Steuerfrage – historisch immer schon ein Scheidepunkt zwischen Feudalmacht und Bürgertum – brachte 1909 den Klassenkompromiss von Junkertum und Bourgeoisie ans Ende. Die Ursache dafür war ein erbitterter Streit zwischen Konservativen und Liberalen um die Einführung neuer Steuern zur Finanzierung des Schlachtflottenbaus, der den sog. „Bülow-Block“ aus Konservativen, National- und Linksliberalen zerbrechen ließ.⁸

Die Folgen des Bruchs konnten kaum weitreichender sein: Nicht nur musste Bülow, der Kanzler der Weltpolitik, zurücktreten und wurde durch Bethmann Hollweg ersetzt, vor allem wurde der Staat unregierbar, weil im Reichstag keine zuverlässigen Mehrheiten zur Verabschiedung von Gesetzen mehr zustande kamen. Gleichzeitig nahmen die

“Deutschland 1914 – Vom Klassenkompromiss zum Krieg“ enthalten (S. 186). Die vertiefte Beschäftigung mit dem Thema, angeregt u.a. durch die Arbeiten von Grebing und Klönne, hat den Autor zu der Erkenntnis geführt, dass die Anpassung an den Staat, dem Charakter des Kaiserreichs entsprechend, nicht die *Verbürgerlichung*, sondern die *Verpreußung* der SPD zur Folge hatte.

⁸ Karuscheit 2014, S. 179ff

Vorgeschichte des Nationalsozialismus

Attacken auf das preußische Dreiklassenwahlrecht zu und wurde ein Ende der außerverfassungsmäßigen Stellung der Armee gefordert. Vorläufiger Höhepunkt war die Reichstagswahl 1912, denn als Folge des Bruchs von 1909 kamen die vorher üblichen Wahlkreisabsprachen der anderen Parteien gegen die SPD nicht mehr zustande. Im Gegenteil stimmten sich jetzt die linken Liberalen mit der SPD ab, so dass diese einen überwältigenden Wahlsieg erzielte, ein Drittel der Reichstagsitze erhielt und sich die Gefahr abzeichnete, dass es zu einer Parlamentarisierung des Reichs kommen könnte.

Daraufhin versuchten Junker und Schwerindustrie zunächst, aus Anlass eines Bergarbeiterstreiks den Ausnahmezustand ausrufen zu lassen, um das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen, scheiterten jedoch an der Weigerung von Kaiser und Kanzler. Als dann noch im Gefolge der Zabern-Affäre von 1913 die souveräne Entscheidungsgewalt der Militärs über einen Truppeneinsatz im Innern beschnitten wurde, war für sie endgültig eine rote Linie überschritten: um die bisherige Herrschaftsordnung zu retten, blieb nur noch die Flucht in einen Krieg übrig.

In der Marokkokrise 1911 hatte die Bourgeoisie vergeblich versucht, die Regierung Bethmann in einen Krieg zu drängen, um ihr Ziel eines deutschen „Mittelafrika“ gegen Frankreich und Großbritannien zu erreichen. Damals hatte das Junkertum keinen Anlass gehabt, für die Bourgeoisie einen „weltpolitischen“ Krieg um Kolonien zu führen. Drei Jahre später trieben Militäradel und Bourgeoisie die Regierung gemeinsam in einen Krieg, und dem doppelten Druck konnte der zögerliche Reichskanzler Bethmann nicht standhalten. Am 14. August 1914 erklärte Deutschland dem Zarenreich den Krieg.⁹

Die Klassenkräfte im Krieg

Jenseits der gemeinsamen Siegeshoffnung verfolgten die den Krieg tragenden Klassen unterschiedliche Kriegsziele:

- Für das untergehende Junkertum war der Krieg wesentlich ein *Machtsicherungskrieg*, der ihre Herrschaft durch einen großen Sieg der von ihnen geführten Armee noch einmal wie 1870/71 gegen die Zeit retten sollte.
- Für die Bourgeoisie handelte es sich um einen *imperialistischen Krieg*, den sie in Fortsetzung ihrer Weltpolitik mit dem Ziel führte, Mittelafrika zur deutschen Kolonie zu machen sowie durch die Gewinnung der belgisch/französischen Atlantikhäfen England dauerhaft Paroli bieten zu können. Allerdings spielte die bürgerliche Schlachtflotte im Kriegsverlauf militärisch genauso eine Nebenrolle wie politisch die Bourgeoisie. Mit dem von ihm kommandierten Heer war der Militäradel sowohl militärisch als auch

⁹ Ein Vergleich der Ausgangslage von 1914 mit der von 1911 hat immer schon Fragen aufgeworfen. 1911 stand das Kaiserreich in der Marokko-Krise lediglich Frankreich und Großbritannien gegenüber, weil Russland erklärte, dass es einen Krieg um Kolonien nicht als Bündnisfall betrachten würde. Dementsprechend hoch wären die deutschen Siegesaussichten gewesen, weshalb die Organe der Bourgeoisie den Kanzler Bethmann auch aufs heftigste attackierten und der Feigheit ziehen. Dagegen ging Deutschland drei Jahre später in einen viel riskanteren Zweifrontenkrieg, in dem das Zarenreich auf der Seite der Westmächte stand.

Erklären lässt sich dies nur, wenn man begreift, dass der entscheidende Grund für den Krieg nicht aus der außenpolitischen Lage, sondern aus den innergesellschaftlichen Widersprüchen resultierte: die Junker waren 1911 nicht bereit zu einem Krieg, der allein im Interesse der Bourgeoisie lag. Dagegen erschien ihnen der Krieg 1914 als letzter Ausweg aus ihrer immer bedrohlicher werdenden Lage.

politisch der Herr des wesentlich zu Land geführten Kriegs.

- Die Massen des Kleinbürgertums, die zuvor begonnen hatten, sich aus der junkerlich-bürgerlichen Hegemonie zu lösen, schlossen sich im Krieg wieder den beiden Herrschaftsklassen an. Sie unterstützten die kolonialimperialistischen Ziele der Bourgeoisie; aus ihren Reihen kamen aber auch völkisch gespeiste Forderungen nach einer Erweiterung des deutschen Lebensraums im Osten.

- Die Arbeiterschaft ließ sich im Vertrauen auf „ihre“ Partei, die SPD, von der Notwendigkeit überzeugen, das Vaterland gegen den reaktionären Zarismus zu verteidigen. Dabei verfolgte die sozialdemokratische Parteiführung über ihren Sozialpatriotismus hinaus ein weitergehendes Ziel: da der Krieg ohne die Arbeiterschaft nicht zu führen war, besaß sie einen wirkungsvollen Hebel, um nicht nur ihre Staatstreue unter Beweis zu stellen, sondern auch das Tor zur Regierungsmacht zu öffnen.

- Die linke Parteiopposition um Rosa Luxemburg verurteilte die Politik der Vaterlandsverteidigung, erklärte sie aber für einen einmaligen Fehltritt der Parteiführung, den die Mitgliedermassen bald wieder korrigieren würden; deshalb sah sie keinen Anlass, die Partei zu verlassen.

Kriegsbündnis zwischen SPD und OHL

Mit Kriegsbeginn ging die sozialdemokratische Parteispitze ein faktisches Bündnis mit der Führung des Militäradels ein, der Obersten Heeresleitung (OHL), um einen Sieg der deutschen Waffen sicherzustellen. Im Rahmen dieses Bündnisses, das sie in der Novemberrevolution unter umgekehrten Vorzeichen fortsetzte (Ebert-Groener-Pakt), verhinderte sie Streiks und Unruhen in der Arbeiterschaft, förderte die Kriegsbereitschaft und trug innenpolitisch die Militärdiktatur der OHL mit.

Als Gegenleistung öffnete das „Vaterländische Hilfsdienstgesetz“ den Gewerkschaften die bis dahin versperrten schwerindustriellen Großbetriebe und beförderte sozialdemokratische Gewerkschaftsführer auf die Kommandohöhen der staatlich organisierten Kriegswirtschaft. Von der Montanbourgeoisie aufs heftigste bekämpft, wurde es als Stufe zur Regierungsübernahme von der SPD als „Kriegssozialismus“ gefeiert.

Die Parteispitze beteiligte sich 1917 auch am Sturz Bethmann Hollwegs, der mittlerweile an den deutschen Siegesaussichten zweifelte und nach der russischen Februarrevolution einen Remisfrieden mit der Entente schließen wollte. Doch die führenden SPDler gingen wie die Militärs davon aus, dass das Deutsche Reich nach dem Sturz des Zarismus einen Sieg über die gegnerische Koalition davontragen würde und unterstützten daher die OHL bei der Auswechslung des Kanzlers.¹⁰

¹⁰ Karuscheit 2017, S.50ff. Da nach der russischen Februarrevolution die Kriegsmüdigkeit des Volkes sprunghaft angewachsen war, stellte die SPD-Führung parallel zum Kanzlersturz die Fortführung des Kriegs noch durch ein besonderes politisches Manöver sicher: sie verabschiedete zusammen mit dem Zentrum und den Linksliberalen eine Friedensresolution des Reichstags, die einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ forderte – das war der Frieden, den Bethmann mit den Kriegsgegnern hinter verschlossenen Türen dabei war zu verhandeln. Da Bethmanns Nachfolger Michaelis statt einer Fortführung der Gespräche die Kriegsführung verstärkte und die Alliierten auf die Resolution nicht reagierten, konnte die SPD erklären, dass der Gegner die zum Frieden ausgestreckte Hand des deutschen Volkes ausgeschlagen hätte, so dass nichts anderes übrigblieb, als den Kampf fortzusetzen.

Ebert als kaiserlicher Reichskanzler

Obwohl die deutsche Armee sich nach der russischen Oktoberrevolution 1917 auf den Krieg an der Westfront konzentrieren konnte, reichten die militärischen Kräfte nicht für einen Sieg. Im September 1918 forderte die OHL die Regierung ultimativ auf, einen Waffenstillstand zu schließen, weil die Front gegen die alliierten Truppen nicht zu halten sei. Im selben Atemzug verlangte sie eine Parlamentarisierung der Monarchie, um den US-Präsidenten Wilson als Friedensvermittler für einen schonenden Frieden zu gewinnen.

Als die verfassungsändernden „Oktoberreformen“ im Oktober 1918 weisungsgemäß umgesetzt wurden, war für die SPD der Weg zur Regierungsübernahme frei, weshalb die Parteiführung immer darauf beharrte, dass die Novemberrevolution überflüssig gewesen sei (nach den Worten Eberts: „ich hasse sie wie die Sünde“). Am Vormittag des 9. November 1918 ließ sich der SPD-Vorsitzende zum Reichskanzler ernennen, um die sprunghaft anwachsende Revolutionsbewegung in letzter Minute zu kanalisieren und die Monarchie unter sozialdemokratischer Führung zu erhalten.¹¹ Damit hatte die Parteiführung das von ihr verfolgte Ziel erreicht: *mit Ebert als kaiserlichem Reichskanzler stellte sie die Regierung des Bismarck-Reichs.*

Am Nachmittag desselben Tages war es jedoch mit der Monarchie und somit auch Eberts Kanzlerschaft vorbei, weil der SPD-Fraktionsvorsitzende Philipp Scheidemann ohne Absprache mit der Parteiführung die Republik ausrief.¹² Das hieß für die SPD-Führung gemäß ihrem Machtkonzept jedoch nur, dass es ab jetzt darauf ankam, den preußisch-deutschen Staat auch in nicht-monarchischer Form unter ihrer Regierung zu bewahren. Das wiederum bedeutete, ihn gegen die Revolution zu schützen.

b) Ein revolutionär-demokratischer Umsturz

Die Revolution ließ sich durch die politischen Manöver der SPD zunächst nicht aufhalten. Von meuternden Kieler Matrosen ausgehend, fegte eine elementare Revolutionswelle die bis dahin unbesiegbar erscheinende preußisch-deutsche Staatsmaschinerie binnen weniger Tage hinweg. Endlich schien sich zu verwirklichen, was 1848/49 fehlgeschlagen war: Soldatenräte übernahmen die Herrschaft über die Armee, und Arbeiter- und Soldatenräte entmachteten den obrigkeitlichen Polizei- und Verwaltungsapparat in

¹¹ Bereits am 6. November 1918 hatten sich angesichts der zunehmenden Unruhen die bisherigen und künftigen Inhaber der Macht getroffen, um über die Verhinderung der Revolution zu beraten. Max von Baden, der noch amtierende Reichskanzler, beschrieb das Verhältnis zwischen den Beteiligten wie folgt: „Gegen Mittag kamen, wie verabredet, die sozialdemokratischen Parteiführer und Gewerkschaftler in die Reichskanzlei, um sich mit dem General Groener auszusprechen: Scheidemann, Bauer, Legien, Robert Schmidt, David, Südekum, Ebert waren erschienen ... Vom ersten Augenblick ... war das alte Vertrauen da. Es war, als wollten die Herren sagen: Wir, die Arbeiterführer und der General, haben schon einmal im Interesse des Landes unsere Bundesgenossenschaft bewährt. Wir sind gekommen, um sie in dieser Stunde zu erneuern.“ (Baden, S. 591) Vier Tage später bekräftigte der „Ebert-Groener-Pakt“ die Bundesgenossenschaft der beiden politischen Lager.

¹² Scheidemann war ein innerparteilicher Konkurrent Eberts und rief die Republik im Alleingang aus, mit der Begründung, dass er der Ausrufung einer *sozialistischen* Republik durch Karl Liebknecht (die kaum Resonanz fand) zuvorkommen musste. Dahinter konnte die Parteiführung anschließend nicht zurück, doch Scheidemann wurde, sobald die Umstände es zuließen, aus der Berliner Reichspolitik nach Kassel als Oberbürgermeister abgeschoben.

der Heimat. Die alten Staatsorgane existierten zwar noch, besaßen aber keine Autorität mehr.

Sozial wurde die Revolutionsbewegung hauptsächlich von Arbeitern getragen, sie mobilisierte aber auch viele Kleinbürger. Unter roten Fahnen und sozialistischen Parolen trugen ihre Ziele wesentlich *demokratischen* Charakter; spontane Betriebsenteignungen gab es nicht. Neben der von den Arbeiterräten vorrangig geforderten Sozialisierung der Schwerindustrie ging es um die Enteignung des Großgrundbesitzes, und wären diese Forderungen umgesetzt worden, hätten die bisherigen Herrschaftsklassen ihren ökonomisch-sozialen Rückhalt und somit ihre Machtbasis verloren. Jenseits dieser grundlegenden sozialen Maßnahmen zielte die Rätebewegung vor allem darauf, den alten Staatsapparat zu zerschlagen und das preußisch-deutsche Heer aufzulösen, um diese Brutstätte des Militarismus zu beseitigen; eine milizähnliche Volkswehr sollte an die Stelle des stehenden Heeres treten.

Diese und andere Forderungen bestimmten die Diskussionen und Beschlüsse des Reichsrätekongresses, der als Zentralversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin tagte und als Vertretung der Rätebewegung zu dieser Zeit das unbestrittene zentrale Machtorgan in Deutschland war. „Die Revolution hatte ein Programm, auch wenn es angesichts des spontanen Charakters der Bewegung nicht immer scharf formuliert war. Dieses Programm war die Abschaffung des Obrigkeitsstaats und eine tiefgreifende demokratische Umgestaltung der politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse.“¹³ Dem Wesen nach war die Novemberrevolution eine *demokratische Revolution*, die sich gegen den preußisch-deutschen Militär- und Obrigkeitsstaat unter der Herrschaft des Junkertums und der mit ihm verbündeten Montanbourgeoisie richtete.

Ein hoffnungsvoller Aufbruch

Die von der Revolutionsbewegung verfolgten Ziele deckten sich weitgehend mit den Forderungen, die seit 1848/49 Grundbestandteil einer bürgerlichen Revolution gegen die preußische Militärmonarchie waren. Neu war die Sozialisierung der Schwerindustrie; sie entsprach der industriellen Entwicklung und hätte den Ansatzpunkt für einen späteren Übergang zum Sozialismus bilden können. Die spontane Bewegung ging also von sich aus an die *Vollendung der überfälligen bürgerlichen Revolution als demokratische Revolution* – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Dazu gehörte der Beschluss des Rätekongresses über die künftige Staatsform. Nur eine Minderheit stimmte für die Einführung eines Räteystems, die große Mehrheit beschloss für den 19. Januar 1919 Wahlen zu einer Nationalversammlung, welche die Verfassung für eine parlamentarische Demokratie ausarbeiten sollte.

Trotz der Kriegsniederlage befand sich die deutsche Gesellschaft im Aufbruch, denn der jahrelange Krieg war vorüber und zusammen mit dem preußischen Militarismus schien auch der reaktionäre Obrigkeitsstaat überwunden. Die Wahlen zur

¹³ Rürup, S.50; der revolutionär-*demokratische* Grundzug der Rätebewegung wird mittlerweile von der Revolutionsforschung kaum noch bestritten; vgl. Kolb/Schumann, S. 15f; Niess 2013 und Käppner 2017

Vorgeschichte des Nationalsozialismus

Nationalversammlung verliehen dem Ausdruck. Vom Vertrauen der Arbeitermassen getragen, erhielt die SPD mit dem Bekenntnis zur Republik und zur Demokratie 37,9 % der Stimmen, das waren drei Prozentpunkte mehr als 1912. Die beiden anderen Parteien der sog. „Weimarer Koalition“, Zentrum und DDP, erhielten mit zusammen 38,3% noch einmal so viele Stimmen, so dass insgesamt mehr als drei Viertel der Wählerinnen und Wähler für die Republik stimmten. Die USPD erhielt 7,6%, während die soeben gegründete KPD an der Wahl nicht teilnahm.

Linkswendung des Kleinbürgertums

Im Gefolge der Arbeiterschaft vollzogen die Massen des Kleinbürgertums eine fundamentale Linkswendung, wofür die Deutsche Demokratische Partei stand. Im Dezember 1918 in der Tradition von 1848/49 als Nachfolgerin der Fortschrittlichen Volkspartei gegründet, forderte ihr Gründungsprogramm die vollständige Demokratisierung des Staatswesens und plädierte anstelle eines Berufsheers für ein Milizsystem auf Basis der allgemeinen Wehrpflicht, um den Militarismus zu beseitigen – das war identisch mit den Forderungen des Rätekongresses.

Im Interesse der bäuerlichen und städtisch-kleinbürgerlichen Klientel der DDP verlangte das Programm darüber hinaus sowohl die Enteignung des Großgrundbesitzes und seine Verteilung an selbstwirtschaftende Bauern und Landarbeiter als auch ein Vorgehen des Staats gegen Monopole, Trusts und Kartelle, um Handwerk und Kleinhandel zu schützen.¹⁴

Mit diesem Programm erhielten die Linksliberalen bei der Wahl zur Nationalversammlung knapp 19% der Stimmen, viermal mehr als die rechtsliberale DVP Stresemanns (vorher „Nationalliberale“) mit lediglich 4,4%. Darüber hinaus bekam die großenteils von katholischen Bauern und Handwerkern, aber auch von Arbeitern gewählte Zentrumspartei mit einem Bekenntnis gegen das Preußentum und für die demokratische Republik knapp 20% der Stimmen. Das heißt: neben der Arbeiterschaft *strebte auch die große Mehrheit des Kleinbürgertums nach dem Krieg einen grundlegenden gesellschaftlichen Neuanfang an.*

c) Eine sozialdemokratisch geführte Konterrevolution

Umsetzen ließen sich die angestrebten Ziele nur durch die Arbeiterbewegung, denn auf sich allein gestellt war das demokratische Kleinbürgertum dazu nicht in der Lage – das unterschied 1918/19 von 1848/49. Mit dem Sturz der Hohenzollernmonarchie im November 1918 hatten die revolutionären Arbeiter auch bewerkstelligt, was den Kleinbürgern seinerzeit misslungen war, und somit das erste Hindernis auf dem Weg zur Umsetzung der demokratischen Revolution beseitigt.

Der Aufbruch in eine neue Zeit währte indes nicht lange, denn mit der Entstehung der Republik wurde zugleich der Grund für ihr baldiges Ende gelegt. Bewerkstelligt wurde dies von der SPD. Sie hatte die revolutionäre Bewegung zwar nicht verhindern können, aber der preußisch-deutsche Staat existierte nach wie vor, und diesen galt es nach ihrem

¹⁴ Gründungsprogramm der DDP: www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0002_ddp&l=de

Machtkonzept vor der Zerschlagung zu bewahren, um ihn unter eigener Herrschaft weiterzuführen.

Um dies zu erreichen, ging die SPD-Spitze zweigleisig vor:

Zum einen setzte sie sich an die Spitze der Bewegung, um diese von der Revolution wegzuleiten; mit dieser Zielsetzung bildete sie zusammen mit der USPD, der die revolutionärsten Teile der Arbeiterbewegung anhängen, am Tag nach Ausrufung der Republik eine sog. „Revolutionsregierung“ aus je drei Vertretern beider Parteien, den sog. „Rat der Volksbeauftragten“.

Zum andern setzte sie die im Krieg begonnene Kooperation mit den bisherigen Trägern des Militärstaats fort, um diejenigen Teile der Revolutionsbewegung, die sich politisch nicht neutralisieren ließen, militärisch zu bezwingen.

Rettung des untergehenden Staats

Noch am Abend des 10. November, als soeben der „Rat der Volksbeauftragten“ gebildet worden war, traf Ebert mit dem OHL-Vorsitzenden General Groener eine geheim gehaltene Vereinbarung, schnellstmöglich wieder „gesetzmäßige Zustände“ gegen die revolutionäre Bewegung herzustellen (Ebert-Groener-Pakt).

Da es aufgrund des in Auflösung befindlichen kaiserlichen Heeres nicht mehr genügend zuverlässige Truppenteile gab, stellte die OHL im Rahmen dieser Vereinbarung „Freikorps“ auf, die in der Zeit zwischen dem Auseinanderfallen der kaiserlichen Wehrpflichtarmee und dem Neuaufbau des neuen, vom Versailler Vertrag zugestandenen 100.000-Mann-Heeres die Träger der bewaffneten Macht in Deutschland waren. Das waren bis zu 400.000 Mann, deren Finanzierung von der SPD gesichert wurde und die auf Befehl des SPD-Manns Gustav Noske, des für Heer und Marine zuständigen Volksbeauftragten, die Revolutionsbewegung niederschlugen, aber auch im Baltikum gegen die Rote Armee und in den bewaffneten nationalen Auseinandersetzungen in Schlesien eingesetzt wurden.

Das Bündnis mit der OHL war für die Parteiführung naheliegend, da beide Seiten das gemeinsame Interesse einte, die bisherige Staatsordnung unter republikanischem Vorzeichen zu bewahren. Dabei waren die Sozialdemokraten überzeugt, auf dem Boden des Parlamentarismus dauerhaft die Oberhand über ihren Bündnispartner behalten zu können. Sie hatten bis dahin von Wahl zu Wahl immer mehr Stimmen gewonnen und gingen davon aus, dass sie als stärkste politische Kraft dauerhaft den Reichstag dominieren und die alten Herrschaftskräfte im Griff behalten würden. Dass sich das Kräfteverhältnis wieder umkehren könnte und der Militäradel in der Lage sein würde, den Parlamentarismus zu stürzen, lag jenseits ihres Vorstellungsvermögens.¹⁵

¹⁵ Die Zusammenarbeit der SPD-Führung mit der OHL hat immer schon Fragen nach ihrer Mitverantwortung für den späteren Untergang der Republik aufgeworfen, insbesondere nachdem die Revolutionsforschung nachgewiesen hat, dass die als Rechtfertigung angeführte bolschewistische Gefahr ein „propagandistischer Popanz“ war, wie Wolfram Wette es formulierte.

Nicht zuletzt unter dem Einfluss SPD-naher Historiker/-innen hat die Geschichtsschreibung dafür die Begründung der sozialdemokratischen „Machtscheu“ gefunden: Ebert und Co. sollen die Zusammenarbeit mit den alten Eliten gesucht haben, weil sie von der unverhofft zugefallenen Herrschaft überfordert waren (wegweisend dafür Susanne Miller: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–

Schonung des großen Kapitals

Nicht nur der Militäradel, auch das große Kapital ging unbeschadet aus dem Novemberumsturz hervor, denn die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung unterließ die Sozialisierungsforderung des Rätekongresses durch das sog. „Stinnes-Legien-Abkommen“, das am 15. November 1918, fünf Tage nach dem Ebert-Groener-Pakt, unterzeichnet wurde.¹⁶

Die drohende Enteignung zwang die Schwerindustriellen lediglich, den Gewerkschaften weit über das zwei Jahre zuvor erlassene Hilfsdienstgesetz hinaus entgegenzukommen. Neben dem Acht-Stunden-Tag und der Einrichtung von Betriebsräten mussten sie die Gewerkschaften als offizielle Tarifpartner anerkennen und der Einrichtung einer „Zentralarbeitsgemeinschaft“ von Arbeitgebern und Gewerkschaften zustimmen, die eine dauerhafte Sozialpartnerschaft etablieren sollte. Für den Fall des Fehlschlags von Tarifverhandlungen wurde in dem Abkommen eine staatliche Zwangsschlichtung vereinbart.

Den Verzicht auf die Sozialisierung der Montanbetriebe begründeten SPD und Gewerkschaften mit der Wirtschaftslage nach der Kriegsniederlage, weshalb keine Zeit für gesellschaftliche Experimente sei. Aus demselben Grund wiesen sie auch die Forderung nach Enteignung des Großgrundbesitzes zurück, weil dadurch die Lebensmittelversorgung der hungernden Bevölkerung in Gefahr geraten würde. Der Übergang zum Sozialismus müsse auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

d) Weiterbestehen der alten Ordnung

Weil die spontane Revolutionsbewegung keine politische Führung mit einem tauglichen Programm besaß, war sie gegen den koordinierten Zangenangriff der neuen und alten Machthaber hilflos. Während die SPD-Führung die Räte politisch ausmanövrierte, zerschlugen die Freikorps den Arbeiterwiderstand gegen die Restauration der alten Verhältnisse militärisch, und die notwendige soziale Umwälzung unterblieb vollständig:

- Die Eigentumsverhältnisse beim Großgrundbesitz und in der großen Industrie blieben unangetastet, nicht einmal die Fürstenhäuser wurden entschädigungslos enteignet;
- in Form der Reichswehr blieb der Kern des preußisch-deutschen Militärstaats bestehen;
- der Verwaltungsapparat überdauerte den Umsturz unverändert; zur Absicherung des obrigkeitlichen Beamtenstaats ließ die SPD sogar die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ in die Weimarer Verfassung hineinschreiben;
- Staat und Kirche wurden nicht getrennt;
- Darüber hinaus verhinderten die Sozialdemokraten die Zerschlagung des Staates Preußen, die seit 1848 von allen fortschrittlichen Kräften nicht nur wegen dessen reaktionären Charakters, sondern auch wegen seiner erdrückenden Größe mit zwei Dritteln des Territoriums und der Bevölkerung des Reichs gefordert wurde. Aber während im Süden Deutschlands die Katholikenpartei dominierte, rechneten sie nach den Wahlergebnissen

1920; Düsseldorf 1978). Diese Erklärung negiert nicht die Verpreußung der SPD, sie negiert auch, dass die Parteiführung mit der Übernahme des Bismarck-Staats ein klares Machtkonzept verfolgte.

¹⁶ Hugo Stinnes war der Sprecher der (Schwer-)Industrie und Carl Legien Gewerkschaftsvorsitzender

der Vorkriegszeit in Preußen mit dauerhaften Mehrheiten, weshalb sie das Land, das als deutscher Hegemonialstaat bis 1918 in der Hand des Junkertums gewesen war, nun als eigene Machtbastion erhalten wollten.

Es wurde also weder der alte Staatsapparat zerschlagen und ein neuer aufgebaut noch fand ein sozialer Umsturz statt – das Wesen jeder Revolution, die diesen Namen verdient. Weil sich der Übergang in die Republik auf die Erweiterung der Rechte des Reichstags sowie die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts auf Frauen beschränkte, war „die demokratisch-parlamentarische Staatsform der Weimarer Republik ... auf keine ihr entsprechende gesellschaftliche Struktur gegründet.“¹⁷ Die alte Ordnung setzte sich in neuem Gewand fort.

Fortsetzung des deutschen „Sonderwegs“

Von Beginn an musste die Republik sich des von den Rechtskräften erhobenen Vorwurfs erwehren, sie sei ein Geschöpf der Siegermächte. Wollte sie das erfolgreich tun, hätte sie sich auf ein eigenes Geburtsrecht berufen müssen, und das konnte nur das Recht der Revolution sein. Aber den Vertretern der Republik lag nichts ferner als dies.

Aus Anlass des zehnjährigen Jahrestags der Republikgründung gab die Reichsregierung einen dickleibigen Jubiläumsband „Zehn Jahre deutsche Geschichte 1918-1928“ heraus, zu dem sowohl der damalige Reichskanzler Hermann Müller von der SPD als auch der Außenminister Gustav Stresemann von der DVP ein Geleitwort beisteuerten – also sowohl ein Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung als auch ein Vertreter des Bürgertums.¹⁸ In den Texten wurde jeder Vergleich der Novemberrevolution mit der französischen Revolution von 1789 zurückgewiesen; zugleich stellte nicht *ein* Beitrag einen Bezug zur deutschen bürgerlichen Revolution von 1848/49 her. Vielmehr wurde als Kernpunkt der Novemberereignisse hervorgehoben, dass es gelungen sei, die Grundlagen des Bismarck-Reichs gegen die Revolution zu erhalten. Gustav Noske, der Schlächter der Novemberrevolution, war Autor des Beitrags, der unter dem Titel „Die Abwehr des Bolschewismus“ die Entstehung des Weimarer Staats als Ergebnis des Kampfes gegen die Revolutionsbewegung wiedergab.

Das Werk dokumentierte den Charakter der Republik als Produkt nicht einer siegreichen Revolution, sondern einer *Konterrevolution*. 1848/49 hatte die revolutionäre Freiheitsbewegung eine Niederlage erlitten, weil der rechte Flügel des Bürgertums gemeinsame Sache mit dem preußischen Militärstaat gemacht hatte. 1918/19 verhinderte der rechte Flügel der Arbeiterbewegung im Bündnis mit dem Junkertum den demokratisch-sozialen Umsturz – *die historisch überfällige bürgerliche Revolution scheiterte ein weiteres Mal*, und der deutsche „Sonderweg“ setzte sich fort.

3. Die Voraussetzung des NS-Aufstiegs – eine Republik ohne Basis

Das Scheitern der Revolution hatte zur Folge, dass der Staat von Weimar keine hinreichende gesellschaftliche Grundlage besaß. 1909 hatte der Bruch des Reichsgründungskompromisses eine Hegemoniekrise verursacht, aus der 1914 der Erste Weltkrieg

¹⁷ Grebing 1970, S.155

¹⁸ Otto Stollberg Verlag, Berlin 1928

Vorgeschichte des Nationalsozialismus

entsprang. Da aus Krieg und Revolution kein neuer „contrat social“ hervorging, der die Verhältnisse stabilisieren konnte, setzte sich die Krise von Gesellschaft und Staat in der Weimarer Republik fort und schuf die Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus und seine Machtübernahme 1933.

Während sich Junkertum und Montanbourgeoisie daran machten, den Weimarer Parlamentarismus wieder zu beseitigen und ihre vorherige Machtstellung zurückzuerobern, war es insbesondere das Kleinbürgertum, das nach der Kriegsniederlage, dem Untergang des Kaiserreichs und dem Fehlschlag eines gesellschaftlichen Neuanfangs nach einer neuen Perspektive suchte und diese schließlich im Nationalsozialismus fand.

a) Wiederauferstehung von Junkertum und Bourgeoisie

Da die bisherigen Herrschaftskräfte sowohl ihre soziale Basis als auch die meisten ihrer Machtpositionen in Gesellschaft und Staat behalten hatten, unternahmen sie gleich nach dem Abflauen der Revolutionsbewegung mit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch einen ersten Versuch, den neuen Staat wieder zu stürzen.

Als am 13. März 1920 Freikorpsseinheiten in Berlin einmarschierten, das Regierungsviertel besetzten und die Regierung für abgesetzt erklärten, erwarteten die Putschisten, dass die Reichswehrführung an ihre Seite treten würde, weil die Ziele beider Seiten identisch waren. Doch die Weltkriegssiegermächte hatten klar gemacht, dass sie keinen Rechtsputsch dulden würden, dessen Träger den Friedensvertrag nicht anerkannten und Revanche für Versailles forderten. Und da die Alliierten militärisch weit überlegen waren, ihre Truppen das Rheinland besetzt hielten und dessen Abspaltung vom Reich drohte, blieb die Reichswehr unter General v. Seeckt neutral und verweigerte auch die Berliner Ministerialverwaltung die Zusammenarbeit mit den Putschkräften.

Die Reichswehr als „Staat im Staat“

Auf der anderen Seite weigerte sich die Reichswehr gleichzeitig, die Staatsführung zu verteidigen (mit der Begründung „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“), so dass die SPD gezwungen war, wider Willen einen Generalstreik zu ihrer Rettung auszurufen, der nach einigem Zögern von USPD und KPD mitgetragen wurde, das öffentliche Leben stilllegte und die Putschkräfte zum Aufgeben brachte. Es konnte daher so scheinen, als ob die Demokratie einen Sieg davongetragen hätte, doch in Wirklichkeit war das Gegenteil der Fall: Obwohl das Militär nicht mehr wie im Kaiserreich außerhalb der Verfassung stand, hatte es der Regierung den Gehorsam verweigert, ohne dass sich daraus Konsequenzen ergaben. Weder wurde v. Seeckt durch einen republiktreuen General ersetzt, geschweige denn wegen Befehlsverweigerung vor Gericht gestellt. Nur wenig mehr als ein Jahr nach seinem Sturz hatte der preußisch-deutsche Militäradel also die außerfassungsmäßige Stellung des Militärs wiedererlangt und bestimmte aus eigener Souveränität über den Einsatz der bewaffneten Macht.

Als „Staat im Staat“ arbeitete die Reichswehr in den kommenden Jahren darauf hin, die Republik zu beseitigen, sobald die Umstände dies zuließen - und das bedeutete: sobald mit dem Versailler Friedensvertrag die Eingriffsrechte der alliierten Siegermächte endeten. Als dann 1925 mit Paul von Hindenburg der ehemalige Chef der Obersten

Heeresleitung zum Reichspräsidenten gewählt wurde, war das Junkertum im Besitz einer zweiten zentralen Machtposition, um sein Ziel zu erreichen.

Die Bourgeoisie ohne Hegemonialkonzept

Die Politik der Bourgeoisie war mehr als zwei Jahrzehnte lang durch den Imperialismus bestimmt worden; er hatte das gesamte bürgerliche Lager unter Führung der Nationalliberalen geeint und die Gefolgschaft des städtischen Kleinbürgertums gesichert. Jetzt war nicht nur das Kleinbürgertum in der Novemberrevolution an die Seite der Arbeiterbewegung getreten, außerdem fehlten für eine Neuauflage der Imperialismuspolitik alle Voraussetzungen, da das Reich seine Kolonien abgeben musste, die Schlachtflotte zerstört war und der Versailler Vertrag den Bau neuer Schlachtschiffe verbot.

Über ein konsensfähiges neues politisches Konzept als Ersatz verfügte die Bourgeoisie nicht. Ein Flügel, der vor allem in der Chemie und Elektroindustrie zu Hause war, plädierte für einen Sozialkompromiss mit der Arbeiterschaft und einen Brückenschlag zur Sozialdemokratie, verbunden mit der Anerkennung der parlamentarischen Republik. Das hätte die „soziale Marktwirtschaft“ vorweggenommen, die nach dem 2. Weltkrieg in der Bonner Republik die bürgerliche Hegemonie über die Arbeiterschaft sicherte. Eine solche Politik war jedoch nicht mehrheitsfähig, denn gestützt auf ihr wirtschaftliches Übergewicht blieb die Montanbourgeoisie im bürgerlichen Lager tonangebend. Sie lehnte einen Klassenkompromiss mit der Arbeiterschaft ebenso ab wie den mit dem allgemeinen Wahlrecht verknüpften Parlamentarismus und kämpfte gemeinsam mit dem herrschaftsgewohnten preußischen Militäradel für die Rückkehr zu den alten Machtverhältnissen.

Sobald die Enteignungsgefahr durch die Rätebewegung vorüber war, unterlief die Schwerindustrie das Stinnes-Legien-Abkommen, stellte den Achtstundentag in Frage und sabotierte die Zentrale Arbeitsgemeinschaft, bis der ADGB sich Anfang 1924 genötigt sah, aus ihr auszutreten. Außerdem ging sie daran, das System der staatlichen Zwangsschlichtung bei Tarifkonflikten anzugreifen, das ihre „Herr-im-Hause“-Politik einschränkte und dem Weimarer Staat eine Stütze in der Arbeiterschaft verschaffte.

Die bürgerliche Schwäche verkörperte sich in der Partei der Nationalliberalen, die als Trägerin des Klassenkompromisses mit dem Junkertum über Jahrzehnte hinweg die bürgerliche Führungspartei gewesen war. Nach dem Ende der Monarchie unter Führung Stresemanns als Deutsche Volkspartei DVP neu gegründet, wechselte ein Teil ihres rechten Flügels zur Deutschnationalen Volkspartei DNVP über, einem Zusammenschluss der beiden konservativen Parteien des Kaiserreichs. Doch trotz des Aderlasses blieben die verbliebenen Montanindustriellen in der geschwächten Partei weiterhin tonangebend. Die DVP lehnte die Republik ab und war lediglich bereit, sie als Fakt anzuerkennen, um je nach Gegebenheit auf die Regierungspolitik einwirken zu können.

b) Abwendung der Massen von der Republik

Während die bisherigen Herrschaftsklassen ihre Stellung konsolidierten, wandten sich die Massen von der Republik ab. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch erwies sich auch hier als Markstein, denn die Putschführer hatten nicht einfach kapituliert, sondern mit der

Vorgeschichte des Nationalsozialismus

Regierung ausgehandelt, dass das Mandat der Nationalversammlung vorzeitig beendet wurde und umgehend Neuwahlen stattfanden.

Am 6. Juni 1920 fanden diese Wahlen statt und waren für die Parteien der Republik vernichtend. Hatten sie bei der Wahl zur Nationalversammlung anderthalb Jahre zuvor 76,2% der Stimmen erhalten, so stimmten jetzt nur noch 43,6% für sie, und dabei blieb es bei allen folgenden Wahlen: es gelang der „Weimarer Koalition“ zu keinem Zeitpunkt mehr, die Mehrheit des Wahlvolks zurück zu gewinnen. Das heißt, die parlamentarische Demokratie hatte bereits nach etwas mehr als einem Jahr ihren Rückhalt in den Massen verloren und verfügte auch über keine republiktreuen Truppen. Weder politisch noch militärisch in der Lage, sich aus eigener Kraft zu erhalten, sicherten vorläufig nur die Vorbehaltsrechte der westlichen Alliierten aus dem Versailler Vertrag ihre Weiterexistenz.

Die größten Verluste erlitt die SPD, der Millionen von Arbeitern den Rücken kehrten, so dass ihr Stimmenanteil von 37,9 % auf 21,6% fast halbiert wurde. Die Wahl beendete ihren jahrzehntelangen Aufstieg und entzog ihrer Machtkonzeption auf einen Schlag den Boden, denn sie verlor damit die beherrschende Stellung im Parlament. Nur einmal noch konnte sie – auf Gnaden der DVP – in der Sondersituation von 1928 bis 1930 eine Regierung bilden, als es mit dem Young-Plan um die Demontage des Versailler Vertrags ging. Darüber hinaus konnte sie lediglich im Land Preußen durchgängig an der Regierung bleiben, bis sie 1932 auch dort entmachtete wurde.

Die SPD war jedoch keine Partei wie die anderen. Sie hatte die Weimarer Republik aus der Taufe gehoben, ihr die Gestalt gegeben und war *die Staatspartei Weimars* schlechthin. Durch ihre Politik in der Novemberrevolution hatte sie nicht nur ihr eigenes Grab und das der Republik geschaufelt, sondern mit der Rettung des preußisch-deutschen Militärs auch ihren künftigen Totengräber bestellt.

Niedergang der demokratischen Liberalen

Nicht nur die SPD wurde in der Reichstagswahl 1920 von der Arbeiterschaft für ihre Konterrevolutionspolitik abgestraft, auch die linksliberale DDP verlor mehr als die Hälfte ihrer Wählerschaft und stürzte von 18,6 auf 8,4 % der Stimmen ab, während im Gegenzug die DVP auf 14 % anwuchs. In nur wenig mehr als einem Jahr war also ein Großteil der liberalen Wähler von Befürwortern des demokratischen Umsturzes zu Gegnern der Republik geworden, so dass sich die Kräfteverhältnisse innerhalb des bürgerlich-liberalen Lagers wieder umgekehrt hatten.

Die Abwendung von der parlamentarischen Demokratie wurde durch die Inflationspolitik der Republik weiter gefördert. Viele Selbständige hatten im Krieg Kriegsanleihen gezeichnet, teils aus nationaler Begeisterung, aber auch zur Sicherung ihrer Altersversorgung. Als die kriegsbedingten Staatsschulden durch die Inflation wegschmolzen wie Butter an der Sonne, ohne dass die Republik den kleinen Anleihegläubigern einen Ausgleich gewährte, sahen sich diese im Alter der Armut ausgesetzt und hatten einen Grund mehr, sich gegen den Weimarer Staat zu wenden. Der Niedergang des linksbürgerlichen Flügels setzte sich ohne Unterbrechung fort. Bei der Reichstagswahl 1928 erhielt die DDP 4,9% der Stimmen, 1932 noch 1,0%, und 1933 stimmten ihre letzten Vertreter im Reichstag

für das von Hitler eingebrachte Ermächtigungsgesetz und damit für das Ende der Republik.

In der Revolution von 1848/49 hatte das Kleinbürgertum mit seinem Kampf für einen deutschen Nationalstaat und die Demokratie die preußische Militärmonarchie an den Rand einer Niederlage gebracht, und 1918/19 focht es an der Seite der Arbeiterbewegung für die Durchsetzung einer revolutionären Demokratie. 1933 bildete dasselbe Kleinbürgertum die Hauptstütze des Nationalsozialismus, als dieser die Macht übernahm und daran ging, in Deutschland einen Staat zu errichten, der dem Rad der Geschichte jenseits des von der bürgerlichen Revolution eingeschlagenen Wegs eine andere Richtung geben sollte.

c) Rechtswendung des Kleinbürgertums

Mit dem Erstarren der Rechtskräfte lebte auch die völkische Bewegung auf. Deren Anhänger fanden sich „besonders in den urbanen und industriellen Ballungszentren, namentlich in der ‚gebildeten, hyperideologischen Mittelschicht‘. Auffallend viele Journalisten, Publizisten, Schriftsteller, Lehrer, Professoren, Beamte, Offiziere, Pfarrer, Ärzte und Rechtsanwälte standen in vorderster völkischer Reihe, als ‚Systembauer‘, Ideologieproduzenten und insbesondere als Multiplikatoren der Weltanschauung.“¹⁹

Anknüpfend an das Gedankengut der Vorkriegszeit stellten sie der französischen Revolution von 1789 die „Ideen von 1914“ entgegen, als sich das deutsche Volk zu Kriegsbeginn scheinbar über alle Klassen- und Standesschranken hinweg „wie ein Mann“ gegen den heimtückischen Überfall der Entente erhoben hatte. Sie machten für die Kriegsniederlage undeutsche, marxistisch-internationalistische Kräfte verantwortlich und erklärten die Republik zu einer den Deutschen aufgezwungenen Demokratie der Alliierten. „Das liberale parlamentarische System galt als eine vom Westen aufgepfropfte, der deutschen politischen Tradition fremde Verfassung, als Ausfluss der Ideen von 1789, gegen die man im Ersten Weltkrieg angetreten war und deren Durchsetzung angeblich zur dauernden Knebelung der nationalen Kraft Deutschlands führen musste.“²⁰ Früher randständig und insbesondere in den agrarischen Klassen verbreitet, diente der Antisemitismus nun dazu, im zersetzenden Einfluss des Judentums eine Erklärung für die Kriegsniederlage zu finden. „Der Antisemitismus wurde das entscheidende ideologische Bindeglied der verschiedenen, sich oftmals bekämpfenden nationalistischen und völkischen Gruppierungen, die gemeinsame ideologische Plattform für den Kampf gegen die parlamentarisch-demokratische Neuordnung.“²¹

Besondere Resonanz fand das völkische Ideengut in den Freikorps, die im Auftrag der SPD-geführten Regierung von Offizieren des alten Heeres aufgestellt wurden. Ein Großteil der Freikorps war vom Hass gegen die „Vaterlandsverräter“ beseelt, die dem kämpfenden deutschen Heer 1918 in den Rücken gefallen waren, und dazu wurde auch die

¹⁹ Uwe Puschner: Die völkische Bewegung; Bundeszentrale für politische Bildung = <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230022/die-voelkische-bewegung>

²⁰ Hans Mommsen 2009, S.243

²¹ Bernhard Sauer: Freikorps und Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik, S.2 = http://www.bernhard-sauer-historiker.de/sauer_heft1_2008.pdf

Vorgeschichte des Nationalsozialismus

SPD gezählt, die durch die Revolution an die Macht gelangt war. Mit diesen Freikorpsangehörigen hatten Ebert und Co. sich ihre geschworenen Feinde herangezüchtet, einen Gewalthaufen militärisch ausgebildeter und völkisch entschlossener Männer, die auf die Stunde der Abrechnung mit der Weimarer Demokratie und der SPD warteten.

Gründung der NSDAP

In diesem Milieu aus völkischen und militant nationalistischen, republikfeindlichen Gruppierungen gründete sich in München Anfang 1919 als eine von vielen gleichartigen Organisationen die *Deutsche Arbeiterpartei* DAP, die sich ein Jahr später in *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei* umbenannte und als Parteiprogramm ein 25-Punkte-Programm verabschiedete.²²

Das Programm wandte sich zum Schutz von Handwerk und Kleinhandel gegen Trusts und die großen Warenhäuser und verlangte eine Bodenreform incl. der unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Daneben trat es für einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung sowie der Volksbildung ein, darin eingeschlossen die staatliche Förderung der Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand. Außerdem sprach es sich gegen „Söldnertruppen“ aus, d.h. gegen das aus Berufssoldaten bestehende 100.000-Mann-Heer der Weimarer Republik, und forderte den Aufbau eines Volksheers.

Zu einem erheblichen Teil wies das Programm also Gemeinsamkeiten mit dem Gründungsprogramm der DDP auf, was auf die gemeinsame soziale Basis beider Organisationen im Kleinbürgertum verweist. Jenseits davon war es völkisch und antisemitisch ausgerichtet. Es verlangte, das „Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse“ zu schützen und den „jüdisch-materialistischen Geist“ zu bekämpfen, weshalb als „Volksgenosse“ nur gelten sollte, wer „deutschen Blutes“ sei; Juden dürften daher keine Staatsbürger sein.

Mit dieser Partei trat Adolf Hitler zunächst als V-Mann der Reichswehr in Kontakt, wurde im September 1919 Mitglied und im Juli 1921 ihr Vorsitzender. Als der junkerliche Reichspräsident diesem Mann 1933 mit Zustimmung der Bourgeoisie die Kanzlerschaft übergab, konnte der Nationalsozialismus daran gehen, in radikaler Abkehr vom Weg der bürgerlichen Revolution einen neuen Staat zu errichten - einen Rassenstaat deutscher Nation.

Die bürgerliche Produktionsweise blieb davon unberührt.

Literatur:

Baden, Max von: Erinnerungen und Dokumente, neu hrsg. von Golo Mann und Andreas Burckhardt. Mit einer Einleitung von Golo Mann; Stuttgart 1968

Breuer, Stefan: Nationalismus und Faschismus. Frankreich, Italien und Deutschland im Vergleich, Darmstadt 2005

²² 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (24.02.1920); <http://www.documentarchiv.de/wr/1920/nsdap-programm.html>

- Breuer**, Stefan: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik; Wiss. Buchges.: Darmstadt 2008
- Grebing**, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; dtv: München 1970
- Herbert**, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert; Beck: München 2017
- Käppner**, Joachim: 1918. Aufstand für die Freiheit. Die Revolution der Besonnenen: Piper; München 2017
- Karuscheit**, Heiner: Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg; VSA: Hamburg 2014
- Karuscheit**, Heiner: Die verlorene Demokratie. Der Krieg und die Republik von Weimar; VSA: Hamburg 2017
- Karuscheit**, Heiner / **Wegner**, Jörn / **Wernecke**, Klaus / **Wollenberg**, Jörg: Macht und Krieg. Hegemoniekonstellationen und Erster Weltkrieg; VSA: Hamburg 2015
- Karuscheit**, Heiner / **Sauer**, Bernhard / **Wernecke**, Klaus: Vom „Kriegssozialismus“ zur Novemberrevolution; VSA: Hamburg 2018
- Kolb**, Eberhard / **Schumann**, Dirk: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundrisse der Geschichte, Band 16); Oldenbourg: München 2013
- Klönne**, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung vor 1914 – eine Friedensbewegung? In: Heiss, Gernot/ Lutz, Heinrich: Friedensbewegungen: Bedingungen und Wirkungen, S. 136-151; München 1984
- Klönne**, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen; München 1989
- Longerich**, Peter: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte; Fackelträger-Verlag: Hannover 1995
- Longerich**, Peter: Hitler. Biographie; Siedler Verlag: München 2015
- MEW** = Karl Marx und Friedrich Engels: Gesammelte Werke, Berlin 1956 ff
- Miller**, Susanne: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920 = Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 63, Droste, Düsseldorf 1978
- Mommsen**, Hans: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar; Ullstein: Berlin 2009
- Mosse**, George L.: Rassismus: Krankheitssymptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts; Athenäum Verlag: Königstein/Ts. 1978
- Niess**, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert; Europa-Verlag: Berlin 2013
- Nipperdey**, Thomas: Deutsche Geschichte 1866-1918, Band II: Machtstaat vor der Demokratie; Beck: München 1998
- Puschner**, Uwe: Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache - Rasse – Religion; Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt 2001
- Rosenberg**, Arthur: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, Teil 1 und 2 in einem Band; Syndikat/EVA: Frankfurt/M 1983
- Rürup**, Reinhard: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19; Franz Steiner Verlag: Wiesbaden 1968

Dokumentation

Zum Gaza - Krieg

Von Gespenstern und gescheiterten Theorien. Über Antisemitismus und Zionismus

Vorbemerkung (November 2023)

Der hier vorlegte Artikel wurde im **Juli 2002** auf der online-Plattform www.Kalashnikov.net und anschließend im selben Jahr in der AzD 72 veröffentlicht. Anlass war eine Debatte über den Ursprung und die Bedeutung des Antisemitismus in der Gegenwart Deutschlands. Warum veröffentlichen wir erneut einen über 20 Jahre alten Artikel zu diesem Thema?

Neben der augenfälligen Aktualität des Themas ist es ebenso der Übergang linker Gruppierungen in dieser Frage auf die Positionen der Regierung. Wie schon bei der Zuwanderungsdebatte 2015, der späteren Coronadebatte mit ihrer Forderung nach Impfpflicht und weitgehenden Freiheitseinschränkungen, so auch aktuell in der Frage der Stellung zum zionistischen Siedlerstaat beziehen Teile der Linken eine gemeinsame Grundposition mit der herrschenden Klasse. (Die entsprechenden Stellungnahmen dieser Organisationen werden in dieser AzD dokumentiert.)

Einen Ausgangspunkt für diese Entwicklung finden wir in der Debatte über den Antisemitismus vor über 20 Jahren. Damals begann die Herauslösung des Begriffs Antisemitismus aus seinem historischen, politischen und gesellschaftlichen Kontext und seine Verwandlung in einen Kampfbegriff zur Verteidigung der israelischen Kriegs- und Vertreibungspolitik gegen die arabische Bevölkerung. Was damals nur von einzelnen interessierten und prozionistischen Kräften verfochten wurde, ist heute vorgegebene Staatsräson. Die gesamte politische Klasse – incl. Linkspartei und AfD – verfolgt eine Politik, die öffentliche Meinung für eine strafrechtliche Verfolgung jeglicher Kritik an Israel zu gewinnen. Die Kritik am staatsgewordenen Zionismus Israels soll als Antisemitismus nicht nur gesellschaftlich geächtet, sondern auch polizeilich verfolgt werden. Die Demonstrationsfreiheit soll – wie schon zu Coronazeiten – weitgehend der polizeilichen Willkür oder der Entscheidung regionaler Verwaltungen ausgeliefert werden. Deshalb macht es Sinn, auf die Diskussion über Antisemitismus und Zionismus vor über zwei Jahrzehnten zurück zu blicken.

Wie der Leser sicherlich bemerkt, hat sich die gesellschaftliche Zusammensetzung dieser Republik und die politische Stimmung in den vergangenen Jahren gravierend verändert. Mit der von der Merkel-CDU, dem BDI und weiteren bürgerlichen Kräften betriebenen Zuwanderungspolitik ab Mitte des vergangenen Jahrzehnts, die dabei von der Linken entschieden unterstützt wurde (und, nebenbei bemerkt, den Aufstieg der AfD zur Volkspartei ermöglichte), hat sich das Gesicht dieser Republik deutlich verändert. Die massive Zuwanderung durch muslimisch geprägte Migranten aus Asien, dem Nahen

Osten und Nordafrika hat die Kritik an der zionistischen Siedlungs- und Vertreibungspolitik gegenüber der ursprünglichen arabischen Bevölkerung Palästinas und Teilen der umliegenden Staaten unweigerlich auch zu einem innenpolitischen Problem in Deutschland gemacht. Die herrschenden Kreise dieser Republik versuchen, der durch Zuwanderung auch zahlenmäßig gewachsenen Kritik an der israelischen Politik mit der Drohung der Abschiebung ausländischer und der Strafverfolgung deutscher Kritiker zu begegnen (siehe die breit gelobte Rede des Vizekanzlers).

Wahr aber ist, dass Karuscheits Satz: „Der Antisemitismus hat in der gesellschaftlichen Realität des heutigen Deutschlands keine Wurzeln mehr, weder politisch noch sozial“, der damals ein Ausgangspunkt der Debatte war, vollständig korrekt war. Er ist heute um den Zusatz zu ergänzen: Die entscheidende Quelle des immer breiter werdenden Protests gegen die israelische Politik ist nicht ein altvorderer Antisemitismus, sondern die verbrecherische Vertreibungspolitik des staatsgewordenen Zionismus in Israel.

Der hier erneut abgedruckte Artikel geht auf die ideologischen und politischen Wurzeln der zionistischen Bewegung ein und versucht herausarbeiten, dass der Staat gewordene Zionismus geradezu zwangsläufig diese Politik betreiben muss; ganz egal ob er von Ben Gurion, Golda Meir oder Begin und Netanjahu repräsentiert wird. So unterschiedlich diese Flügel des Zionismus politisch agieren, gemeinsam verfolgen sie das Programm der territorialen Ausbreitung Israels und der Entrechtung bzw. Vertreibung der arabischen Bevölkerung. Hier – und nicht in völkischen Theorien des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts – ist die Ursache für jenen stetig wachsenden „Israel-bezogenen Antisemitismus“ zu finden.

Der nachfolgende Artikel wurde leicht gekürzt und an einer Stelle (XIX. Zionistischer Weltkongress) überarbeitet, da die ehemals angegebene Zitatstelle (G. Krämer, Geschichte Palästinas, 1. Auflage 2002) nicht mehr verifizierbar war.

Alfred Schöder, November 2023

Von Gespenstern und gescheiterten Theorien (Artikel von 2002)

Zur Debatte um den Antisemitismus heute

Im Forum der Onlinezeitung Kalaschnikow hat sich in den letzten Wochen eine Debatte zu Heiner Karuscheits Artikel „Kein Sturm im Wasserglas“ entwickelt. Die Zuspitzen werfen ein bezeichnendes Licht auf die politische Befindlichkeit und das theoretische Rüstzeug der deutschen Linken. Um beides ist es traurig bestellt. Mit Gespenstern von gestern soll die Kritik der israelischen Siedlungspolitik verboten werden. Beginnen wir mit dem Gespenst von gestern, dem Bannfluch des „Antisemitismus“.

Der „Antisemitismus“

„Obgleich der Antisemitismus in großen Teilen der Bevölkerung Zustimmung findet und überall rechtsextreme Kräfte im Aufwind sind, wird die Gefahr des Antisemitismus schlicht bestritten“, heißt es in einer Kritik an Karuscheits Artikel. Diese Kritik teilt Max Brym in seinem Beitrag für das Diskussionsforum und in einem zusätzlichen Artikel für

die Onlinezeitung mit den Worten: „Der Antisemitismus ist in Deutschland entgegen anders lautender Aussagen nach wie vor ein Massenphänomen.“

Diese „anders lautenden Aussagen“ stammen von Heiner Karuscheit, der in oben genanntem Artikel schrieb: „Der Antisemitismus hat in der gesellschaftlichen Realität des heutigen Deutschlands keine Wurzeln mehr, weder politisch noch sozial. Mit der Niederlage des Nationalsozialismus ist er politisch diskreditiert, und mit dem massiven Rückgang der ihn tragenden, kleinbürgerlichen Schichten in der Nachkriegszeit ist auch seine soziale Quelle versiegt. Was übrig bleibt, sind ideologische Relikte, die in der bürgerlichen Gesellschaft von heute keinen Nährboden mehr finden.“

Für Karuscheit hat sich der Antisemitismus in Deutschland von einer politischen Bewegung mit sozialen Wurzeln im Kleinbürgertum zu einer ideologischen Strömung in der BRD – ohne politische und soziale Grundlagen und damit auch ohne Masseneinfluss – gewandelt. Für seine Kritiker ist er dagegen weiterhin ein „Massenphänomen“, welches sich seit den 90er Jahren „aus der Mitte der Gesellschaft (wiederbelebt)“, so Max Brym. Konsequenterweise fordert Brym dann auch die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie in Deutschland gegen den „fundamentalen Angriff“ des Antisemitismus.

Hier haben wir es auf den ersten Blick mit zwei fundamental unterschiedlichen Wahrnehmungen der heutigen Realität zu tun, so unterschiedlich, dass man glauben könnte, die Beteiligten lebten in unterschiedlichen Staaten. Schaut man allerdings etwas genauer hin, so gibt es durchaus Erklärungen für diese völlig unterschiedliche Betrachtung der deutschen Wirklichkeit.

Ausgangspunkt dieser Differenzen ist die unterschiedliche inhaltliche Füllung des Begriffs Antisemitismus. „Der Begriff ‚Antisemitismus‘ wurde 1879 von Wilhelm Marr geprägt. In diesem Jahr erschien seine Hetzschrift ‚Der Sieg des Judentums über das Germanentum‘. Wörtlich übersetzt bedeutet der Begriff ‚Semitenfeindschaft‘, diese Feindschaft richtet sich aber ausschließlich gegen Juden.“¹ Diese Interpretation entspricht auch der des Duden, der Antisemitismus als „Abneigung oder Feindschaft gegenüber Juden“ definiert.

Bedeutende Teile der heutigen Linken, allen voran ihr „antideutscher Flügel“, aber auch Karuscheits Kritiker, haben eine andere Definition des Antisemitismus-Begriffes. Diese Definition ist deutlich weiter gefasst als die bisher allgemein gültige und, wie ihre Verfechter unterstellen, ist sie auch aktueller: „Der aktuelle Antisemitismus beruft sich in weiten Teilen auf das Schriftgut der ‚Völkischen Bewegung‘ und des Nationalsozialismus. Dabei sind antisemitische Ressentiments nicht nur aus rechten Kreisen zu vernehmen. Der linke Antisemitismus benutzt dafür gerne die Vokabel ‚Antizionismus‘. Unterzieht man die Vorhaltungen einer näheren Untersuchung, so wird offenbar, dass sich die Kritik gegen alle Juden richtet und vor allem gegen das Existenzrecht der Juden in Israel.“²

¹ Siehe zu diesen Definitionen im Internet die Seiten des IDGR (Informationsdienst gegen Rechtsextremismus) unter dem Stichwort „Antisemitismus“ oder unter Antisemitismus-Info. (Diese Seiten sind 2006 abgeschaltet worden.)

² Ebenda

Es gibt also einen „rechten“ Antisemitismus, der sich auf das Schriftgut der „Völkischen Bewegung“ stützt und damit der klassischen Definition des Antisemitismus als „Feindschaft gegenüber Juden“ entspricht. Damit aber nicht genug, gibt es auch einen „linken“ Antisemitismus. Dieser zeichnet sich dadurch aus, „vor allem gegen das Existenzrecht der Juden in Israel“ aufzutreten. Der linke Antisemitismus „benutzt dafür gerne die Vokabel Antizionismus“.

Durch diese vorgenommene Erweiterung des Begriffs Antisemitismus werden alle Kritiker der israelischen Siedlungspolitik in Palästina zu Antisemiten. Dem *politischen* Kritiker des Staates Israel und der Siedlungspolitik dieses Staates wird damit die *weltanschauliche Position* eines rückständigen Kleinbürgers aus dem ausgehenden 19. und dem beginnenden 20. Jahrhundert unterstellt, und wohlgemerkt auch ohne dass der Kritiker sie jemals geäußert hätte. Es reicht völlig, dass er die auf dem Zionismus beruhende israelische Siedlungspolitik kritisiert, um als Geistesverwandter des Nationalsozialismus erkannt und geoutet zu werden.

Diese Sprachregelung ist ein außenpolitisches Instrument des Staates Israel, der damit jegliche Kritik an seiner Existenz wie auch seiner Politik zurückweist. Sie wurde in der Müllemann-Debatte umstandslos von Herrn Spiegel, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland übernommen und wird von bestimmten Teilen der Linken ebenso ungefragt akzeptiert. Der Sinn dieser Sprachregelung besteht in der Denunziation und moralischen Abqualifizierung jeglicher grundsätzlichen Kritik an dem Staat Israel und seiner Siedlungspolitik. Die Kritik an Israel darf nicht die Existenz des Staates und seiner Siedlungspolitik berühren, dann überschreitet sie die Grenze zum Antisemitismus. Das ist die neue Definition eines alten Begriffes, und es ist der aktuelle Sprachgebrauch des Begriffs Antisemitismus in der politischen Debatte der letzten Jahre.

Inzwischen hat es eine weitere Ausweitung des Antisemitismus-Begriffes gegeben. Der Übergang der US-Administration zur Kriegspolitik und zur *Destabilisierung* ihrer arabischen Bündnispartner hat die Politik der USA gegenüber Israel verändert. Suchten die früheren US-Administrationen einen Ausgleich zwischen ihren arabischen Verbündeten und Amerikas wichtigster Stütze im Nahen Osten, Israel, so unterstützt die Bush-Regierung zur inneren Destabilisierung ihrer verbündeten Regimes in der arabischen Welt nur noch die israelische Politik. Im Kampf gegen den „Terror“ stehen Bush und Sharon nicht nur Schulter an Schulter gegen die arabische Welt und die europäischen Kritiker der amerikanischen und israelischen Kriegspolitik. Nun wird auch jeglicher Versuch der Legitimierung des palästinensischen Widerstandes gegen die zionistische Besatzung mit dem Begriff des „Antisemitismus“ gebrandmarkt.

Bleibt es bei diesem Tempo der politischen Begriffserweiterung, ist es für jeden leicht erkennbar, dass der „Antisemitismus“ ein „Massenphänomen“ nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa wird. Allein, diese Begriffserweiterung im Schatten der amerikanischen und israelischen Kriegspolitik ist nichts anderes als der auf Dauer hilflose Versuch, die Kritiker dieser Kriegs- und Besatzungspolitik moralisch zu diskreditieren und politisch mundtot zu machen.

Der „Antisemitismus“ ist ein „ideologisches Relikt“, das in der „gesellschaftlichen Realität des heutigen Deutschlands keine Wurzeln“ mehr hat, ein Gespenst von gestern,

das heute von jenen politischen Kräften beschworen wird, die eine öffentliche Kritik an der amerikanischen und israelischen Kriegspolitik in der BRD unterbinden wollen. Und dies sind nicht wenige in Deutschland. Angeführt von der Springer-Presse, von *Welt* und *Bild*, bis hin zu *bahamas* und *konkret*, reicht die Front dieser Gespensterbeschwörer, mit durchgängig unlauteren, weil kriegstreiberischen Absichten.³ Max Brym fühlt sich nicht wohl in dieser Gesellschaft; das machen seine Artikel deutlich. Allein, er bedient sich ihrer Argumentation und wird sich der politischen Logik nicht entziehen können. Sie führt schnurstracks an die Seite der staatstragenden Kräfte und der „transatlantischen Allianz“.

Der Antizionismus

Max Brym dürfte der Kunstgriff mit der erweiterten Nutzung des Antisemitismus-Begriffes „im Magen“ gelegen haben. Dies erklärt, warum er wenige Tage nach seinem ersten Artikel einen zweiten nachlegte. Der bezeichnende Titel: „Wider die kenntnislose antizionistische Agitation“. Die Überschrift beruhigt. Die Kritik des Zionismus bleibt erlaubt, sie muss nur kenntnisreich sein. Dem ist nicht zu widersprechen.

Der Artikel hält leider nicht das Versprechen der Überschrift. In seinem „Resümee“ kommt Brym zu dem Ergebnis: „Die Diskussion über den Zionismus hat in Seminaren stattzufinden und wissenschaftlich auch die Probleme der Bewegung in ihrem historischen Rahmen zu analysieren. Keinesfalls darf eine hirn- und kenntnislose antizionistische Agitation auf der Straße hingenommen werden. Denn häufig ist dies aufgrund des Kenntnisstandes der selbsterklärten deutschen ‚Antizionisten‘ nichts anderes als Antisemitismus.“

Die Diskussion „auf der Straße“ darf „keinesfalls (...) hingenommen werden“. Sie sei „aufgrund des Kenntnisstandes der selbsterklärten deutschen ‚Antizionisten‘ nichts anderes als Antisemitismus“. So hat Max Brym in seinem Artikel einige Erläuterungen zur Geschichte des Zionismus dem Leser zur Kenntnis gebracht, um zum Schluss seiner Ausführungen zu seinem eigentlichen Anliegen zu kommen: der Unterbindung der *öffentlichen* Kritik an dem staatgewordenen Zionismus, an Israel und seiner Siedlungspolitik. Wer sich nicht daran hält, ist – wir haben es geahnt – ein Antisemit.

Max Brym versucht in seinem Aufsatz, dem Leser die Differenziertheit der ideologischen und politischen Strömungen des Zionismus näher zu bringen. Dass er in seiner Darstellung die linken, die sozialistischen, die liberalen – und wie ich sie nennen würde – philanthropisch-mystischen Strömungen stärker in den Vordergrund rückt als die politische Rechte um V. Jabotinsky – dieser Strömung widmet er ganze drei Zeilen –, mag seinem Anliegen und seinen Vorlieben geschuldet sein. Unseriös werden diese „kenntnisreichen“ Ausführungen in dem Moment, wo Brym dem „kenntnislosen“ Antizionisten vorenthält, dass eben die Strömung um Jabotinsky bereits in den dreißiger Jahren auf dem XIX. Zionistischen Weltkongress – ganz ohne Teilnahme der Jabotinsky Partei⁴ –

³ Hier wird gemeinsam der Irakkrieg propagandistisch vorbereitet und derselbe als Schutz und Verteidigung Israels verkauft.

⁴ 1922 war durch ein Völkerbundmandat der Jordan als Besiedlungsgrenze der „jüdischen Heimstätte“ definiert worden. Jabotinskys Gruppierung forderte die „Revision der Jordangrenze“ sowie die

einen wesentlichen Teil seines Programms, nämlich die Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus Palästina, als Ziel der zionistischen Bewegung verkündete. Ben Gurion formulierte den zionistischen Grundgedanken Jabotinskys in seinem Referat auf dem XIX. Kongress deutlich „diplomatischer“ und mit einem Schwall freudlicher Worte für die internationale Öffentlichkeit: „Denn während unser eigenes Ziel auf Palästina beschränkt ist, **ist die Zukunft der arabischen Nation nicht ausschließlich an dieses Land gebunden. Die Araber Palästinas sind nur ein kleiner Teil der arabischen Nation und Palästina bildet weniger als fünf Prozent der Fläche, die von den Arabern in Syrien, Irak und Arabien besetzt ist.** Es gibt genügend Raum für die Entwicklung beider Völker, ohne dass das eine, das andere zu bedrängen und begrenzen braucht.“⁵ Die Vertreibung der arabischen Bevölkerung aus Palästina, dies war und blieb das gemeinsame Programm der vorherrschenden Gruppierungen auf der linken wie der rechten Seite der zionistischen Bewegung.

Was war an dieser politischen Strömung im Zionismus so wichtig, und was machte sie innerhalb kürzester Zeit mehrheitsfähig? Um dies zu verstehen, müssen wir zurück zu den Anfängen der zionistischen Bewegung. T. Herzl, einer der Begründer der zionistischen Bewegung, bezeichnete Palästina als „ein Land ohne Volk“, was sich deshalb für die zionistische Besiedlung eignen würde, da ja die Juden „ein Volk ohne Land“ seien.⁶ Dass dies falsch war, ist auch Brym klar. Nur weigert er sich wie alle jene Strömungen des Zionismus, die er in seinem Aufsatz mit einer gewissen Sympathie vorstellt, daraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Die Gruppierung um Jabotinsky machte diesen Schritt und gewann damit ihre Massenbasis in der zionistischen Bewegung. Hören wir Jabotinsky selbst:

„Dass die palästinensischen Araber ihre Zustimmung zur Verwirklichung des Zionismus äußern sollen, davon – solange wir dort in der Minderheit sind – kann nicht einmal die Rede sein. Ich spreche diese Überzeugung in so greller Form aus, nicht weil es mir angenehm ist, braven Menschen eine Enttäuschung zu bereiten, sondern einfach deshalb, weil sie das nicht enttäuschen wird: alle diese braven Menschen, mit Ausnahme Blindgeborener, haben längst begriffen, dass es absolut unmöglich ist, eine gütliche Zustimmung zur Umbildung Palästinas aus einem arabischen Land in ein Land mit jüdischer Mehrheit von den palästinensischen Arabern zu erlangen. Jeder Leser hat einen gewissen Begriff von der Geschichte der Kolonisation in anderen Ländern. Ich stelle den Antrag, dass er sich an alle bekannten Beispiele erinnere, er soll nach Durchsicht ihrer Liste

Errichtung eines jüdischen *Staates*, nicht nur einer „jüdischen Heimstätte“ einschließlich der Vertreibung der Araber. Da der Zionistenkongress 1935 dies nicht offen und klar formulieren würde, boykottierte seine Gruppierung den Kongress.

⁵ Stenographisches Protokoll des XIX. Zionistenkongresses.

⁶ Dieser T. Herzl zugeschriebene Ausspruch, stammt vermutlich ursprünglich von Israel Zangwill, einem in Großbritannien geborenen und eher links einzuordnenden Schriftsteller und Zionisten. Er spiegelt geradezu klassisch das dem Zionismus zugrundeliegende Weltbild und Rechtfertigungsschema der Mehrheit aller zionistischen Strömungen wider.

versuchen, einen Fall ausfindig zu machen, wo eine Kolonisation mit Zustimmung der Eingeborenen vor sich ginge. (...) Es gab keinen solchen Fall.“⁷

Was Jabotinsky hier anführt, sind die Ergebnisse der europäischen Kolonisationspolitik. Überall dort, wo Europäer Siedlungskolonien in Amerika oder Afrika gründeten, führte dies zur Vertreibung oder Ausrottung der einheimischen Bevölkerung. Dies war relativ unabhängig von den guten oder schlechten Absichten der Kolonisatoren oder der jeweiligen Urbewohner. Der Ursprung der Konflikte liegt in der Tatsache, dass Grund und Boden, ebenso wie die gerade in Palästina so wichtigen Wasserrechte, „natürliche Monopole“ darstellen, also nicht beliebig vermehrbar sind. Wer siedeln will, braucht das Land und das Wasser. Friedlich ist dies nur in den Anfangsphasen eines Kolonisationsprozesses zu erlangen, solange die ansässige Bevölkerung auf Grund eines Überflusses an Land und Wasser die Okkupation oder den Verkauf hinnimmt. Mit dem Anwachsen der Besiedlung, mit der damit notwendigen Verknappung der natürlichen Ressourcen, hatte das friedliche Nebeneinander zwischen Kolonisatoren und europäischen Siedlern überall ein Ende.

Die Besiedlung Palästinas durch europäische und amerikanische Juden war nichts anderes als der Versuch, eine Siedlungskolonie auf arabischem Boden im 20. Jahrhundert zu entwickeln, zu einem Zeitpunkt also, wo – durch Weltkrieg und Oktoberrevolution bedingt – überall in Arabien und Asien die nationalen Bewegungen gegen die europäische Vorherrschaft entstanden. Jabotinsky begriff dieses Problem. Er wollte Herzls Fehleinschätzung vom „Land ohne Volk“ korrigieren, indem er die arabische Bevölkerung Palästinas zu einem „Volk ohne Land“ machte und ihr den Rest der arabischen Welt als Heimstaat empfahl.

Dass dies die Realität im zionistischen Siedlerstaat Israel wurde, liegt in der Logik der Dinge. All jene realitätsfernen sozialistischen, philanthropischen und liberalen Strömungen des Zionismus, die einer friedvollen Zusammenarbeit mit der arabischen Bevölkerung das Wort redeten, hatten dauerhaft nie die Möglichkeit, massenwirksam zu werden. Dies lag weder an der Verschlagenheit der arabischen Bevölkerung oder ihrer Führer, wie es in einigen beschönigenden prozionistischen Werken zu lesen ist, noch an der Bösartigkeit der jüdischen Siedler. Es lag in der Logik der *Siedlungskolonie*, die nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die einheimische Bevölkerung unterwirft, vertreibt oder tötet. Eine andere Entwicklung hat die Geschichte bisher nicht hervorgebracht, und Israel ist keine Ausnahme.

So endet auch Max Bryms „Kurzer Lehrgang“ über die Geschichte des Zionismus weit über ein Jahrzehnt vor der Entstehung des Staates Israel. Der staatgewordene Zionismus, Israel und seine Siedlungspolitik, kurz jener Zionismus, der „auf der Straße“ das Thema ist, wird von ihm wohlweislich nicht behandelt. Die heutige Gestalt des Zionismus, der israelische Staat und seine Politik, ist Anlass und Grundlage der Kritik am Zionismus.

⁷ Vladimir Jabotinsky, Die palästinensischen Araber, in: Zionismus. Herausgeber. Julius Schoeps, München 1973, S. 278/279.

Theodor Herzl formulierte in seinem Werk „Der Judenstaat“, einer Schrift, in der Max Brym „nicht eine einzige rassistische Passage finde(t)“, folgendes Angebot an die europäischen Großmächte, speziell an Großbritannien: „Für Europa würden wir dort (gemeint sind die Juden in Palästina, A. S.) ein Stück des Walles gegen Asien bilden; wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen.“⁸ Den dort angebotenen „Vorpostendienst“ hat Israel in der Tat übernommen, nur die Großmächte haben gewechselt. Heute leistet Israel den „Vorpostendienst“ – nicht für die „Kultur gegen die Barbarei“, sondern für die amerikanische Vorherrschaft in der arabischen Welt. Dort, wo sich die Ideen und politischen Programme Jabotinsky und Herzls treffen, dort liegt auch der politische Kern des Zionismus, dort findet sich auch das Wesen des Staates Israel: europäische Siedlungskolonie und ausländischer „Vorposten“ in der arabischen Welt zu sein.

Bryms Geschichte des Zionismus ist in der Tat nur für Universitätsseminare geeignet, weil sie vollständig unpolitisch ist, den Zionismus allein in seiner Periode als ideologische Strömung und bei der Formierung in politische Parteien behandelt. Dort, wo er geschichtswirksam wird und die Formierung des israelischen Staates beginnt, dort schweigt er, vermutlich aus Kenntnis. Dieser unpolitischen Geschichte des Zionismus gewinnt er aber eine *politische Schlussfolgerung* ab. Wer „auf der Straße“, also *öffentlich*, die Siedlungs- und Vertreibungspolitik Israels kritisiert, ist „Antisemit“. Damit aber sind wir zu unserem Ausgangspunkt zurückgekehrt. Die „kenntnisreiche“ Einführung in die Geschichte des Zionismus diene keineswegs der theoretischen oder politischen Belehrung der „Hirn- und Kenntnislosen“, sondern, wie bereits im ersten Artikel, der moralischen und politischen Denunziation der Kritiker der israelischen Siedlungspolitik als „Antisemiten“.

Wäre es nicht an der Zeit, das Gespenst des Antisemitismus zu begraben und sich der Realität der amerikanischen, der israelischen und auch der deutschen Politik zuzuwenden? Diese heutige Politik und die sie betreibenden Kräfte sind finster genug.

Alfred Schröder, 2002

Domenico Losurdo

„Die zionistische Idee“ als „koloniale“ Idee: Herzl und Rhodes

In seinem 2011 auf Deutsch erschienenen Buch „Die Sprache des Imperiums. Ein historisch-philosophischer Leitfaden“ beschäftigte sich Domenico Losurdo im Kapitel „Antizionismus“ mit den ideologischen Wurzeln des Zionismus. Er wies an Hand der Schriften und Aufzeichnungen von Theodor Herzl - dem Begründer des Zionismus - nach, dass diese Ideologie zutiefst im kolonialistischen und rassistischen Denken des Westens des 19. Jahrhunderts wurzelt. Der auf der Doktrin des Zionismus aufgebaute und ihm bis heute verpflichtete Staat Israel ist daher nach Losurdo eine „koloniale Idee“. Die

⁸ Theodor Herzl, Bd. 1, S. 45.

Gründung eines weißen Staats auf okkupiertem Land bei gleichzeitiger Ausrottung bzw. Vertreibung der dort ansässigen Bevölkerung gleicht den untergegangenen Siedlerstaaten in Südafrika, Rhodesien - heute Zimbabwe - und Algerien. (Andreas Wehr, Oktober 2023)

Eine unmissverständliche Losung kennzeichnet den Zionismus: »Gebt das Land ohne Volk einem Volk ohne Land!« (1). Wir haben es mit der klassischen Ideologie der kolonialen Tradition zu tun, die die eroberten oder begehrten Territorien immer als *res nullius*, als Niemandland, betrachtet hat und immer geneigt war, die einheimischen Bevölkerungen auf eine unbedeutende Größe zu reduzieren; mit der Ideologie, die insbesondere den expansionistischen Vormarsch der nordamerikanischen Kolonisten begleitet hat. Wenn wir bei Nordau lesen, dass der Zionismus »ein Land, das heute eine Wüste ist«, in einen »blühenden Garten« verwandeln will (2), kommen wir nicht umhin, an Autoren wie Locke und Tocqueville zu denken, die das von den Indianern bewohnte Territorium eben als eine Wüste oder als eine »leere Wiege« bezeichneten (3).

Bei seiner Propaganda für den Zionismus empfiehlt sich Herzl folgendermaßen den Kanzleien der westlichen Großmächte: »Die meisten Juden sind keine Orientalen mehr«; »so möchten wir als Culturträger des Westens in diesen jetzt verseuchten, verwahrlosten Winkel des Orients Reinlichkeit, Ordnung und die geklärten Sitten des Abendlandes bringen«, in diesen »kranken« Winkel (4). Wenn sich die Juden in Palästina ansiedeln, können sie »den Krankheitswinkel des Orients assaniren«, »Cultur u. Ordnung« dorthin bringen und sogar »den Schutz der Christen im Orient« gewährleisten. Kurz und gut: »das einzige Culturelement, womit Palästina besiedelt werden kann, sind die Juden« (5).

Die Verherrlichung des Kolonialismus fällt beim Patriarchen des Zionismus sofort auf: die »Staaten, die an ihre Zukunft denken« führen eine »Kolonialpolitik«, ohne sie je aus den Augen zu verlieren. Und in diesen Kontext fügt sich die erstrebte Rückkehr der Juden nach Palästina ein: »Die zionistische Idee, die eine koloniale ist«, könne leichter in jenen Ländern verstanden werden, die sich mit Erfolg für die Eroberung überseeischer Territorien eingesetzt haben. Sich an die Engländer wendend, erklärt Herzl, dass er besonders auf ihre Unterstützung hoffe: »Die grossen Politiker Ihres Landes waren die ersten, welche die Notwendigkeit der kolonialen Ausbreitung erkannten. Darum weht die Fahne Grösser-Britanniens auf allen Meeren« (6).

Auch Herzl will sich auf diesen Weg machen: »Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen« (7). Das heißt, die jüdische Kolonisation Palästinas werde die Welt Herrschaft des Westens verstärken, zumal sie den Weg nach Indien und nach China sicherer werden lasse (8). So wird sie sogar den »kürzesten Weg«, »die Heerstrasse der Culturvölker« nach Asien öffnen (9); in diesem Sinne sei »der Judenstaat ein Weltbedürfnis« (10).

Aus all diesen Gründen, werde diesem Staat eine erstrangige Aufgabe zufallen, zumal er ein Volk aufnimmt, »dessen Geschichte in der heiligen Schrift steht« (11). Auf die

»Gesta Dei per Francos« sollen »Gottes Taten durch die Juden« folgen (12). Es handle sich nicht um ein abstrakt theologisches Motiv: »Die Juden werden eine *grande nation* werden«. Zu denken gibt der französische Ausdruck, der auf das expansionistische post-thermidorianische Frankreich verweist: »Wir müssen wegen unseres künftigen Welthandels am Meere liegen und müssen für unsere maschinenmäßige Landwirthschaft im Grossen, weite Flächen zur Verfügung haben« (13). Sicher würden die Juden in Palästina zu Protagonisten »einer großartigen Kolonisation«; sie werden sich am Beispiel der Engländer inspirieren können, den »stärksten und kühnsten Kolonialunternehmern unter den Völkern« (14).

Wir haben es mit einem recht ehrgeizigen expansionistischen Plan zu tun. Es verwundert daher nicht, dass wir, wenn wir Herzls Tagebücher durchblättern, auf das Familienalbum des Kolonialismus und des Imperialismus zwischen dem 19. und dem 20. Jahrhundert stoßen. Der Führer der zionistischen Bewegung sucht und vereinbart Kontakte mit Rhodes (dem Vorkämpfer des englischen Imperialismus, den er für etwas in Palästina zu realisierendes »Coloniales« gewinnen will (15); ebenso mit Cromer, der für Arendt die Verkörperung des britischen »imperialistischen Verwaltungsbeamten« ist, der »am Schicksal der eingeborenen Völker (...) desinteressiert« war und »eine neue Regierungsform«, eine »unmenschlichere Regierungsform als despotische Willkür« entwickelte (16); außerdem nimmt Herzl Kontakte mit Kipling auf, ganz zu schweigen von Joseph Chamberlain und Wilhelm II. Letzterer scheint einen unwiderstehlichen Zauber auszuüben: »Er hat wirklich kaiserliche Augen (...) Er lachte u. blitzte mich mit seinen Herrenaugen an«, er ist »ein Kaiser des Friedens« (17).

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist bei Herzl zu beachten. Er empfiehlt die Kolonisation Palästinas und den Zionismus auch als Gegenmittel gegen die revolutionäre Bewegung, die in der kapitalistischen Metropole anschwillt: es sei notwendig, »ein schreckliches Proletariat« in ein Territorium umzuleiten, das »nach Menschen schreit, die es bebauen sollen«. Indem sie sich von »einem surplus von Proletariern und Verzweifelten« befreit, könne die kapitalistische Metropole gleichzeitig die Kultur in die koloniale Welt exportieren: Mit dieser Vermehrung von Cultur u. Ordnung aber ginge Hand in Hand die Schwächung der Umsturzparteien. Darauf ist besonders nachdrücklich hinzuweisen, dass wir überall mit den Umstürzern im Kampfe liegen u. thatsächlich die jungen studierenden Leute sowohl wie die jüdischen Arbeiter vom Socialismus u. Nihilismus abwenden, indem wir vor ihnen ein reineres Volksideal entfalten (18).

In Russland »bekehren sich die Sozialisten und Anarchisten zum Zionismus« und rücken ab von der vorhergehenden revolutionären Militanz (19). Herzl bringt hier ein Motiv ins Spiel, dass gegen Ende des 19. Jahrhunderts recht verbreitet war und seinen klassischen Ausdruck bei Rhodes findet: »Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden« (20). Für beide hier miteinander verglichenen Persönlichkeiten ist die koloniale Expansion das Gegenmittel gegen die sozialistische Subversion, der Angriff auf die Kolonialvölker ist die Kehrseite des Friedens, den man innerhalb der kapitalistischen Metropole zu erreichen hofft.

Dokumentation: Gaza - Krieg, Zionismus, Antisemitismus

Dann hat also Arendt Recht, wenn sie 1942 Herzl negativ Lazare, einer anderen bedeutenden Figur der jüdischen Kultur, gegenüberstellt. Im Gegensatz zu Herzl versucht Lazare die Emanzipation der Juden nicht durch ein paar koloniale Zugeständnisse zu fördern, die den damaligen Großmächten abzurufen sind; vielmehr bezieht er den Kampf der Juden und den der anderen unterdrückten Völker, den Kampf gegen den Antisemitismus und den gegen den kolonialen Rassismus in ein umfassendes antikolonialistisch und antiimperialistisch ausgerichtetes revolutionäres Vorhaben ein. Von hier aus der Vergleich zwischen den Leiden, die den Juden, und denen, die den Schwarzen in den afrikanischen Kolonien Deutschlands oder anderer Länder, den Arabern bei der kolonialen Expansion Italiens oder den seit Jahrhunderten von England unterdrückten Iren zugefügt worden sind. Von hier aus das Bestreben, die Völker, die aus verschiedenen Gründen und auf unterschiedliche Weise aus dem Westen und aus der herrschenden Macht auf internationaler Ebene ausgeschlossen worden sind, in einem einheitlichen Block zusammenzuschließen.

- (1) Israel Zangwill, zit. in Schoeps, 1983, Zionismus, Texte zu seiner Entwicklung 2. überarbeitete Aufl., Fourier Gütersloh, S. 32.
- (2) Max Nordau, 1913, Der Zionismus, vom Verfasser vollständig umgearbeitete und bis zur Gegenwart fortgeführte Auflage, hrsg. von der Wiener Zionistischen Vereinigung, Buchdruckerei Helios, Wien, S. 16.
- (3) Vgl. Domenico Losurdo, 2010, Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus, S. 293-95.
- (4) Theodor Herzl, 1984-85, Zionistisches Tagebuch, in Briefe und Tagebücher, hrsg. von A. Bein et alii, Bd. 2, Propyläen, Berlin/Frankfurt; S. 156, 337, 678.
- (5) Theodor Herzl, 1984-85, Bd. 2, a. a. O., S. 332, 617, 591.
- (6) Theodor Herzl, 1920, Zionistische Schriften, hrsg. von I. Kellner, Jüdischer Verlag, Berlin-Charlottenburg, Bd. 1, S. 156; Bd. 2, S. 101-102.
- (7) Theodor Herzl, 1920, a. a. O. Bd. 1, S. 68.
- (8) Theodor Herzl, 1984-85, a. a. O. Bd. 2, S. 469-70, 592.
- (9) Theodor Herzl, 1984-85, a. a. O. Bd. 2, S. 727, 332-33; vgl. auch Theodor Herzl, 1920, a. a. O. Bd. 2, S. 101.
- (10) Theodor Herzl, 1920, a. a. O., Bd. 1, S. 44.
- (11) Theodor Herzl, 1920, a. a. O. Bd. 1, S. 140.
- (12) Theodor Herzl, 1933, Altneuland, Löwit, Wien, 10. Auflage, S. 117.
- (13) Theodor Herzl, 1984-85, a. a. O. Bd. 2, S. 324, 156.
- (14) Theodor Herzl, 1933, a. a. O. S. 18, 241-42.
- (15) Theodor Herzl, 1984-85, a. a. O. Bd. 3, S. 327.
- (16) Hanna Arendt, 1986, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, von der Autorin übersetzter und durchgesehener Text, Piper, München/Zürich, S. 307-308, 341-43.
- (17) Theodor Herzl, 1984-85, a. a. O., Bd. 2, S. 664, 678, 676.
- (18) Theodor Herzl, 1984-85, a. a. O. Bd. 2, S. 657, 713.
- (19) Theodor Herzl, 1984-85, a. a. O., Bd. 2, S. 605.
- (20) Zit. in Lenin, 1955, Werke Dietz, Berlin Bd. 22, S. 261.

Die Charta der Hamas von 2017

Die derzeit aktuelle Charta anstelle der Gründungscharta von 1988

Veröffentlichungsdatum: 2.Mai 2017(<https://www.middleeasteye.net/news/hamas-2017-document-full>)

Vorbemerkung der Redaktion: a) Das nachfolgende Dokument ist eine eigene Übersetzung aus dem Englischen mit Hilfe des Google-Übersetzers.

b) Der Begriff der in der Charta oft verwendeten „Ummah“ bezeichnet im Bereich des Islams eine Gemeinschaft, die ähnlich wie ein Volk oder eine Nation über den Rahmen eines Stamms oder Clans hinausreicht. (vergleiche Wikipedia)

„Gepriesen sei Allah, der Herr aller Welten. Mögen der Friede und der Segen Allahs auf Muhammad, dem Meister der Gesandten und Anführer der Mudschaheddin, sowie auf seinem Haushalt und allen seinen Gefährten sein.

Präambel

Palästina ist das Land des arabisch- palästinensischen Volkes, aus dem es stammt, an dem es festhält und zu dem es sich zugehörig fühlt, nach dem es die Hand ausstreckt und mit dem es in Verbindung bleibt.

Palästina ist ein Land, dessen Stellung durch den Islam erhöht wurde, einem Glauben, der ihm hohes Ansehen verleiht, der ihm seinen Geist und seine gerechten Werte einhaucht und der der Grundstein für die Konzeption seiner Verteidigung und seines Schutzes ist.

Palästina ist die Sache eines Volkes, das von der Welt im Stich gelassen wurde, die dabei versagt hat, seine Rechte zu sichern und ihm das zurückzugeben, was ihm entrissen wurde - ein Volk, dessen Land weiterhin unter einer der schlimmsten Formen von Besetzung dieser Welt leidet.

Palästina ist ein Land, das von einem rassistischen, menschenfeindlichen und kolonialen zionistischen Projekt erobert wurde, das auf einem falschen Versprechen (der Balfour-Deklaration) gegründet wurde, unter Anerkennung einer usurpierenden Macht und mit Gewalt erreichten vollendeten Tatsachen.

Palästina symbolisiert den Widerstand, der bis zur Befreiung andauern wird, bis die Rückkehr erreicht ist und ein vollständig souveräner Staat mit Jerusalem als Hauptstadt errichtet ist.

Palästina ist die wahre Partnerschaft zwischen den Palästinensern aller Zugehörigkeiten für das erhabene Ziel der Befreiung.

Palästina ist der Geist der Ummah und ihre zentrale Sache; es ist die Seele der Menschlichkeit und ihr lebendiges Gewissen.

Dieses Dokument ist das Ergebnis intensiver Beratungen, die zu einem starken Konsens geführt haben. Als Bewegung sind wir uns sowohl über die Theorie als auch über die Praxis der Vision einig, die in den folgenden Seiten dargelegt wird. Es ist eine Vision, die auf soliden Grundlagen und etablierten Prinzipien steht. Dieses Dokument macht die

Ziele, die Meilensteine und die Art und Weise sichtbar, wie die nationale Einheit durchgesetzt werden kann. Es legt auch unser gemeinsames Verständnis der palästinensischen Sache, der Arbeitsprinzipien, die wir zu ihrer Förderung nutzen, und die Grenzen bei ihrer Interpretation fest.

Die Bewegung

1. Die Islamische Widerstandsbewegung „ Hamas“ ist eine palästinensisch- islamische nationale Befreiungs- und Widerstandsbewegung. Ihr Ziel ist die Befreiung Palästina und die Bekämpfung des zionistischen Projekts. Ihr Bezugsrahmen ist der Islam, der ihre Prinzipien, Ziele und Mittel bestimmt.

Das Land Palästina

2. Palästina, das sich vom Jordan im Osten bis zum Mittelmeer im Westen und von Ras al-Naqurah im Norden bis Umm al-Rashrash im Süden erstreckt, ist eine integrale territoriale Einheit. Es ist das Land und die Heimat des palästinensischen Volkes. Die Vertreibung und Verbannung des palästinensischen Volkes aus seinem Land und die Errichtung der zionistischen Gruppe darin heben nicht das Recht des palästinensischen Volkes auf sein gesamtes Land auf und verankern keine Rechte darin für die usurpierende zionistische Einheit.

3. Palästina ist ein arabisch- islamisches Land. Es ist ein gesegnetes heiliges Land, das im Herzen jedes Arabers und jedes Muslims einen besonderen Platz einnimmt.

Das palästinensische Volk

4. Die Palästinenser sind die Araber, die bis 1947 in Palästina lebten, unabhängig davon, ob sie daraus vertrieben wurden oder dort geblieben sind; und jede Person, die nach diesem Datum als Sohn eines arabischen-palästinensischen Vaters geboren wurde, sei es innerhalb oder außerhalb Palästinas, ist ein Palästinenser.

5. Die palästinensische Identität ist authentisch und zeitlos, sie wird von Generation zu Generation weitergegeben. Die Katastrophen, die dem palästinensischen Volk als Folge der zionistischen Besatzung und ihrer Vertreibungspolitik widerfahren sind, können weder die Identität des palästinensischen Volkes auslöschen noch negieren. Ein Palästinenser kann seine nationale Identität oder Rechte nicht verlieren, indem er eine zweite Staatsangehörigkeit erwirbt.

6. Das palästinensische Volk ist ein Volk, das aus allen Palästinensern innerhalb und außerhalb Palästinas besteht, unabhängig von seiner Religion, Kultur oder politischen Zugehörigkeit.

Islam und Palästina

7. Palästina ist das Herz der arabischen und islamischen Ummah und genießt einen besonderen Status. Innerhalb Palästinas gibt es Jerusalem, dessen Bezirke von Allah gesegnet sind. Palästina ist das Heilige Land, das Allah für die Menschheit gesegnet hat. Es ist die erste Qiblah (die vom Koran vorgeschriebene Gebetsrichtung zur Kaaba in Mekka; d. Red.) der Muslime und das Ziel der nächtlichen Reise des Propheten Muhammad, Frieden sei mit ihm. Es ist der Ort, von dem aus er in den oberen Himmel aufstieg. Es ist

der Geburtsort Jesu Christi, Friede sei mit ihm. Sein Boden enthält die Überreste tausender Propheten, Gefährten und Mudschaheddin. Es ist das Land der Menschen, die entschlossen sind, die Wahrheit zu verteidigen – in Jerusalem und seiner Umgebung –, die sich von denen, die sich ihnen widersetzen und von denen, die sie verraten, nicht abschrecken oder einschüchtern lassen, und die ihre Mission fortsetzen werden, bis das Versprechen Allahs erfüllt ist.

8. Aufgrund seines gerecht ausgewogenen Mittelwegs und seines gemäßigten Geistes bietet der Islam – für die Hamas - eine umfassende Lebensweise und eine Ordnung, die jederzeit und überall ihr Ziel erfüllt. Der Islam ist eine Religion des Friedens und der Toleranz. Es bietet den Anhängern anderer Glaubensrichtungen und Religionen einen Schutzschirm, damit sie ihren Glauben in Sicherheit ausüben können. Hamas glaubt auch, dass Palästina immer ein Modell für Koexistenz, Toleranz und zivilisatorische Neuerungen war und sein wird.

9. Hamas glaubt, dass die Botschaft des Islam die Werte Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Würde hochhält und alle Formen von Ungerechtigkeit verbietet und Unterdrücker unabhängig von ihrer Religion, Rasse, Geschlecht oder Nationalität ächtet. Der Islam ist gegen alle Formen religiösen, ethnischen oder sektiererischen Extremismus und Bigotterie. Er ist die Religion, die ihren Anhängern den Wert vermittelt, Aggression standzuhalten und Unterdrückten zu unterstützen; Er motiviert sie, großzügig zu geben und Opfer zu bringen, um ihre Würde, ihr Land, ihre Völker und ihre heiligen Stätten zu verteidigen.

Jerusalem

10. Jerusalem ist die Hauptstadt Palästinas. Sein religiöser, historischer und zivilisatorischer Status ist für die Araber, Muslime und die Welt insgesamt von grundlegender Bedeutung. Seine islamischen und christlichen Heiligtümer gehören ausschließlich dem palästinensischen Volk und der arabischen und islamischen Ummah. Kein einziger Stein Jerusalems kann abgegeben oder aufgegeben werden. Die von den Besatzern in Jerusalem durchgeführten Maßnahmen, wie Judaisierung, Siedlungsbau und Errichtung von Fakten vor Ort, sind grundsätzlich null und nichtig.

11. Die gesegnete Al-Aqsa-Moschee gehört ausschließlich unserem Volk und unserer Ummah, und die Besetzung ergibt keinen Anspruch darauf. Die Pläne, Maßnahmen und Versuche der Besatzung, al-Aqsa zu judaisieren und zu spalten, sind null, nichtig und illegitim.

Flüchtlinge und Rückgaberecht

12. Die palästinensische Sache ist in ihrem Wesen die Sache eines besetzten Landes und eines vertriebenen Volkes. Das Recht der palästinensischen Flüchtlinge und der Vertriebenen, in ihre Häuser zurückzukehren, aus denen sie vertrieben wurden oder denen die Rückkehr verboten wurde – sei es in den 1948 oder 1967 besetzten Gebieten (das ist ganz Palästina), ist ein natürliches Recht, sowohl individuell als auch kollektiv. Dieses Recht wird durch alle göttlichen Gesetze sowie die Grundprinzipien der Menschenrechte

und des Völkerrechts bestätigt. Es ist ein unveräußerliches Recht und kann von keiner Partei, ob palästinensisch, arabisch oder international, entzogen werden.

13 Hamas lehnt alle Versuche ab, die Rechte der Flüchtlinge auszulöschen, einschließlich der Versuche, sie außerhalb Palästinas anzusiedeln durch Projekte einer alternativen Heimat. Die Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge für den Schaden, den sie durch Verbannung und Besetzung ihres Landes erlitten haben, ist ein absolutes Recht, das mit dem Recht auf Rückkehr einhergeht. Sie sollen bei ihrer Rückkehr eine Entschädigung erhalten, was ihr Recht auf Rückkehr nicht außer Kraft setzt oder schmälert.

Das zionistische Projekt

14. Das zionistische Projekt ist ein rassistisches, aggressives, koloniales und expansives Projekt, das auf der Beschlagnahme des Eigentums anderer beruht; Es ist feindselig gegenüber dem palästinensischen Volk und seinem Streben nach Freiheit, Befreiung, Rückkehr und Selbstbestimmung. Die israelische Gesellschaft ist das Werkzeug des zionistischen Projekts und dessen Aggressionsbasis.

15. Das zionistische Projekt zielt nicht nur auf das palästinensische Volk; es ist der Feind der arabischen und islamischen Ummah und stellt eine ernste Bedrohung für ihre Sicherheit und Interessen dar. Es steht auch den Bestrebungen der Ummah nach Einheit, Renaissance und Befreiung feindlich gegenüber und war die Hauptursache für ihre Probleme. Das zionistische Projekt stellt auch eine Gefahr für die internationale Sicherheit und Frieden sowie für die Menschheit und ihre Interessen und Stabilität dar.

16. Hamas bekräftigt, dass ihr Konflikt mit dem zionistischen Projekt und nicht mit den Juden aufgrund ihrer Religion besteht. Hamas führt keinen Kampf gegen die Juden, weil sie Juden sind, sondern führt einen Kampf gegen die Zionisten, die Palästina besetzen. Dennoch sind es die Zionisten, die das Judentum und die Juden ständig mit ihrem eigenen Kolonialprojekt und ihrem illegalen Gebilde identifizieren.

17. Hamas lehnt die Verfolgung eines Menschen oder die Beeinträchtigung seiner Rechte aus nationalistischen, religiösen oder sektiererischen Gründen ab. Hamas ist der Ansicht, dass das jüdische Problem, der Antisemitismus und die Judenverfolgung Phänomene sind, die grundlegend mit der europäischen Geschichte und nicht mit der Geschichte der Araber und der Muslime oder ihrem Erbe verbunden sind. Die zionistische Bewegung, die mit Hilfe der westlichen Mächte Palästina besetzen konnte, ist die gefährlichste Form der Siedlungsbesetzung, die bereits aus weiten Teilen der Welt verschwunden ist und aus Palästina verschwinden muss.

Die Position zur Besetzung und politischen Lösungen

18 Folgendes gilt als null und nichtig: Die Balfour-Deklaration, das britische Mandatsdokument, die UN-Resolution zur Teilung Palästinas und alle daraus abgeleiteten oder ähnlichen Resolutionen und Maßnahmen. Die Gründung „Israels“ ist völlig illegal und verstößt gegen die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und widerspricht seinem Willen und den Willen der Ummah; Es verstößt auch gegen die

Menschenrechte, die durch internationale Konventionen garantiert werden, allen voran das Recht auf Selbstbestimmung.

19. Die Legitimität des zionistischen Gebildes wird nicht anerkannt. Was auch immer dem Land Palästina in Bezug auf Besatzung, Siedlungsbau, Judaisierung oder Änderungen seiner Merkmale oder Fälschung von Fakten angetan wurde, ist illegitim. Rechte verfallen nie.

20 Hamas geht davon aus, dass kein Teil des Landes Palästina abgegeben werden darf, unabhängig von den Ursachen, den Umständen und dem Druck und unabhängig davon, wie lange die Besatzung dauert. Hamas lehnt jede Alternative zur vollständigen Befreiung Palästinas vom Fluss bis zum Meer ab. Ohne jedoch die Ablehnung des zionistischen Projekts aufzugeben und ohne auf die palästinensischen Rechte zu verzichten, betrachtet Hamas die Gründung eines vollständig souveränen und unabhängigen palästinensischen Staates, mit Jerusalem als Hauptstadt nach den Linien des 4. Juni 1967, mit der Rückkehr der Flüchtlinge und der Vertriebenen in ihre Häuser, aus denen sie vertrieben wurden, als eine Formel des nationalen Konsenses.

21. Hamas bekräftigt, dass die Oslo-Abkommen und ihre Ergänzungen gegen die Regeln des Völkerrechts verstoßen, da sie Verpflichtungen enthalten, die die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes verletzen. Daher lehnt die Bewegung diese Vereinbarungen und alles ab, was sich daraus ergibt, wie die Verpflichtungen, die den Interessen unseres Volkes abträglich sind, insbesondere die Sicherheitskoordinierung (Zusammenarbeit).

22. Hamas lehnt alle Vereinbarungen, Initiativen und Siedlungsprojekte ab, die darauf abzielen, die palästinensische Sache und die Rechte unseres palästinensischen Volkes zu untergraben. In dieser Hinsicht darf keine Position, keine Initiative und kein politisches Programm diese Rechte verletzen, gegen sie verstoßen oder ihnen widersprechen.

23. Hamas betont, dass Verstöße gegen das palästinensische Volk, die Besetzung seines Lands und die Vertreibung aus dem Heimatland nicht als Frieden bezeichnet werden kann. Alle auf dieser Grundlage erzielten Siedlungen werden nicht zum Frieden führen. Widerstand und Dschihad für die Befreiung Palästinas werden ein legitimes Recht, eine Pflicht und eine Ehre für alle Söhne und Töchter unseres Volkes und unserer Ummah bleiben.

Widerstand und Befreiung

24. Die Befreiung Palästinas ist die Aufgabe des palästinensischen Volkes im Besonderen und die Aufgabe der arabischen und islamischen Ummah im Allgemeinen. Es ist auch eine humanitäre Verpflichtung, wie es die Gebote von Wahrheit und Gerechtigkeit erfordern. Die für Palästina tätigen Organisationen, ob national, arabisch, islamisch oder humanitär, ergänzen sich und sind harmonisch und stehen nicht in Konflikt miteinander.

25. Der Widerstand gegen die Besatzung mit allen Mitteln und Methoden ist ein legitimes Recht, das durch göttliche Gesetze und internationale Normen und Gesetze garantiert wird. Im Mittelpunkt steht dabei der bewaffnete Widerstand, der als strategische

Entscheidung zum Schutz der Prinzipien und Rechte des palästinensischen Volkes angesehen wird.

26. Hamas lehnt jeden Versuch ab, den Widerstand und seine Waffen zu schwächen. Sie bekräftigt auch das Recht unseres Volkes, Mittel und Mechanismen des Widerstands zu entwickeln. Die Steuerung des Widerstands, sei es durch Eskalation oder Deeskalation oder durch Diversifizierung der Mittel und Methoden ist integraler Bestandteil des Prozesses der Konfliktbewältigung und sollte nicht zu Lasten des Widerstandsprinzips gehen.

Das palästinensische politische System

27. Ein echter Staat Palästina ist ein befreiter Staat. Es gibt keine Alternative zu einem vollständig souveränen palästinensischen Staat auf dem gesamten palästinensischen Boden mit Jerusalem als Hauptstadt.

28. Hamas glaubt an die Gestaltung ihrer palästinensischen Beziehungen auf der Grundlage von Pluralismus, Demokratie, nationaler Partnerschaft, Akzeptanz des anderen und des Dialogs. Ziel ist es, die Einheit der Reihen und das gemeinsame Handeln zu stärken, um die nationalen Ziele zu erreichen und die Hoffnungen des palästinensischen Volkes zu erfüllen.

29. Die PLO ist ein nationaler Rahmen für das palästinensische Volk innerhalb und außerhalb Palästinas. Sie sollte daher auf demokratischen Grundlagen erhalten, weiterentwickelt und wieder aufgebaut werden, um die Beteiligung aller Wähler und Kräfte des palästinensischen Volkes in einer Weise zu sichern, die die palästinensischen Rechte schützt.

30. Hamas betont die Notwendigkeit, palästinensische nationale Institutionen auf der Grundlage starker demokratischer Prinzipien aufzubauen, zu denen vor allem freie und faire Wahlen zählen. Ein solcher Prozess sollte auf der Grundlage einer nationalen Partnerschaft und in Einklang mit einem klaren Programm und einer klaren Strategie erfolgen, die die Rechte, einschließlich des Rechts auf Widerstand, wahren und die Hoffnungen des palästinensischen Volkes erfüllen.

31. Hamas bekräftigt, dass die Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde darin bestehen sollte, dem palästinensischen Volk zu dienen und seine Sicherheit, seine Rechte und sein nationales Projekt zu schützen.

32. Hamas betont die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit der nationalen palästinensischen Entscheidungsfindung zu wahren. Ausländische Mächte haben kein Recht einzugreifen. Gleichzeitig bekräftigt Hamas die Verantwortung der Araber und Muslime sowie ihre Pflicht und Rolle bei der Befreiung Palästinas von der zionistischen Besatzung.

33. Die palästinensische Gesellschaft wird durch ihre prominenten Persönlichkeiten, Repräsentanten, Würdenträger, Institutionen der Zivilgesellschaft, sowie Jugend-, Studenten-, Gewerkschafter- und Frauengruppen bereichert, die gemeinsam für die Verwirklichung nationaler Ziele und den Aufbau der Gesellschaft arbeiten, Widerstand leisten und für die Befreiung kämpfen.

34. Die Rolle der palästinensischen Frauen ist grundlegend für den Aufbau von Gegenwart und Zukunft, so wie sie es schon im Verlauf der palästinensischen Geschichte war. Sie spielt eine zentrale Rolle im Rahmen des Widerstands, der Befreiung und des Aufbaus des politischen Systems.

Die arabische und islamische Ummah

35. Hamas glaubt, dass die palästinensische Frage zentral für die arabische und islamische Ummah ist.

36. Hamas glaubt an die Einheit der Ummah mit all ihren verschiedenen Bestandteilen und ist sich der Notwendigkeit bewusst, alles zu vermeiden, was die Ummah zersplittern und ihre Einheit untergraben könnte.

37. Hamas glaubt an die Zusammenarbeit mit allen Staaten, die die Rechte des palästinensischen Volkes unterstützen. Sie lehnt jede Einmischung anderer Länder in die inneren Angelegenheiten eines Landes ab. Sie lehnt es ab, sich in Streitigkeiten und Konflikte zwischen verschiedenen Ländern einzulassen. Hamas verfolgt eine Öffnungspolitik gegenüber verschiedenen Staaten in der Welt, insbesondere den arabischen und islamischen Staaten. Sie ist bestrebt, ausgewogene Beziehungen aufzubauen, indem sie die Anforderungen des palästinensischen Volkes mit den Interessen der Ummah, ihrer Renaissance und ihrer Sicherheit verbindet.

Der humanitäre und internationale Aspekt

38. Die palästinensische Frage hat eine große humanitäre und internationale Bedeutung. Diese Sache zu unterstützen, ist eine humanitäre und zivilisatorische Aufgabe, die Wahrheit, Gerechtigkeit und gemeinsame humanitäre Werte erfordert.

39. Aus rechtlicher und humanitärer Sicht ist die Befreiung Palästinas eine legitime Aktivität, ein Akt der Selbstverteidigung, und Ausdruck des natürlichen Rechts aller Völker auf Selbstbestimmung.

40. In ihren Beziehungen zu Nationen und Völkern der Welt glaubt Hamas an die Werte der Zusammenarbeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Respektierung des Volkswillens.

41. Hamas begrüßt die Haltung von Staaten, Organisationen und Institutionen, die die Rechte des palästinensischen Volkes unterstützen. Es begrüßt die Menschen in der ganzen Welt, die die palästinensische Sache unterstützen. Gleichzeitig verurteilt sie die Unterstützung, die irgendwelche Parteien zionistischen Organisationen gewähren, oder Versuche, deren Verbrechen und Aggressionen gegen die Palästinenser zu vertuschen, und fordert die strafrechtliche Verfolgung zionistischer Kriegsverbrecher.

42. Hamas lehnt die Versuche ab, der arabischen und islamischen Ummah eine Hegemonie aufzuzwingen, ebenso wie sie die Versuche ablehnt, anderen Nationen und Völkern der Welt eine Hegemonie aufzuzwingen. Hamas verurteilt auch alle Formen von Kolonialismus, Besatzung, Diskriminierung, Unterdrückung und Aggression in der Welt.“

Die MLPD zum Gaza-Krieg / Kritik von Karl-Heinz Goll

Kein Fußbreit für faschistische Organisationen wie die Hamas! Protest gegen den Staatsterror des imperialistischen Israel!

Presseerklärung des Zentralkomitees der MLPD vom 12.10.2023

„Bundeskanzler Scholz kündigte unter dem Beifall aller Bundestagsparteien bis hin zur AfD heute ein Betätigungsverbot für die faschistische Organisation Hamas und ein Verbot des Netzwerks palästinensischer Gefangener, Samidoun, an.

Dazu erklärt Gabi Fechtner, Parteivorsitzende der MLPD: „Die MLPD weist schon seit Jahren auf den faschistischen Charakter der Hamas hin und hat an diesen Dienstag eine Erklärung veröffentlicht, in der es unter anderem hieß: ‚Kein Fußbreit der faschistischen Hamas!‘ Sie ist für uns kein Teil des palästinensischen Befreiungskampfs. Es ist skandalös, dass von der Regierung über Jahre hinweg ihre Aktivitäten toleriert wurden, während es immer wieder Hetzkampagnen gegen den fortschrittlichen palästinensischen Befreiungskampf gibt. Die MLPD fordert das Verbot aller faschistischen Organisationen, ob sie ihre Wurzeln in Deutschland, der Türkei oder Palästina haben.“

Sie kritisiert die „Heuchelei und Doppelzüngigkeit“ der Bundestagsparteien: „Wer über den faschistischen Terror der Hamas spricht, darf über den jahrzehntelangen Staatsterror des imperialistischen Israels nicht schweigen, das jetzt den Gazastreifen unter schimmlichem menschlichen Leid in Schutt und Asche bombt. Dazu brachte der Bundestag aber kein Wort der Kritik.“ Stattdessen richtet sich die regierungsamtliche Unterdrückung vor allem gegen palästinensische Organisationen, die in der Vergangenheit ausdrücklich erklärt hatten, dass sie den imperialistischen Zionismus verurteilen, aber sich nicht gegen jüdische Menschen richten, wie Samidoun. Gleichzeitig hetzen die Ultrareaktionäre von der AfD und dem Springer Kampfblatt ‚Welt‘ antikommunistisch, indem sie sich auf den marxistisch-leninistischen Charakter und die Zusammenarbeit zwischen MLPD und Samidoun oder Freunden der PFLP fokussieren.

Gabi Fechtner kritisiert: „Selbstverständlich arbeiten wir auch mit Organisationen des palästinensischen Befreiungskampfs zusammen, wenn diese nicht antisemitisch, reaktionär oder gar faschistisch sind. Wir protestieren gegen jede Art der Unterdrückung des palästinensischen Befreiungskampfs in Deutschland. Genauso selbstverständlich kritisieren wir, wenn palästinensische Organisationen keine klare Abgrenzung zur faschistischen Hamas vornehmen oder gar mit ihr zusammenarbeiten. Wir würden uns, übrigens im Gegensatz zur deutschen Regierung, ganz grundsätzlich nicht mit Finanziers des islamistischen faschistischen Terrors zusammensetzen, um Geschäfte zu machen, wie es gerade beim Treffen mit dem Emir aus Qatar stattfindet. Wir lehnen jede Art des Rassismus, Antisemitismus, Zionismus, Antikommunismus und Faschismus grundsätzlich ab. Wir treten für ein solidarisches Zusammenleben der Völker und eine sozialistische Perspektive ohne nationalistische Spaltung ein.“

Es ist bürgerlicher Antifaschismus, diesen auf Grundlage des Antikommunismus zu stellen und damit auf die Erhaltung des imperialistischen Weltsystems zu orientieren.“

(<https://www.rf-news.de/2023/kw41/kein-fussbreit-fuer-faschistische-organisationen-wie-die-hamas-kampf-der-kriminalisierung-des-palaestinensischen-befreiungskampfs-protest-gegen-den-staatsterror-des-imperialistischen-israels-und-die-antikommunistische-hetze-gegen-die-mlpd>)

Artikel der „Roten Fahne“ vom 08.10.23 (Auszüge)

„Israel/Palästina – Naher Osten: Neuer Kriegsherd. Brandgefährliche Entwicklung nach Kriegserklärung durch Israel - Kritik an faschistischer Hamas – Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf

Die MLPD verteidigt das Existenzrecht Israels und tritt entschlossen gegen Antisemitismus ein. Genauso entschlossen wendet sie sich aber entschieden gegen die imperialistische Aggression Israels, die nichts mit dem Selbstbestimmungsrecht zu tun hat. Die antiimperialistische internationale Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf ist gerade angesichts der Kompliziertheit besonders herausgefordert. (...)

Der Sprecher der Hamas brüstet sich im Sender BBC, die Gruppe habe direkte Unterstützung für den Angriff von Iran erhalten. Es scheint undenkbar, dass dieser massive Überfall ohne entsprechende Unterstützung stattgefunden haben soll, zumal mittlerweile auch die Hisbollah Israel attackiert. Das aggressive Vordringen neuimperialistischer Länder umfasst immer mehr Regionen.

Die islamistisch-faschistische Hamas und das faschistische Regime des neuimperialistischen Iran sind jedoch nicht Bestandteil des nationalen und sozialen Freiheitskampfes des palästinensischen Volkes. Sie schaden ihm und liefern Israel und den westlichen Imperialisten einen Vorwand, den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes mit Faschisten in einen Topf zu werfen. Die MLPD lehnt jede Art Querfront (faschistische Taktik der scheinbaren Aussöhnung von Rechts und Links) mit Hamas, Hisbollah oder gar dem faschistischen Regime des Iran ab. Das antisemitisch gerechtfertigte Ziel der Hamas ist ein faschistischer islamischer Staat, was keine Perspektive für die Palästinenser sein kann. Mit ihrer Sozialpolitik und sozialen Demagogie hat sie allerdings Einfluss auf Teile der Massen. Auch die faschistische Hisbollah stellt sich auf die Seite der Hamas. Der faschistische Islamische Dschihad beteiligt sich ebenfalls. Die Hauptverantwortung für die Verschärfung aber trägt das imperialistische Israel unter seiner ultrarechten Netanjahu-Regierung mit Beteiligung von Faschisten.“

Kritik von K.-H. Goll

Brief vom 16.10.23 an die MLPD zur ZK-Erklärung vom 12. 10 und zum Artikel der „Roten Fahne“ vom 08.10.2023

Liebe MLPD-ler,

Vielem, was das ZK der MLPD und die „Rote Fahne“ zur Rolle Israels und der aktuellen Lage schreiben, kann und will ich nicht widersprechen. Doch in wesentlichen Punkten, auf die ich mich hiermit konzentrieren will, sind die Texte zum Hamas/Israel-Krieg grottenfalsch und geradezu antimarxistisch.

Was für ein Faschismus-Begriff steckt denn hinter der Einordnung der Hamas als "faschistische Organisation"? Die Hamas als palästinensischer Zweig der Muslim-Bruderschaft ist eine sunnitisch-islamistische Organisation, die eine radikal-autoritäre Politik nach der Scharia verfolgt, wobei sie - wie zuletzt - vor terroristischen Gräueln nach dem Muster des IS nicht zurückschreckt.

Die Muslim-Brüder wurden 1928 in Ägypten gegen den britisch-abendländischen Kolonialismus gegründet und spielen in vielen muslimischen Ländern eine bedeutende Rolle gegen den westlichen Imperialismus. Ihre Ideologie enthält die Selbstaufopferung in individueller Form von Selbstmordattentätern mit dem Lohn des himmlischen Paradieses, die jetzt in einem monströs- katastrophalen "erweiterten" Hyper-Selbstmord-Krieg der Hamas gipfelte.

Bei all dem islamistisch-reaktionären Charakter der Muslimbrüder muss man sehen, dass ihre gesellschaftlich relevante Erscheinung das Ergebnis langer kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterdrückung und insofern ein Produkt der westlichen "Zivilisation" ist, speziell die Hamas in Palästina des israelischen Siedlerkolonialismus. (Die Gründung der Hamas 1967 verhalf Israel auch zur Spaltung des palästinensischen Widerstands.)

Die Hamas als "faschistisch" zu etikettieren, steht vollkommen im Widerspruch auch zur Definition der Komintern (Dimitroff: "Der Faschismus an der Macht ... ist ... die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." "Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst." - Die Ihr sonst so orthodox am Marxismus-Leninismus festzuhalten beansprucht, stellt Ihr Euch mit der Behauptung einer „faschistischen Hamas“ gegen diese Definition.

Was hat die Hamas mit dem Finanzkapital zu tun, was mit Imperialismus? Eure Position ist geradezu identisch mit dem Gezeifer vom "Islamofaschismus" der Antideutschen und sonstiger bürgerlicher Israel-Verteidiger und ist weder historisch- noch dialektisch-materialistisch. (Dass in der arabischen Welt antisemitische Narrative des Nazi-Antisemitismus adaptiert wurden, ist den Weltkriegs-Fronten zu verdanken, wo Deutschland gegen die nahöstlichen Kolonialmächte (besonders GB und Frankreich) Front machte.)

"Die MLPD verteidigt das Existenzrecht Israels" - ??? Opportunistischer gehts nicht. Das Existenzrecht eines religiös-rassistischen, siedlerkolonialistischen, expansionistischen Staates, der "von einer kriminellen Bande regiert" wird (M.Zuckermann) ???

Als "Übergangstadium" propagiert ihr die "2-Staaten-Lösung", die angesichts der materiellen Realität eines mit über 600.000 überwiegend fanatisch-zionistischen Siedlern in der Westbank und Ost-Jeruselems durchsetzten Territoriums völlig obsolet ist. Die Forderung nach einer 2-Staaten-Lösung ist mittlerweile nichts als eine Nebelwand des westlichen Imperialismus, hinter der das Projekt eines zionistischen Groß-Israel immer weiter vorangetrieben wird. Opportunistischer kann Euer Festhalten an diesem "Übergangsstadium" nicht formuliert werden.

Das Ziel kann nur ein gemeinsamer säkularer Staat Israel/Palästina sein, in dem alle Bewohner, gleich ob Araber oder Israelis, ob Juden, Christen, Moslems usw. gleichberechtigt leben.

Das schreibt Ihr zwar auch, relativiert und entwertet das aber mit der Fata Morgana eures „Übergangsstadiums“.

Schließlich darf in einem einzigen Satz mit dem "Protest gegen den Staatsterror des imperialistischen Israel" der Protest gegen die "antikommunistische Hetze gegen die MLPD" nicht fehlen (Vorbemerkung zur ZK-Erklärung). Welch eine Selbstüberschätzung einer 0,x%-Partei, die idealistisch bis zur Realsatire gegen die ideologischen Mühlen des Antikommunismus ankämpft, statt selbstkritisch vor allem die materiellen Massenerfahrungen als Basis und Resonanzboden des Antikommunismus durch die Resultate des realsozialistischen Idealismus sämtlicher gescheiterten Anläufe zum Sozialismus zu reflektieren.

Mit kritischen Grüßen

K.-H. Goll, 64367 Mühlthal

Der „Arbeiterbund“ zum Gaza-Krieg / Kritik von Manfred Englisch

Erklärung des *Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD* vom Oktober 2023

„ISRAEL – PALÄSTINA: ZU KRIEG UND VÖLKERMORD

Das Verbrechen an den „heimatlosen“ Palästinensern, aber nicht weniger das Verbrechen an dem Volk aus Israel und seiner Arbeiterbewegung ist eine Barbarei. Die nicht nur Human-Denkende auf ihrer Seite haben. Sondern jeden für die Befreiung der Völker und ihre Unabhängigkeit Eintretenden, nach der sie streben, um aus dem Elend und dem Völkermord zu entkommen, auf ihrer Seite haben. Die grundsätzliche Haltung von uns Kommunisten gegenüber den Menschen des jüdischen Glaubens ist ein klarer und fester Standpunkt. (In Erklärungen, Stellungnahmen etc. seit Jahrzehnten festgehalten, wie der von 2009) Eine unveränderliche kommunistische Grundsatzhaltung (!), die wir zur Kenntnis geben, gegen unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus und seine Mordtaten in Deutschland wie in ganz Europa gegen alle jüdischen Menschen, welcher Nationalität sie auch angehörten und den wenigen Überlebenden.

Wenn wir uns auch sehr bewusst sein sollten, dass man den heutigen, erneuten Krieg der zwei nationalistischen und durch und durch reaktionären Regierungen bzw. Führungen samt ihrer Kriegskabinette wie zu Zeiten von Mao Tse-Tung als eine Klassenangelegenheit behandeln muss, in der Wahl zwischen einem „faulen Apfel und einer faulen Birne“.

Der Unterschied zur damaligen Zeit ist gewaltig, wenn auch beruhend auf dem von Anfang an gegebenen Beschluss, der mit knapper Mehrheit in der Uno gefällt wurde. Der seine Ursache im englischen Kolonialismus hatte gegen die Arbeiterklasse und das Volk von Palästina, wie im Überleben der vertriebenen Menschen, die der Hölle des deutschen Faschismus noch entkommen sind, aus der Gruppe des jüdischen Glaubens, und bis heute diese Situation davon geprägt ist. Was heute erneut und verstärkt zum Völkermord führt. Und nur durch das Proletariat in Israel, wie vom palästinensischen Volk revolutionär gelöst werden kann. Voraussichtlich nur in einer Volksdemokratie. Aber eben das Kräfteverhältnis in der heutigen, noch gegebenen Lage des Weltproletariats, seiner noch nicht überwundenen Niederlage in seiner Revolution und im Sozialismus gegen die kriegführenden Kapitalisten in der Revolution erneut zu bewältigen, ist. Bedeutet dies auch für sich und für die Arbeiter in Israel, wie gegenüber dem Volk Palästinas zur Stunde: Dass ihre internationale Pflicht, den Völkermord auf diese Weise zu beenden, mehr als schwach entwickelt und gegeben ist. Und dies auch nicht schon wirklich gegeben ist in der Arbeiterklasse Israels wie im Volk der Palästinenser. Aber ohne dass dies auch in Israel wie bei den weitgehend „Heimatlosen“ und vor keiner proletarischen Lösung stehenden schon gegeben wäre: In der Errichtung einer Volksdemokratie der Arbeiterklasse Israels und des Volkes Palästinas, nimmt das Massaker und Elend in beiden Völker sein Ende.

Was die herrschende Klasse und die kriegführende Berliner Regierung eines Grossdeutschland betrifft, ist nur zu sagen: Es ist blanke Kriegs-Demagogie auf dem Rücken des jüdischen Volkes hier wie dort in Israel. Die Ermordung der Juden durch den deutschen Faschismus, die rassistische und antisemitischen Haltung, die sich seit den 50er Jahren bis heute nicht nur zeigt in der Nicht-Wiedergutmachen des Verbrechens, sondern eben gerade darin, dass man die regierende Reaktion in Israel, die das Volk angreift und seinen Widerstand, der fast die Hälfte des jüdischen Volkes längst erfasst hat, entmündigt, seine Rechte bis zur gegebenen Verfassung zerstört. Und jetzt die deutsche Regierung das israelische Kriegskabinett unwidersprochen befürwortet in seinem Krieg und damit den Rassismus und den Antisemitismus durch staatliches Tun im eigenen Volk und gegen die nationalen Minderheiten schürt. Bis zur staatlichen Gewaltanwendung gegen Andersdenkende. Dass sie den Krieg des Völkermords nur nutzt, die Grundrechte der freien Meinung per staatlicher Gewalt zu liquidieren, hier im eigenen Land. Den Krieg nutzt für neue reaktionäre Gesetze und Organisationsverbote sowie für die Herstellung einer erneuten „Volksgemeinschaft“ als eigene Kriegsaggression. Und damit ihr historisches Verbrechen in die heutige Zeit überführt.“

Kritik der Erklärung des „Arbeiterbund“ von Manfred Englisch, 31. Oktober 2023

Liebe Angela und Genoss*innen vom Arbeiterbund,

Das ist nicht euer Ernst, mit welchem moralischen Schmalz ihr als deutsche Kommunisten die Frage von Krieg und Frieden in Palästina behandelt. Klarheit geht anders!

1. **Ihr ladet die „deutsche Schuld“ für Auschwitz und den Holocaust auf die daran unbeteiligten Palästinenser ab**, die dafür büßen, indem ihnen Land, Selbstbestimmung und Würde von den Zionisten genommen wurde und immer noch wird: „**weil es Israel nur gibt und geben muss**, weil es Auschwitz gab. Weil es Israel so lange geben muss, bis dem deutschen Imperialismus mit schweren Hämmern die Zähne eingeschlagen sind, für immer.“ (aus Erklärung des Ekki des AB, 14.01.2009) Auschwitz war die Begründung für die deutsche Beteiligung am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien.
2. **Ihr macht euch in der internationalen Solidarität einen schlanken Fuß**: „Nicht unseres ist es, über die Regierung Israels zu Gericht zu sitzen oder über die Führung des palästinensischen Volkes.“ (aus Erklärung des Ekki des AB, 14.01.09)
3. **Position der neutralen Äquidistanz gegenüber** „heutigen, erneuten Krieg der zwei nationalistischen und durch und durch reaktionären Regierungen bzw. Führungen“.
4. **Verfälschung der Position der VR China unter Mao Tse-tung zum palästinensischen Befreiungskampf** - Mao Zedong (zu einer Delegation der PLO mit Ahmad Shukeiri, Beijing, März 1965): „Der Imperialismus hat Angst vor China und den Arabern. **Israel und Formosa sind Stützpunkte des Imperialismus in Asien**. Sie sind das vordere Tor des großen Kontinents und wir sind das hintere Tor. Sie haben Israel für Sie und Formosa [Taiwan] für uns geschaffen.“ <https://uwidata.com/31959-chinas-position-on-the-palestinian-israeli-issue/>
5. **Eure Vision** einer den Völkermord endenden gemeinsamen „**Volksdemokratie**“ **der Arbeiterklassen Israels und Palästinas flüchtet** aus der Realität des nationalen Befreiungskrieges in der Form des Volkskrieges **in einen idealistischen Utopismus**.
6. Der **Apartheidstaat Israel** hat keine Verfassung, sondern definiert sich über ein Nationalitätengesetz als „**jüdischer Staat**“.

Auch wenn Stalin und Molotow die Gründung des Staates Israels für das britische Mandatsgebiet von Palästina unterstützt haben, war der Landraub und die terroristische Vertreibung der indigenen Palästinenser ein Verbrechen und ein historisches Unrecht, das bis heute vor allem von imperialistischen Staaten unterstützt und verteidigt wird. So zahlen die USA jährlich 3,8 Mrd. USD für das israelische Militärbudget. **Israel ist der imperialistische Vorposten im Nahen Osten.**

Analytisch seid ihr verwirrt und setzt Judentum und Shoa mit Israel und Zionismus gleich, der auf Herzl und seine Verbindung zum britischen Empire-Kolonialismus zurückgeht (Balfour-Deklaration von 1917). Literaturhinweis: **Domenico Losurdo: „Die zionistische Idee“ als „koloniale“ Idee: Herzl und Rhodes**, <https://www.andreas->

wehr.eu/domenico-losurdo-die-zionistische-idee-als-koloniale-idee-herzl-und-rhodes.html

Das Judentum ist ein Glaubensbekenntnis und weder Rasse noch Nation. Dazu empfehle ich **Karl Marx zur Judenfrage** und **Lenin zur Kritik am Bund** jüdischer Sozialdemokraten im Zarenreich. Diese Klassiker haben eine jüdisch-identitäre Sonderstellung stets verneint. Daraus folgt nicht, dass wir die Bildungselemente im Judentum negieren, die in Kombination mit seiner Diskriminierung zu einer bedeutenden Quelle großer Persönlichkeiten in der bürgerlich-demokratischen und internationalen Arbeiterbewegung führten. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/luxemburg_beitraege/beitraege_5_Juden_in_der_Linken.pdf

Ist Israel der Staat einer Nation? Nach meiner Auffassung ist Israel das **Ergebnis eines kolonialen Siedlerprojekts** von Zionisten, so wie die Burenrepubliken in Südafrika, die französische Besiedlung in Nordafrika oder der Siedlerstaat von Süd-Rhodesien, dem heutigen Zimbabwe. Viele Israelis haben eine zweite Staatsangehörigkeit. Dazu Stalins Kriterien zur Bestimmung einer Nation: „Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart.“ (<https://hatikva.de/wp/wp-content/uploads/2015/05/Stalin-zur-Nation.pdf>)

In 75 Jahren hat sich der zionistische Siedlerstaat in mehreren Kriegen gegen arabische Nachbarn und gegen den palästinensischen Widerstand als Staat bis heute behauptet. Verleiht ihm dies eine faktische Legitimität? Eine Antwort auf diese Frage findet man nicht allein in der isolierten Betrachtung der Region, sondern durch die Einordnung in globale Triebkräfte und Tendenzen. Im gegenwärtigen Krieg um den Gazastreifen offenbaren die internationalen Reaktionen, dass Israel Fleisch vom Fleisch des imperialistischen Westens bzw. globalen Nordens ist, der ihm politisch, wirtschaftlich und militärisch noch stärker als der Ukraine zur Hilfe eilt. Auch beim Body-Count wiegt für die Regierungen der NATO-Staaten ein getöteter Israeli mehr als das 5/6-fache auf palästinensischer Seite. Bei den Völkern der Welt hat Israel allerdings diesen Krieg schon moralisch-politisch verloren, wenn man die weltweiten Demonstrationen für Frieden, Waffenstillstand und sogar für Sanktionen gegen Israel wahrnimmt.

Wie schon die **MLPD, Die Linke** und andere Organisationen der deutschen Linken zieht sich der Arbeiterbund aus der politischen Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand zurück und setzt diesen auf die gleiche Stufe mit den Militäraktionen des zionistischen Militärstaates. Solche Kommunisten verhalten sich dann auch distanziert zu den Soli-Aktionen von Palästinensern in der BRD und scheiden damit aus der Verbindung zur jungen Migrantifa aus, die der Verfolgung durch den deutschen Polizeistaat ausgesetzt ist. Im Grunde seid ihr damit handlungsunfähig, weil ihr keine korrekte Position einnehmt zum nationalen Befreiungskampf in Palästina. Ich kritisiere euch solidarischer als die MLPD, weil jene sich ideell in eine Einheitsfront mit Kanzler Scholz gegen den

palästinensischen Widerstand begibt – Scholz denunziert die Hamas als die „Nazis von heute“ und die MLPD ruft auf: „Keinen Fußbreit für die faschistische Hamas!“

Wer die Erklärungen des palästinensischen Widerstandes verfolgt, kann eine Einheit aus 5 Organisationen feststellen, die sich nicht spalten lassen, sondern den Volkskrieg koordinieren:

Hamas/Islamischer Widerstand

Islamischer Jihad

Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)

Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP)

Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) - Generalkommando

„Wie hältst Du's mit Palästina?“ ist der Prüfstein der heutigen Linken.

Dem könnt ihr nicht opportunistisch ausweichen.

Für eine weltweite antiimperialistische Front!

Rote Grüße

Diskussion

Der Ukraine-Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

Eine Kritik von N.N., 2.8.2023 (Auszüge)

Liebe Genossen,

angesichts des derzeitigen Zustandes der deutschen Linken habe ich lange gehadert, diese Kritik zu versenden. Nicht nur die aggressive Reaktion auf die von Heiner ange-stoßene Diskussion zum Versagen der deutschen Linken 1952/53, sondern auch der Dog-matismus und das Unverständnis einer materialistischen Dialektik auch unter jungen Ge-nossen haben mich doch stark verunsichert. Nichtsdestotrotz scheint es mir doch wichtig, und sei es nur unter uns, einige wesentliche Fragen zu klären. Ich überlasse es explizit euch, inwieweit diese Randbemerkungen meinerseits einem größeren Kreis zugänglich werden oder nicht.

Mit der von euch propagierten Äquidistanz - oder bei euch revolutionärer Defätismus - katapultiert ihr euch, wie auch in der Kritik von A. Reiterer erwähnt, soeben in die politische Bedeutungslosigkeit. Nicht in dem Sinne, dass ihr euch damit in der BRD ins Abseits stellt, nein, diese Position ist mehrheitsfähig, sie liefert allerdings keinerlei Hand-lungsperspektive. Auf fatale Weise ähnelt diese Position der der MLPD oder der KO/ML, was nicht bedeuten soll, dass die Grundlagen, aus denen sich die Position entwickelt, gleich oder ähnlich sei.

Allerdings ergeben sich aus beiden Positionen vergleichbare Handlungsmöglichkei-ten, eben keine. Die diesbezügliche Position der KO/ML bzw. MLPD, die ursprünglich aus der KKE entspringt, rekuriert auf die Leninsche Imperialismusschrift, insbesondere auf die dort aufgeführten fünf Merkmale des Imperialismus und ist meinem Verständnis nach eine dogmatische Position, mit der man sich eben eine konkrete Analyse der kon-kreten Verhältnisse ersparen will. Diese Position stellt fest, dass heutzutage alle kapita-listischen Länder, da sie in das Stadium des Monopolkapitalismus eingetreten sind, als imperialistisch definiert werden müssen. (...)

Der Vorteil einer solchen Position ist sicherlich, dass sie für große Bereiche des linken BRD-Spektrums bis weit in die Bewegungslinke hinein kompatibel ist, ihr Nachteil ist jedoch, dass sie handlungsunfähig macht, wenn man nicht Allgemeinplätze wie: „Es ist notwendig, die Waffen auf die Kriegsregierungen zu richten, um den imperialistischen Krieg zwischen den Völkern in einen Bürgerkrieg zwischen den Klassen zu verwandeln.“ als Handlungsaufforderung versteht. (...)

Kommunisten haben nicht die Aufgabe, die Welt verschiedentlich zu interpretieren, sondern sie zu ändern. Angelehnt an den Thesen zu Feuerbach intendiert dies, dass ein Begreifen der Welt, also eine tiefes Verständnis rein anschauend „theoretisch“ nicht möglich ist. Erst die Praxis, das verändernde Eingreifen bietet die Möglichkeit der Er-kenntnis. Insofern sind auch historische Betrachtungen zu vergangenen

gesellschaftlichen Ereignissen nur zielführend, wenn sie das Verständnis der aktuellen Wirklichkeit vertiefen/erleichtern und Handlungsmöglichkeiten eröffnen. (...)

Dabei sollte allerdings beachtet werden, dass in vielen Regionen ein Krieg gegen die NATO, die dort als Inbegriff einer imperialistischen Organisation erfahren wird, nicht unbedingt ein imperialistischer ist. Zudem sollte vielleicht in diesem Zusammenhang überlegt werden, ob nicht auch die unterschiedlichen Ursprünge der Kapitalismen (vgl. „Asiatische, feudale oder kapitalistische Gesellschaft?“) und eine daraus resultierende andere Gesellschaftlichkeit durch den Begriff des Imperialismus überdeckt werden.

Es ist bei Kriegen auch immer eine nicht unwesentliche Frage, zu welchem Zweck und aus welchen Gründen sie geführt werden, beides kann voneinander abweichen. Eine derartige Analyse wurde bislang durch die unsägliche Imperialismusdebatte erfolgreich vermieden, was richtigerweise von euch an verschiedenen Stellen kritisiert wurde. Euer Ansatz jedoch, auch noch sehr weit von einer Analyse entfernt, bleibt dabei wenn auch in anderer Form ebenso an der Oberfläche.

Ich kann ein Ding oder einen Sachverhalt nicht danach beurteilen, was er sich selbst dünkt. Insofern ist es müßig, den Krieg oder gar die Kriegsgründe danach zu beurteilen, was ein Herr Putin, eine Frau Baerbock oder ein Herr Biden dazu meinen. Wichtig sind die materiellen Bedingungen, die von beiden Seiten aus eine derartige Auseinandersetzung nötig machen. Dies gilt im vorliegenden Fall für alle beteiligten Seiten. (...)

International wird das russische Vorgehen schon allein deshalb nicht nur von Regierungen, sondern häufig von den Bevölkerungsmehrheiten goutiert, weil diese in den letzten Jahrzehnten von der Erfahrung geprägt sind, vom Wertewesten als Büttel behandelt zu werden. Zum ersten Mal scheint jemand den Mut zu haben, dieser ungebetenen Vormundschaft etwas entgegen zu setzen. „Wenn ihr Ärger wollt – ok, dann kommt doch“. Dies ist die Welle, auf der Russland zur Zeit surft. Ob Saudis oder Chinesen, Iraner, Brasilianer uva. – es finden sich immer mehr Nationen die mit Zustimmung ihrer Bevölkerungen eigene Souveränität einfordern. Das dies für das Proletariat dieser Nationen eine Verbesserung der Kampfbedingungen darstellt, muss ich hier denke ich nicht weiter ausführen.

An dieser Stelle vielleicht eine kurze Bemerkung zu dem Schlagwort der sogenannten multipolaren Weltordnung. Fraglos ist dies ein bürgerliches Projekt, welches weder dauerhaften Frieden oder gar eine sozialistische Revolution intendiert. Für viele Nationen steht letzteres aber ebensowenig auf der Tagesordnung wie 1918 in Deutschland. Für weite Teile des internationalen Proletariats steht erst einmal die Erlangung einer nationalen Souveränität auf selbiger. Wenn mir ein indischer Genosse erklärt, dass der Hauptfeind in seiner agrarisch geprägten Heimat das internationale Kapital ist, ist dies eben noch sehr weit entfernt von einem Kampf für die Diktatur des Proletariats. An sich hätte jedem dialektisch denkendem Kommunisten seit den zwanziger Jahren klar sein müssen das zwischen den kapitalistischen Hauptmächten GB, USA, Frankreich zu denen sich seit 1945 Deutschland und Japan hinzu gesellt haben und dem im Verhältnis ohnmächtigen oder unterworfenen abhängigem Rest der Welt ein Widerspruch besteht. Dieser Widerspruch hat verschiedene Verlaufsformen erfahren, an denen die SU nicht ganz unbeteteiligt war, aber spätestens seit der Jahrtausendwende ist klar, dass er zu einer

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

gewaltsamen Lösung drängt. Speziell die Situation nach dem Zusammenbruch der SU musste notwendig ihren dialektischen Widerspruch zum US-Imperium erzeugen. Dass die deutsche Linke, anders als ihr bürgerlicher Gegenpart, diese Frage weitgehend ignoriert hat, oder sie mit Revolutionsromantik versucht hat zu beantworten, fällt ihr soeben auf die Füße. (...)

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt, der in eurer Argumentation unklar bleibt. Ihr geht, soweit ich euch verstehe, davon aus, die BRD hätte im NormandiefORMAT als ehrlicher Vermittler agiert, da eine friedliche Zusammenarbeit mit Russland und die damit garantierten Konkurrenzvorteile zu erhalten seien. Erst durch amerikanisches Hintertreiben hätte sie ihre Position um 180 Grad gedreht. Dies erscheint mir angesichts der derzeitigen Machtkonstellation ökonomisch als auch gesellschaftlich und militärisch eine gewagte These. (...)

Wahrscheinlicher erscheint mir, dass die zunehmende Stärke Russlands und seine Hinwendung nach Osten sowie in den arabischen Raum der Grund für die Änderung der deutschen Außenpolitik war. Ich möchte hier mal die These aufstellen, daß das Bürgertum in der Ukrainefrage gespalten ist. Dies betrifft die BRD-Bourgeoisie, findet aber auch international innerhalb des Wertewestens seine Entsprechung. International lassen sich die Linien als Konfrontationslinie vs. Erhaltung bzw. Ausbau des Status Quo beschreiben. Die in der BRD oft benannten Atlantiker stützen sich auf eine Fraktion des US-Kapitals, die z.Z. durch Biden repräsentiert wird, nicht etwa auf die Trumpfraktion, aber auch nicht auf die Fraktion, als deren Sprecher sich im Moment R.F. Kennedy hervortut. Die Konfrontationslinie, denen in der BRD vor allem die Grünen und die FDP zuzurechnen sind (der deutsche Liberalismus), sehen in der internationalen Entwicklung, die seit der Jahrtausendwende eingesetzt hat; Aufstieg verschiedener Schwellenländer des pazifischen und arabischen Raums, eine Bedrohung, die keine Verhandlungsoptionen bietet, sondern eine Politik der Stärke erfordert. Es ist das gesamte Geschäftsmodell des Wertewestens und nicht nur der USA, welches hier zur Disposition steht. Gleichzeitig sehen sie sich in der Position, diese Stärke auch exekutieren zu können. (...)

Die Fraktion der Zusammenarbeit mit Russland hat insbesondere durch die Hinwendung Russlands nach Osten und Süden und die damit einhergehende politische und ökonomische Stärkung eine Gefahr erkannt, der dringend begegnet werden muss. Diese Gefahr war für alle Fraktionen virulent, da mit einer Stärkung Russlands eben auch die billige Energie von dort sich sukzessive verteuern würde. Der Minskprozess wurde demnach nicht nur von einer Fraktion der US Bourgeoisie bekämpft und unterlaufen, sondern ebenso durch eine maßgebliche Fraktion des BRD und des europäischen Bürgertums.

Der Konsens mit Russland wurde nicht wegen der Ukraine aufgekündigt, sondern der Dissens an der Ukrainefrage endgültig und öffentlich exekutiert. Es ist keine Frage, dass diese Politik der Stärke sich nicht nur gegen Russland, sondern gegen die gesamte BRICS richtet, was diesen offensichtlich auch klar ist. An Russland soll ein Exempel exekutiert werden. Etwas, was in der BRD vor allem die Außenministerin zum Ausdruck bringt.

Russland ist insofern ein wichtiger Baustein, als dass es die einzige Nation auf diesem Globus ist, die über die Potenz verfügt, die USA militärisch zu bedrohen. Weder die BRD mit ihrer lächerlichen Flotte noch Frankreich mit seiner farce de flop stellen sind in der

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

Lage, das US-Imperium zu bedrohen. China könnte vielleicht in zehn Jahren soweit sein, aber genau das gilt es für den Wertewesten eben zu verhindern.

Insofern ist herauszuarbeiten das dieser Krieg verschiedene Fronten bzw. Stoßrichtungen hat. In der BRD-Linken wird er oftmals als das Vorspiel einer US Aggression gegen China gesehen, was sich aber mehr und mehr als Fehleinschätzung herausstellt. Sicherlich ist dieser Krieg von US-Seite eine Drohung gegenüber China, spielt diesen aber in die Hände, da er die potentielle Fähigkeit der USA zur Kriegsführung mehr und mehr erschöpft. Sie liefern schon geächtete Streugranaten weil andere Munition nicht mehr verfügbar ist. Die Fraktion um Biden will keinen Krieg gegen China. Sie will mit diesem Krieg eine Drohkulisse aufbauen vor allem gegen die schwächeren Teilnehmer der BRICS.

Der Hauptgegner in dieser Auseinandersetzung ist die BRICS. Ebendies ist auch das verbindende Element, das den Wertewesten zu einer Kriegspartei formiert. Dass dieser Krieg sich in den USA nur durchsetzen ließ, wenn für das US-Kapital auch kurzfristig etwas dabei herauspringt, was in diesem Fall leider auf Kosten der Europäer ging, wird hierzulande oftmals weder wahrgenommen noch verstanden.

Mir ist klar, dass eine detaillierte Analyse dieses Sachverhaltes eine sehr komplexe Aufgabe ist, die von einer einzelnen Person oder auch von zweien kaum zu leisten ist. Eben deshalb könnte die AzD zum Zentrum dieser Arbeit werden, da zumindest die ehem. Strukturen einen erweiterten Diskutantenkreis und eine notwendige Arbeitsteilung ermöglichen.

mit solidarischen Grüßen

Genosse N.N.

Antwort von A. Schröder

Werter Genosse N.N.

anbei einige Anmerkungen zu Deinen Ausführungen, in denen Du sowohl die Weltlage kommentierst als auch versuchst, zu den aktuellen Aufgaben der Kommunisten Stellung zu nehmen.

1. Die heutigen Aufgaben der Kommunisten in Deutschland

Du schreibst: *„Mit der von euch propagierten Äquidistanz, oder bei euch revolutionären Defätismus, katapultiert ihr euch ... in die politische Bedeutungslosigkeit. Nicht in dem Sinne, dass ihr euch damit in der BRD ins Abseits stellt, nein diese Position ist mehrheitsfähig, sie liefert allerdings keinerlei Handlungsperspektive. Auf fatale Weise ähnelt diese Position der der MLPD oder der KO/ML, was nicht bedeuten soll, dass die Grundlagen aus denen sich die Position entwickelt, gleich oder ähnlich sei. Allerdings ergeben sich aus beiden Positionen vergleichbare Handlungsmöglichkeiten, eben keine.“*

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

Mit unserer Position des „revolutionären Defätismus“ würden wir uns – wie Du formulierst - „in die politische Bedeutungslosigkeit (katapultieren)“. Dies ist eine Feststellung, mit der Du uns wenig schrecken kannst, denn in der „politischen Bedeutungslosigkeit“ befinden wir uns und alle anderen sich kommunistisch oder radikal links verstehenden Organisationen seit langem und zwar ganz ohne Katapult. Dies zu leugnen wäre wirklichkeitsfremd, obwohl die revolutionären Linken diese Tatsache weitgehend ignorieren. In engen und teils bereits obskuren Nischen, an den Randzonen tatsächlicher gesellschaftlicher Bewegungen, da agiert die verbliebene revolutionäre Linke, versucht Einfluss zu gewinnen, macht sich aber mit ihren Parolen fortwährend unglaubwürdiger und überflüssiger, ohne trotz aller Aktivitäten an tatsächlicher politischer Bedeutung zu gewinnen. Diese Entwicklung ist das Ergebnis ihrer gänzlich verfehlten Politik, die in einer ebenso untauglichen Interpretation der revolutionären Theorie wurzelt.

Der Kommunismus ist in Deutschland (und nicht nur in Deutschland) **keine politische Kraft** mehr, sondern eine **ideologische Strömung** auf sehr unsicherem theoretischem und politischem Fundament. Diese Strömung ist – ich betone es nochmals – heute **politisch bedeutungslos**. Nur sind die Kommunisten und radikalen Linken, genauso wenig bereit, dies offen einzugestehen, wie Du, Genosse N.N.

Die Anerkennung der Tatsache der politischen Bedeutungslosigkeit ist allerdings die erste Voraussetzung, um zu einer korrekten Aufgabenbestimmung der Kommunisten zu gelangen, konkret: das benannte „unsichere theoretische und politische Fundament“ zu beseitigen und es durch tragfähige Inhalte zu ersetzen, die auf dem Boden der revolutionären marxistischen Theorie und Methode zu erarbeiten sind.

Gerade daran arbeiten wir mit unzureichenden Kräften - da die Mehrzahl der Kommunisten und revolutionären Linken politische Handlungsmöglichkeiten suchen, anstatt die heute nicht vorhandenen Voraussetzungen solcher Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft zu schaffen, nämlich theoretische Klarheit über das Scheitern des Kommunismus im letzten Jahrhundert zu gewinnen. Wie weit wir damit gekommen sind, kann man unseren Publikationen entnehmen.¹

Der Versuch, ohne diese gesicherten theoretischen und politischen Positionen massenwirksame Politik in gesellschaftlichen Bewegungen zu betreiben, führt unweigerlich zur Übernahme bürgerlicher und kleinbürgerlicher Positionen (MLPD) und/oder zum Bruch innerhalb der eigenen Organisation (siehe Linkspartei, DKP, KO).

2. Unbegründete Behauptungen

Du stellst in obigem Zitat die Behauptung auf, dass unsere Position des revolutionären Defätismus in Deutschland „mehrheitsfähig“ sei. Einen Beleg für diese gewagte These lieferst Du nicht. Mehrheitsfähig war bisher die Unterstützung der Nato-Kriegspolitik in der Ukraine. Laut aktuellen Umfragen gäbe es – was ich nicht so recht glaube - noch immer eine knappe Mehrheit für diese Position. Diese „Mehrheit“ verflüchtigt sich gerade auf Grund der enormen ökonomischen Belastungen, die diese Kriegspolitik der

¹ Siehe dazu: Die Auseinandersetzung mit der Monopoltheorie; die Arbeiten zur deutschen Geschichte und zur Geschichte der Arbeiterbewegung; die Aufarbeitung des Scheiterns der DDR und des Wesens des russischen Oktoberumsturzes.

deutschen Bevölkerung abverlangt und der mit immer längerer Kriegsdauer wachsenden Skepsis an der NATO-Politik in Osteuropa und der Ukraine. An die Stelle der offenen Kriegsunterstützung der vergangenen Monate tritt bei wachsenden Teilen der Bevölkerung die kleinbürgerlich-pazifistische Forderung nach Waffenstillstand und baldigem Frieden, zumeist ohne nähere inhaltliche Füllung, wie dieser Frieden aussehen soll.

Was haben diese gerade beschrieben „Mehrheitsmeinungen“ mit unseren Positionen nach einem „Frieden auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen“, sowie unserer Forderungen nach einem deutschen Austritt aus der Nato, sowie „NATO raus aus Deutschland“ zu tun? Nicht einmal Du – geschweige denn ein nennenswerter Teil der deutschen Bevölkerung - teilt diese Position. Und erst recht nicht die von Dir angeführte MLPD.

„*Auf fatale Weise ähnelt diese Position*“ - gemeint sind die Auffassungen von Heiner Karuscheit und mir zum Ukraine-Krieg - denen „*der MLPD*“, schreibst Du. Besagte Partei hat ihre Positionen in einer Broschüre des ZK ausführlich formuliert. Siehe: <https://www.mlpd.de/broschueren/der-ukrainekrieg-und-die-offene-krise-des-imperialistischen-weltsystems> Wo findest Du dort auch nur einen Hauch von Ähnlichkeit zu unseren Positionen? Dieselbe Übernahme von NATO-Positionen, die ich bereits im vergangenen Jahr kritisiert hatte, siehe Der Ukraine Krieg: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und seine Kritiker – Kommunistische Debatte (kommunistische-debatte.de).² Ebenso finden wir bei der MLPD die unsinnige Forderung nach „Auflösung der NATO“ (eine alte Gysi-Forderung, um ehemals die Aufnahme der Forderung nach einem deutschen Austritt aus der NATO in der Programmatik der Linkspartei zu verhindern).

Die Forderung nach der Auflösung der NATO ist deshalb in der Linken so beliebt, da sie weder in der Politik noch bei den politischen Akteuren einen konkreten Adressaten hat, sie benennt keinen Staat oder sonstige Zielgruppen, die diese NATO auflösen sollten oder können. Sie zielt damit ins Leere. Durch ihre Abstraktheit versucht sie, die **konkrete** Forderung eines **deutschen Austritts** aus der NATO und des **Abzugs der NATO aus Deutschland**, eine Forderung die direkt an die deutsche Bourgeoisie gerichtet ist, zu umgehen. Sie ist ihrem Wesen nach eine kleinbürgerlich-reformistische Losung, die die deutsche Bourgeoisie „aus der Schusslinie nimmt“ und in der politischen Praxis dem Erhalt der NATO dient.

Dieser Einschub zur MLPD hat nicht die Absicht, deren Programmatik gründlich zu kritisieren, sondern die in jeder Hinsicht unbelegte Behauptung, dass unsere politischen Positionen auch nur Ähnlichkeiten mit diesen kleinbürgerlichen und undurchdachten

² „Ein Beispiel für letzteres ist die Initiative für eine „neue Friedensbewegung“, hinter der die MLPD als treibende Kraft steht. Sie fordert: „Sofortiger Waffenstillstand und Rückzug aller russischen Truppen“. Dies ist – eigentlich für jeden erkennbar – eine Nato-Forderung. Obwohl man davon ausgeht, dass Rivalitäten imperialer Mächte dem Krieg zugrunde liegen, stellt man Friedensforderungen auf, die einzig einer Seite der kriegführenden Mächte nützen. Und pikanterweise handelt es sich bei dieser Seite um das von der NATO und der deutschen Bourgeoisie unterstützte Lager der ukrainischen Oligarchen. Indem man die Forderung nach einem Waffenstillstand mit der Forderung nach einem Rückzug aller russischen Truppen koppelt, diesen Rückzug sozusagen als Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen definiert, redet man einem Sieg der von der NATO unterstützten Oligarchen-Herrschaft in der Ukraine das Wort.“

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

Parolen aufweisen, zu widerlegen. Man gewinnt den Eindruck, dass Du versuchst, unsere politischen Positionen im Geiste des „linken Mainstreams“ zu interpretieren.

USA - China

Ein weiteres Beispiel für eine unbegründete Behauptung ist Deine Position zum US-China Konflikt. Du kritisierst die Linke und schreibst: „*In der BRD-Linken wird er“ (gemeint ist der Ukraine-Krieg) „oftmals als das Vorspiel einer US-Aggression gegen China gesehen was sich aber mehr und mehr als Fehleinschätzung herausstellt. ... Die Fraktion um Biden will keinen Krieg gegen China. Sie will mit diesem Krieg eine Drohkulisse aufbauen vor allem gegen die schwächeren Teilnehmer der BRICS.“* Wo Genosse, sind dafür die Belege? In Deinem Text sind sie nicht zu finden.

In der letzten Nummer der AzD (Nr. 96) wurde ein Artikel des Genossen Werning veröffentlicht, der sich mit der an Fahrt aufnehmenden Einkreisungspolitik der USA gegen China beschäftigt. Dort wird die Bündnis- und Militärpolitik der USA im pazifischen Raum zur Isolierung Chinas konkret dargestellt und durch Fakten dokumentiert. Diese Außenpolitik und die sie begleitende militärische Aufrüstung der USA muss nicht zwangsläufig zu einem Krieg mit China führen - das ist immer eine politische Entscheidung, die eine Übereinstimmung bestimmter politischer Interessen, gesellschaftlicher Stimmungen und konkrete Anlässe voraussetzt – aber die gesamte Richtung der US-Politik geht nicht in Richtung auf Deeskalation in diesem Raum, sondern heizt die bestehenden Konflikte an.

Könnte es nicht vielmehr sein, dass die USA im Pazifik die Absicht haben, das Modell des Ukraine-Krieges zu kopieren? Diesmal sind es nicht die Russen in der Ostukraine, sondern die Chinesen in Taiwan – jeweils ungelöste nationale Fragen – die einen Kriegsgrund liefern sollen. Und, nehmen wir das Modell des Ukraine-Krieges, dann soll dieser Krieg wiederum hauptseitig von den Verbündeten der USA geführt werden. Allen voran Taiwan, auf dessen Territorium er stattfinden wird; Unterstützung wird erwartet und gefordert werden von Südkorea, Japan, Philippinen, Australien, Neuseeland, Großbritannien, eventuell auch noch Vietnam und Indien etc.– und wenn politisch durchsetzbar, noch durch die NATO.

Ich habe nicht die Absicht, hier Prognosen zur künftigen China-Politik der USA abzugeben, da ich hierfür zu wenige Kenntnisse habe. Ich habe nur Deiner unbelegten Behauptung ein völlig anderes Modell gegenübergestellt, für das man in der politischen Realität (und in der letzten AzD) eine Reihe von Hinweisen finden kann.

Die deutsche Bourgeoisie

„*Ich möchte hier mal die These aufstellen, dass das Bürgertum in der Ukrainefrage gespalten ist*“, so Deine „These“. Begründet wird sie einige Zeilen später mit folgenden Ausführungen:

„*Die Fraktion der Zusammenarbeit mit Russland hat insbesondere durch die Hinwendung Russlands nach Osten und Süden und die damit einhergehende politische und ökonomische Stärkung eine Gefahr erkannt, der dringend begegnet werden muss. Diese Gefahr war für alle Fraktionen virulent, da mit einer Stärkung Russlands eben auch die billige Energie von dort sich sukzessive verteuern würde. Der Minsk-Prozess wurde*

demnach nicht nur von einer Fraktion der US-Bourgeoisie bekämpft und unterlaufen, sondern ebenso durch eine maßgebliche Fraktion der BRD und des europäischen Bürgertums. Der Konsens mit Russland wurde nicht wegen der Ukraine aufgekündigt, sondern der Dissens an der Ukrainefrage endgültig und öffentlich exekutiert.“

Hier übernimmst Du die **neuere, nach dem russischen Einmarsch** vorgebrachte Interpretation des Minsk-Prozesses durch die russische Regierung. Zuvor hatte Russland den Minsk-Prozess zusammen mit Deutschland und Frankreich betrieben, im sog. Normandie-Format (ohne die USA). Der Kurswechsel der russischen Politik wird seit 2022 mit dem Verrat von Deutschland und Frankreich an den eigentlichen Zielen des Abkommens begründet. Dazu hat Heiner Karuscheit in der letzten AzD (Nr. 96, S. 35 ff.) eine etwas detailliertere Variante und inhaltlich diametreal entgegengesetzte Position entwickelt und belegt. Warum gehst Du auf diese Darstellung gar nicht ein? Warum entwickelst Du stattdessen die **völlig unbelegte Theorie** von der durch Russland angestrebten **Verteuerung der Gaslieferungen**? (Selbst wenn von dieser Behauptung etwas belegbar wäre, ist es unzweifelhaft, dass auch nach einer Preiserhöhung russisches Gas immer noch deutlich billiger wäre, als NATO-Gas aus LNG-Tankern.)

Weiterhin auffällig ist, dass Deine Ausgangsthese (Spaltung der Bourgeoisie) durch Deine eigene Beweisführung **nicht** gestützt wird. „*Wahrscheinlicher erscheint mir, dass die zunehmende Stärke Russlands und seine Hinwendung nach Osten sowie in den arabischen Raum der Grund für die Änderung der deutschen Außenpolitik war.*“ Diese Änderung der deutschen Außenpolitik hat nach Deiner Argumentation bereits vor dem Minsk-Prozess - also vor 2014 - eingesetzt und wurde durch den russischen Einmarsch 2022 nur „exekutiert“, wie Du formulierst. Wenn Deine Theorie zutrifft, dann gab es spätestens seit 2014 keinen pro-russischen Flügel der deutschen Bourgeoisie mehr.

War also die bis 2022 fortgesetzte Politik der „Sicherheit **mit** Russland“ - die von Washington fortwährend attackiert wurde - nur heiße Luft? War die trotz US-Sanktionen fertiggestellte Pipeline Northstream 2 ein Täuschungsmanöver für die Weltöffentlichkeit? Waren die lautstarken Attacken der Atlantiker auf Ex-Kanzlerin Merkel nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine mit dem Vorwurf, sie habe jahrelang eine verfehlte Russlandpolitik betrieben, nur Schmierentheater, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen? Glaubst du also ernsthaft, die deutsche Bourgeoisie bzw. ihre Mehrheitsfraktion hat bereits jahrelang eine antirussische Politik betrieben, wie die USA das wünschten, und das Ganze nur so geschickt verschleiert, dass niemand es gemerkt hat – bis natürlich auf die antiimperialistischen Linken der KO etc.?

Heute ist der nicht-atlantische Teil der deutschen Bourgeoisie in der politischen Landschaft kaum auszumachen. Dies aber nicht, weil Deine oben skizzierte Theorie zutreffend ist, sondern weil im gegebenen Moment die deutsche Bourgeoisie, von ihrer ganzen bisherigen Politik geprägt, gar keine andere Handlungsoption hat, als den amerikanischen Vorgaben zu folgen.

Im Gegensatz zu Deinen kühnen Thesen haben wir wiederholt die deutsche Außenpolitik in ihrer Entwicklung in den letzten Jahren und das entstandene Dilemma der deutschen Bourgeoisie dargestellt, zuletzt wiederum Karuscheit in der AzD 96. Dass die deutsche Bourgeoisie, oder zumindest Teile dieser Klasse, dieses Dilemma gerne beenden

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

möchten, ist unbenommen. Am deutlichsten äußerte sich bisher in diese Richtung der SPD-Fraktionsvorsitzende R. Mützenich. Nur, solange die USA diesen Krieg im Osten Europas am „Kochen“ halten, ist der eigenständige Handlungsspielraum sehr begrenzt.

Wenn der Kanzler von einer „Zeitenwende“ in der deutschen Politik spricht und sein Vizekanzler in Washington die deutsche Außenpolitik mit den Worten von einer „dienenden Führungsrolle“³ umschreibt, dann macht dies deutlich, dass den Herrschenden ihr Dilemma bewusst ist. Im Gegensatz zu den wenigen noch verbliebenen Kommunisten und radikalen Linken, die immer noch – jenseits aller auf sie einprasselnden Tatsachen – an dem ewigen, immer gleich aggressiven deutschen Imperialismus, dem Demiurgen des Krieges und der Aggression an sich festhalten und sich damit lächerlich machen. (Gerade wurde das noch in Vilnius erneuerte Versprechen der BRD-Regierung von 2 Prozent Rüstungsausgaben stillschweigend aus dem Haushaltsgesetz gestrichen und damit die langjährige Tradition von Zusagen an die NATO und ihrer konsequenten Nichtbeachtung im Haushalt fortgesetzt.)

Schluss der Anmerkungen

An sich wollte ich noch auf die Fragestellungen „Nationale Frage“ und „imperialistischer Krieg“, sowie auf die propagierte „multipolare Weltordnung“ eingehen. Die ersten beiden Themen würden meine „Anmerkungen“ zu Deinem Text sprengen, und zum letzten Thema (multipolare Weltordnung), hat die AzD-Redaktion in einem ihrer letzten Rundbriefe einen informativen Artikel aus „Multipolar“ verlinkt. Meine eigene Position findest Du in einer Fußnote der letzten AzD.⁴

Heute würde ich dem Zitat (siehe Fußnote) noch den Gedanken hinzufügen, dass die ehemalige Parole des deutschen Außenministers von 2014 sich inzwischen in eine Parole zur Legitimierung der Unterstützung der russischen Kriegsziele in der Ukraine gewandelt hat. Der Kampf für die „multipolare Weltordnung“ soll den imperialen Kriegszielen Russlands einen fortschrittlichen und antiimperialistischen Anstrich verpassen.

Statt der neuen „multipolaren Weltordnung“ gilt es, auf dem Boden der **alten Forderung der Friedensbewegung** zu verbleiben:

Deutschland raus aus der NATO und NATO raus aus Deutschland!

Sie ist für den aktuellen Konflikt zu ergänzen mit den Forderungen:

Friedensvertrag auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen!

Keine Unterstützung für den NATO-Krieg in der Ukraine!

Keine Sanktionen gegen Russland!

³ AzD Nr. 96, S. 57

⁴ AzD Nr. 96, S. 9: „Worin der Vorteil für die Bevölkerung der betroffenen Länder bestehen soll, wenn mehrere Mächteblöcke oder Großstaaten sich um Einflussphären balgen, lassen die Propagandisten der multipolaren Weltordnung im Dunklen. Außerdem war diese Konzeption – siehe Steinmeier-Zitat weiter oben – Grundlage der inzwischen gescheiterten deutschen Außenpolitik, bevor die Amerikaner und Russen in der Ukraine „ernst machten“. Kann die ehemalige außenpolitische Orientierung des für die Linke zeitlosen und immer gleich räuberischen „deutschen Imperialismus“ heute eine erstrebenswerte Zielsetzung für den Rest der Welt sein?“

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

Wenn Du, Genosse N.N., einen Beitrag dazu leisten würdest, diese Parolen bei Kommunisten und linken Revolutionären mehrheitsfähig zu machen, dann hätten diese Kräfte, zumindest in der Friedensbewegung – die, je länger der Krieg dauert, immer mehr Zulauf gewinnen wird – eine Chance, politisch handlungsfähig zu werden, was Dir ja am Herzen liegt.

Wo Dir weniger Erfolg beschieden sein wird, ist der Versuch, unsere theoretischen und politischen Positionen mit denen der kleinbürgerlich-pazifistischen Linken kompatibel zu machen, obwohl sich bei mir der Eindruck herausgebildet hat, dass dies Dein eigentliches Anliegen war.

Alfred Schröder, August 2023

Manfred Englisch

Antimperialistischer Internationalismus heute – Hauptwiderspruch zwischen BRICS plus und G7/NATO/EU

Ich hoffe, der Genosse N.N. möge sich durch die zurechtweisende Antikritik des Genossen Schröder nicht allzu abgeschreckt fühlen und weiterhin mutig an der Debatte teilnehmen. Du teilst aber auch kräftig aus in Sachen „Bedeutungslosigkeit“ von Standpunkten, somit wirst du auch einzustecken wissen.

Leider finde ich dann in den Texten wenig Zukunftsweisendes für die Aufgaben der Kommunisten von heute, wobei ich es ermüdend finde, stets die Fraktionierung nomineller Linker und Kommunisten wiederzukäuen, die sich kleinbürgerlich in den „Randzonen gesellschaftlicher Bewegung“ verlieren. Auch wenn das so ist, verdient jede sozialistische oder kommunistische Kleinorganisation eine argumentativ faire Kritik statt plakativer Zuschreibungen. Wie sonst kommen wir zu positiven Aktionseinheiten?

In diesen Tagen erleben wir eine große Zunahme globaler Kooperation jenseits der imperialistischen Gruppierung von G7, NATO, USA, EU mit ihren Institutionen IWF, Weltbank, WTO, EZB, SWIFT, Börsenkontrolle und dem praktizierten Sanktionsregime. Gemeint ist die BRICS-Gruppe mit der Nominierung neuer starker Mitgliedsstaaten. Immerhin vereinigen die **BRICS plus** (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika + Ägypten, Argentinien, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate) zukünftig fast die Hälfte der Weltbevölkerung und eine ständig steigende Wirtschaftsleistung mit einer eigenen internationalen **Neuen Entwicklungsbank**, geführt von der brasilianischen Ex-Präsidentin Dilma Rousseff. Daraus ergeben sich Optionen für alternative Währungen, Kredite und Finanztransfers, die bisher von Dollar, Euro, Pfund, YEN und Franken dominiert werden. Ich will das nicht weiter ausführen, sondern diskutieren, ob und welche fortschrittlichen Momente diese Tendenzen herausbringen können.

Frieden und Freiheit auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts kann es für Völker und Nationen nur geben, wenn kleinere Staaten sich von der Ausplünderung durch die

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

imperialistischen Mächte emanzipieren und jegliche Hegemonie bekämpfen. „Als der US-amerikanische Außenminister Antony Blinken Südafrika besuchte, brach es aus der südafrikanischen Außenministerin Naledi Pandor heraus: "I'm sick and tired of being bullied by Western politicians!" Kurz gesagt, sie habe die Nase voll davon, von westlichen Politikern bevormundet zu werden.“ (ARD-Tagesschau) Die Sanktionspolitik des Westens trifft die BRICS, die damit zur Verurteilung Russlands gezwungen werden sollen. Vor diesem Hintergrund ist die Solidarität mit Russland im globalen Süden größer als der NATO-Westen wahrhaben will.

Gegen das nationale Selbstbestimmungsrecht und auch die Tendenz zur Multipolaren Weltordnung wird in linken Kreisen gern eingewandt, dass es sich doch nur um bürgerlich-kapitalistische Emanzipationsbewegungen handele und die Arbeiterbewegung davon nicht mehr Handlungsfreiheit in autoritär regierten Staaten, wie Ägypten, Saudi-Arabien und Iran, gewinnen könne. Dabei wird allerdings vergessen, wie isolierte Revolutionen in einzelnen Ländern an der Modernisierung ihrer Wirtschaft bisher gescheitert sind oder immer noch dahinkümmern – vgl. die Sowjetunion, den ehemaligen Ostblock, Nordkorea, Kuba, Chile, Venezuela, Nicaragua, Zimbabwe, Eritrea. Der Sozialismus kann nicht in einem isolierten und vom Imperialismus ökonomisch-militärisch eingekesselten Land siegen – das ist eine Lehre, die Kommunisten aus dem Scheitern ziehen müssen. Daher gehen China und Vietnam einen anderen Weg, nämlich den einer gemischten Wirtschaft mit Direktinvestitionen aus der kapitalistischen Hemisphäre.

Wir wissen auch, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Instrument seiner Anteilseigner aus der imperialistischen Staatengemeinschaft ist, um schwächelnde Volkswirtschaften mit Notkrediten zu umfangreichen Austeritäts- und Privatisierungsmaßnahmen zu zwingen. So erging es Argentinien mit einem 57-Mrd.-Dollarkredit des IWF seit 2018. Staatsbankrott, Inflation und Massenverarmung sind dabei nur Nebenwirkungen der brutal neoliberalen Politik.

In der Sahelzone Afrikas stehen wir vor einem Befreiungskrieg gegen Neokolonialismus und Terrorismus. Interventionen der ehemaligen Kolonialmächte, vor allem Frankreichs, protegierten in der Vergangenheit korrupte politische Eliten, die Rohstoffe, wie Gold und Uran, an die Industriestaaten zum Spottpreis verschleuderten. Die fortschreitende Dürre und ein schnelles Bevölkerungswachstum machen die Staaten dieser Region zu den ärmsten der Welt. Vor diesem Hintergrund wächst der Terrorismus, der ein Komplementäreffekt der neokolonialen Ausplünderung ist. An Frankreichs Seite sind die BRD und die USA in der Region aktiv; so unterhalten die USA im Niger den größten Drohnenstützpunkt Afrikas, um extralegale Tötungen durchzuführen.

Ich sehe daher einen Aufgabenschwerpunkt der Kommunisten in der antiimperialistischen Solidarität mit den unterdrückten Ländern der Welt, die sich von imperialistischer Hegemonie und neokolonialer Ausplünderung befreien wollen, gerade auch mit Hilfe durch die BRICS. Da schließt sich nun der Kreis auch bezogen auf die Ukraine, man könnte aber auch Nigeria heranziehen, wo in Abuja wie in Kiew eine korrupte Kompradorenbourgeoisie als Marionetten der Imperialisten regiert. Über die inneren Verhältnisse all dieser Staaten entscheidet der Klassenkampf.

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

Wer nur zurückschaut und ausschließlich die Niederlagen der europäischen Arbeiterbewegung untersucht, macht m. E. den Fehler, seine Erarbeitung neuer programmatischer Grundlagen allzu sehr zu beschränken auf Europa und die weißen Veteranen des 19. und 20. Jahrhundert. Schaut euch bitte die Youtube-Doku von der Jubiläumsfeier der südafrikanischen EFF mit Julius Malema als Hauptsprecher an: <https://www.youtube.com/watch?v=dBFBPmpCQZI> (**Uhuru** (Swahili) = Nationale Unabhängigkeit & Freiheit!)

Dort wo die arbeitenden Klassen keinen Bewegungsspielraum haben, um ihre Interessen geltend zu machen, ergreifen manchmal fortschrittliche Offiziere der nationalen Streitkräfte die Macht, so wie jetzt in Mali, Burkina-Faso und Niger. Wir Kommunisten unterstützen die Bildung antiimperialistischer Volksdemokratien.

Nachbemerkung:

Ich schätze die kluge wissenschaftliche Arbeit der Genossen Karuscheit und Schröder, die sich auch akribisch mit bürgerlichen Wissenschaftlern auseinandersetzen. Allerdings noch mehr wünsche ich mir leidenschaftliche Beiträge zu einer lebendigen Debatte, die nicht immer mit Fußnoten als Belegen gespickt sein müssen, aber Theorie und Praxis verbinden.

Aktuell wünsche ich mir eine intensive Beschäftigung mit dem flottierenden Finanzkapital und dem „fiktiven Kapital“ nach Marx. (Aus: jw Ausgabe vom 12.08.2023, Seite 5 / Inland: Blackrock, Vanguard und Co. **Im Griff der Geldsammler**. Dominanz und Marktverzerrung: Macht von US-Megafonds auf deutsche Konzerne bereitet selbst Kapitallobby zunehmend Sorgen. Von Klaus Fischer (<https://www.jungewelt.de/artikel/456719.blackrock-vanguard-und-co-im-griff-der-geldsammler.html>))

Rote Grüße

Manfred Englisch

Antwort von A. Schröder

Werter Genosse Englisch,

zu Deinen Ausführungen möchte ich ebenfalls einige Anmerkungen machen wie schon bei dem Genossen N.N., da m.E. Eure Positionen gewisse Gemeinsamkeiten aufweisen. Vorweg eine Bemerkung, um etwaige Missverständnisse zu vermeiden: Was Dir als „zurechtweisend“ in meinem Text zum Genossen N.N. erscheint, war der Tatsache geschuldet, mit der ich politische Positionen zurückgewiesen habe, die uns eine gewisse Nähe zu anderen Strömungen in der Linken empfahlen. Stattdessen habe ich unsere **Differenzen** mit den Anschauungen der Linken – wie ich hoffe deutlich - herausgearbeitet.

Ideologische Strömung oder politische Bewegung?

Du schreibst zu meinen Anmerkungen: „Du teilst aber auch kräftig aus in Sachen ‚Bedeutungslosigkeit‘ von Standpunkten ... Leider finde ich dann in den Texten wenig

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

Zukunftsweisendes für die Aufgaben der Kommunisten von heute ... Wie sonst kommen wir zu positiven Aktionseinheiten?“

Leider gehst Du in Deiner Kritik nicht auf den Grundgedanken meiner Argumentation ein. Mein Ausgangspunkt war nicht, die „Bedeutungslosigkeit von **Standpunkten**“ der revolutionären Linken herauszuarbeiten - obwohl dies eine unbestreitbare Tatsache ist, sondern die **gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit** der Linken und Kommunisten **als politische Kraft** festzustellen. Dies sind sie schon seit einiger Zeit nicht mehr, sondern existieren als ideologische Strömung am Rande gesellschaftlicher Bewegungen. Konkret formuliert mit meiner Aussage: „Der Kommunismus ist in Deutschland (und nicht nur in Deutschland) **keine politische Kraft** mehr, sondern eine **ideologische Strömung** auf sehr unsicherem theoretischem und politischem Fundament. Diese Strömung ist – ich betone es nochmals - heute politisch bedeutungslos.“ Das war der Ausgangspunkt meiner Kritik an den Positionen des Genossen N.N.

Wie ist dies zu ändern?

Warum ist dies so und wie können wir es ändern? Woher rührt die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit der revolutionären Linken? Diese Frage ist eigentlich ganz einfach zu beantworten. Sie hat ihre alten theoretischen und politischen Gewissheiten mit dem Untergang der Sowjetunion verloren und es bis heute nicht vermocht, eine wissenschaftlich begründete Erklärung für das Scheitern der kommunistischen Bewegung in West- wie Osteuropa zu erarbeiten. Wer soll die politischen Positionen der Kommunisten zu den aktuellen Ereignissen ernst nehmen, ihnen irgendeine Bedeutung beimessen, solange dieselben Kommunisten nicht in der Lage sind, öffentlich und verständlich ihr eigenes Scheitern in der Vergangenheit zu erklären?

Ein aktuelles Beispiel dafür bietet die gerade erschienene „Z“ Nr. 135, eine Zeitschrift, die sich die „Erneuerung des Marxismus“ zur Aufgabe gestellt hat (Erneuerung allerdings im reformistischen, nicht im revolutionären Sinn). Dort publizierte Siegfried Prokop¹ zum 17. Juni 1953. Sein Erklärungsversuch der Ereignisse: Die politischen Fehler der SED-Führung seien letztendlich dem Verrat von L. Berija und einer psychischen Störung Stalins geschuldet gewesen. Dies ist der Zustand des Marxismus in der Linken im gegebenen Moment.

Der „Marxismus-Leninismus“ wurde nach dem Sieg im russischen Oktober zu einer Theorie der Niederlagen der Arbeiterbewegung in Europa. Ohne eine Erklärung und Aufarbeitung der theoretischen wie politischen Fehler des „Marxismus-Leninismus“ im vergangenen Jahrhundert gibt es keine Grundlagen für eine revolutionäre Politik in der Gegenwart und damit auch kaum einen Weg, ernsthaft Einfluss in den gesellschaftlichen Bewegungen zu gewinnen. Dies ist der einzige Weg aus der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit heraus.

Du beklagst: „Leider finde ich dann in den Texten wenig Zukunftsweisendes für die Aufgaben der Kommunisten von heute ...“ Dem kann ich nach obigen Aussagen nicht

¹ „Prof. Dr. sc.phil., Jg. 1940, Studium an der Humboldt Universität zu Berlin und der Shdanow-Universität Leningrad (St. Petersburg). Diplomarbeit über den Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“

zustimmen. Ganz im Gegenteil: Die Anerkennung der Tatsache, dass die Kommunisten heute keine politische Kraft, sondern nur eine ideologische Strömung darstellen, ist die erste Voraussetzung, um zu einer korrekten Aufgabenbestimmung der Kommunisten zu gelangen, konkret: das benannte „unsichere theoretische und politische Fundament“ zu beseitigen und es durch tragfähige Inhalte zu ersetzen, die auf dem Boden der revolutionären marxistischen Theorie und Methode zu erarbeiten sind.

Unsere theoretische und politische Position

Nichts anderes als die Aufarbeitung dieser Niederlagen versuchen wir seit Jahren und dies nicht nur auf dem Gebiet der marxistischen Theorie, sondern ebenso auf dem der Geschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung, sowie – bedingt durch die Bedeutung des Ukraine-Krieges – zuletzt auch verstärkt auf dem Gebiet der Politik. Gerade zum letzten Punkt haben wir eine revolutionär-demokratische Position erarbeitet, die im Gegensatz zu der in entscheidenden Fragen weitgehend orientierungslosen Linken², eine eindeutige Ausrichtung in der Friedens- und Protestbewegung sowohl gegen den imperialen Krieg als auch gegen die deutsche Bourgeoisie geben könnte. Eine Position, die sich sowohl gegen die US geführte NATO (Feind steht im eigenen Land), als auch gegen die imperialen Ansprüche Russlands richtet und ebenso die Voraussetzungen und Bedingungen eines demokratischen Friedens benennt, der sich gegen die imperialen Oligarchen beider Seiten wendet. Zusammengefasst in den Losungen:

- **Deutschland raus aus der NATO und NATO raus aus Deutschland!**
- **Friedensvertrag auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Nationen!**
- **Keine Unterstützung für den NATO-Krieg in der Ukraine!**
- **Keine Sanktionen gegen Russland!**

Und dass weder Du noch der Genosse N.N. sich unserer Definition der „Aufgaben der Kommunisten von heute“ anschließen wollen, hat gute Gründe: Mit unseren Positionen ist eine gemeinsame politische Praxis mit der kleinbürgerlich-pazifistischen Linken unmöglich. Aber gerade dies ist Euer erklärtes Anliegen. Ihr beide wollt politische Praxis betreiben. Dafür seid ihr bereit, eigenständige revolutionäre Positionen aufzugeben in der Hoffnung, politische Wirksamkeit erzielen zu können.

In der politischen Praxis führt dieser Verzicht auf eine eigenständige revolutionär-kommunistische Position weder zu mehr Einflussnahme in den gesellschaftlichen Bewegungen noch zu mehr Beachtung in der bereits marginalisierten Linken. Umgekehrt ist es richtig: Nicht durch Anpassung an die Positionen der kleinbürgerlich-pazifistischen Linken, sondern durch das fortwährende Aufdecken der Halbheiten und politischen Unsinnigkeiten ihrer Forderungen wächst der Einfluss revolutionär-kommunistischer Positionen auf die Bewegung.

„Antimperialistischer Internationalismus heute – Hauptwiderspruch zwischen BRICS + und G7/NATO/EU“

² Siehe dazu: <https://www.telepolis.de/features/Nicht-unser-Krieg-Strategien-gegen-den-Siegeszug-des-Militarismus-9300912.html>

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

So lautet die Überschrift Deines Textes, in dem Du meine obigen Aussagen anschaulich illustrierst. Ohne Analyse der politischen Verhältnisse, ohne Beschäftigung mit der Geschichte und ohne Kritik der heute in der Linken dominierenden kleinbürgerlich-pazifistischen Theorien, versuchst Du eine politische Position zu beziehen (siehe Überschrift).

Heute findet in Europa ein Krieg statt, an dem eine Vielzahl europäischer Staaten direkt oder indirekt beteiligt ist. Dieser Krieg wird massiv von der US-geführten NATO (und damit auch der BRD) befeuert. Im Kontext dieses Krieges wird der Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten ruiniert und das politische System – nicht nur in der BRD – destabilisiert. Außen- wie gesellschaftspolitisch ist die herrschende Klasse durch die Kriegspolitik der USA in Bedrängnis geraten – was zumindest teilweise auch die Absicht der Amerikaner war – und sucht bisher vergeblich nach einem Ausweg aus diesem Dilemma.

Und in dieser politischen Situation verfißt ein Teil der kleinbürgerlichen Linken, dass die Ausrichtung auf die Entwicklung und Stärkung der BRICS-Staaten die antiimperialistische Hauptaufgabe darstellt, mit der Konsequenz, dass die Unterstützung³ dieser Staaten zur politischen Ausrichtung des Augenblicks gemacht wird. Wohlgermerkt: Ohne dass von den Anhängern dieser Theorie auch nur eine einzige Analyse der doch sehr unterschiedlichen BRICS-Staaten, geschweige denn eine Untersuchung ihrer inneren Verhältnisse und außenpolitischen Interessen vorgelegt wurde. Je weniger Fakten vorgelegt werden, desto mehr Raum bleibt der politischen Phantasie. Wer mehr zum Thema „Multipolare Weltordnung“ und zu den Interessen der BRICS-Staaten erfahren möchte, sei auf einen Rundbrief der AzD-Redaktion mit weiteren Informationen zu dieser Staatengruppe oder auf TP und andere Netz-Veröffentlichungen verwiesen.

Siehe: <https://www.rosalux.de/news/id/50909/der-hype-um-den-brics-gipfel-in-johannesburg>

oder: <https://www.telepolis.de/features/Brics-Bruchlinie-Die-Rivalitaet-zwischen-den-Giganten-China-und-Indien-9291870.html>

In der politischen Praxis ist Dein „Antiimperialistischer Internationalismus“ eine **verschämte** Unterstützung der russischen Kriegsziele. Verschämt, weil man hofft, durch die Unterstützung der BRICS – wobei noch immer unklar bleibt, wie man sie praktisch unterstützen soll – die russische Position im Ukraine-Krieg **zu legitimieren**, ohne sich offen dazu zu bekennen. (Nicht zufällig findet man seit Wochen fast täglich Artikel in „Russia Today“, die die Entwicklung der BRICS-Staaten und ihren Beitrag zum Weltfrieden hervorheben.) Die Intention: Ein russischer Sieg gegen die NATO treibt die „Multipolare Weltordnung“ voran und schwächt damit die USA. Statt **offen** für ein Ende der deutschen Unterstützung dieser Kriegs-Koalition einzutreten, fordert man mit der Parole der Unterstützung der BRICS-Staaten **verdeckt** einen russischen Sieg. Wen will man mit dieser „halbseidenen“ politischen Position gewinnen?

³ Wie kann die Linke die BRICS-Staaten denn „praktisch“ unterstützen? Durch Geldsammlungen für Modis Kriegspläne gegen Pakistan und China? Oder durch Demonstrationen und Spenden für die BRICS-Entwicklungsbank?

Diskussion: Der Ukraine - Krieg und die Aufgaben der Kommunisten

Bei aller vermeintlichen NATO-Feindlichkeit umgeht die sog. „antiimperialistische“ Parole der „BRICS-Unterstützung“ oder der Wunsch nach einer „multipolaren Weltordnung“, die konkreten Forderungen gegen die NATO und die deutsche Bourgeoisie. Womit wir wieder bei unseren Positionen angelangt sind: Deutschland muss raus aus der Nato, die Nato muss raus aus Deutschland und es darf keine weitere deutsche Unterstützung für den NATO-Krieg in der Ukraine geben. Da der Hauptfeind im eigenen Land steht, ist dies die einzig revolutionär-demokratische Forderung und damit „zukunftsweisend“.

Alfred Schröder, September 2023